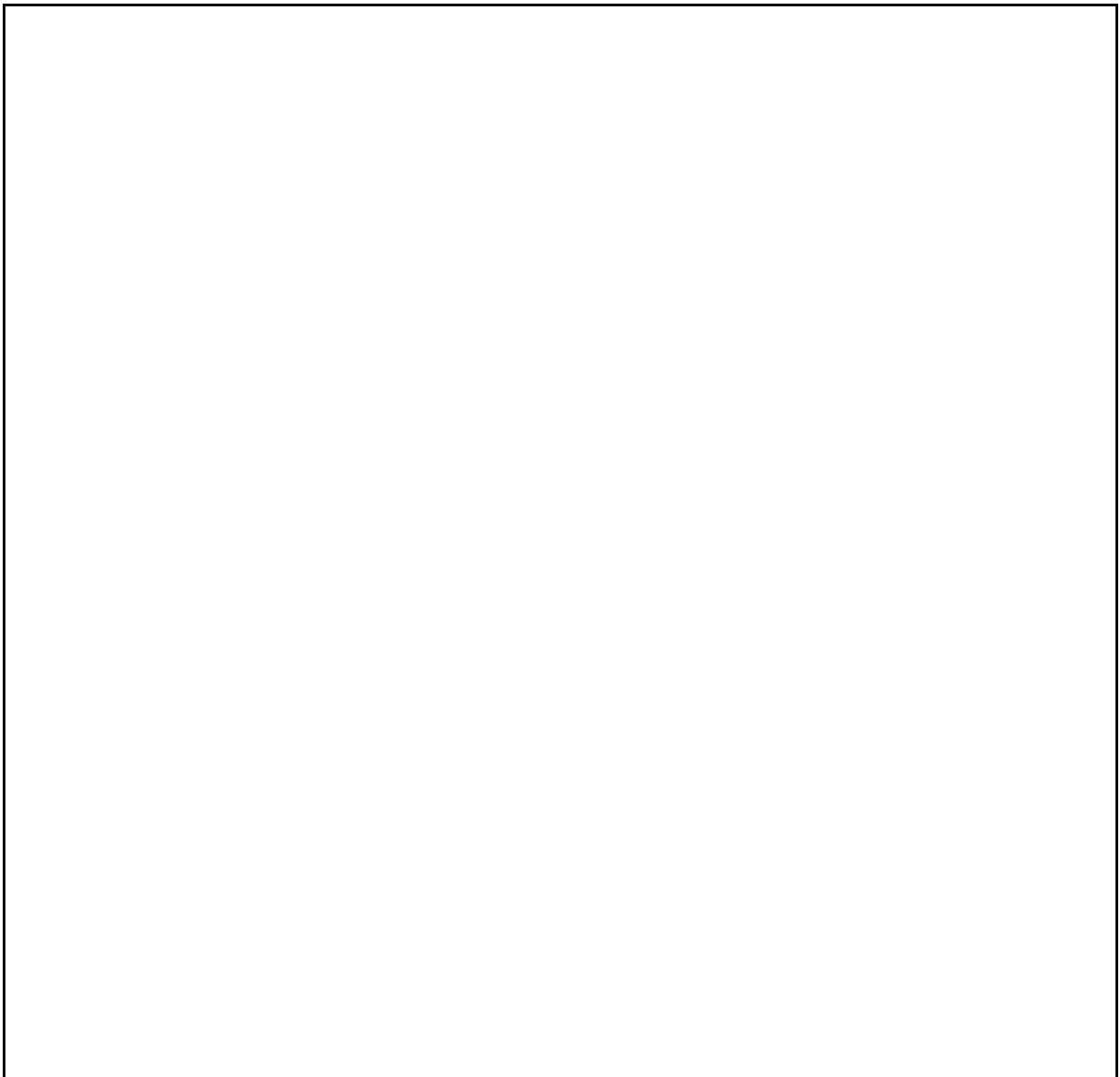


RECHNUNGSPRÜFUNGSAMT

Prüfung der Rechnung

Schlussbericht 2002



Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Inhaltsverzeichnis	1
2.	Vorbemerkungen	3
2.1	Gesetzliche Aufgaben	3
2.2	Vom Rat übertragene Aufgaben	3
2.3	Wahrnehmung von Aufgaben für den Rechnungsprüfungsausschuss	4
2.3.1	Prüfungsunterlagen	5
2.3.2	Prüfungstätigkeit	5
3.	Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen (Prüfung des Haushalts und Formalprüfung der Jahresrechnung 2002)	7
4.	Haushalt	9
4.1	Haushaltssatzung	9
4.2	Rechnungslegung	10
4.3	Rechnungsergebnis	11
5.	Formalprüfung der Jahresrechnung	14
5.0	Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung	14
5.0.1	Verwaltungshaushalt	14
5.0.2	Vermögenshaushalt	30
5.1	Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung	34
5.1.1	Verwaltungshaushalt	34
5.1.2	Vermögenshaushalt	39
5.2	Einzelplan 2 - Schulen	43
5.2.1	Verwaltungshaushalt	43
5.2.2	Vermögenshaushalt	51
5.3	Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege	55
5.3.1	Verwaltungshaushalt	55
5.3.2	Vermögenshaushalt	79
5.4	Einzelplan 4 - Soziale Sicherung	85
5.4.1	Verwaltungshaushalt	85
5.4.2	Vermögenshaushalt	108
5.5	Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung	112
5.5.1	Verwaltungshaushalt	112
5.5.2	Vermögenshaushalt	118
5.6	Einzelplan 6 - Bau und Wohnungswesen, Verkehr	121
5.6.1	Verwaltungshaushalt	121
5.6.2	Vermögenshaushalt	129
5.7	Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	139
5.7.1	Verwaltungshaushalt	139
5.7.2	Vermögenshaushalt	143

5.8	Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	146
5.8.1	Verwaltungshaushalt	146
5.8.2	Vermögenshaushalt	150
5.9	Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft	156
5.9.1	Verwaltungshaushalt	156
5.9.2	Vermögenshaushalt	165
5.10	Sonderhaushalt	169
5.11	Betätigungsprüfung	171
6.	Schlussbemerkung und Entlastungsvorschlag	173
7.	Abkürzungen	174

Bericht über die Prüfung der Rechnung 2002

2. Vorbemerkungen

Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes gliedern sich in drei Gruppen:

- gesetzliche Aufgaben
- vom Rat übertragene Aufgaben
- Aufgaben, die für den Rechnungsprüfungsausschuss wahrgenommen werden.

2.1 Gesetzliche Aufgaben

Nach § 103 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO NRW) hat das Rechnungsprüfungsamt folgende Aufgaben:

- die Prüfung der Rechnung
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung
- die dauernde Überwachung der Kassen der Gemeinde und ihrer Sondervermögen sowie Vornahme der Kassenprüfungen
- bei Automation im Bereich der Haushaltswirtschaft der Gemeinde und ihrer Sondervermögen die Prüfung der Programme vor ihrer Anwendung (§ 92 Abs. 2 GO NRW)
- die Prüfung der Finanzvorfälle gem. § 56 Abs. 3 des Haushaltsgrundsatzgesetzes und gem. § 100 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung
- die Prüfung von Vergaben.

2.2 Vom Rat übertragene Aufgaben ab 01.01.2002

Nach § 103 Abs. 2 GO NRW kann der Rat der Stadt dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Durch die vom Rat beschlossene Rechnungsprüfungsordnung (RPO) wurde dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit übertragen, insbesondere

- die Prüfung von Anordnungen vor ihrer Zuleitung an die Kasse bei Teilschluss- und Schlussrechnungen (im technischen Bereich) - Visakontrolle -

- gutachtliche Stellungnahmen zur Verfahrensregelung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und zu wesentlichen Änderungen organisatorischer, finanz- und betriebswirtschaftlicher Art sowie zum Einsatz technikunterstützter Informationsverarbeitung
- die technisch-wirtschaftliche Prüfung von Plänen und Kostenberechnungen gem. § 10 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)
- die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen
- die Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der Sondervermögen, wobei auf die Jahresabschlussprüfung nach § 106 GO NRW mit abzustellen ist
- die gemeindliche Betätigungsprüfung (Beteiligungsverwaltung)
- die Prüfung bei mittelbaren Geschäftsgründungen (Tochtergesellschaften bzw. Untergesellschaften)
- Prüfungen bei den Gesellschaften
- die Prüfung der Innenrevisionen
- die Prüfung der Kassen-, Buch- und Betriebsführung, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat (sog. Gefährdungsprüfung)
- die Prüfung der Kostenrechnung
- die Prüfung der technikunterstützten Informationsverarbeitung.

Nach § 4 der Rechnungsprüfungsordnung können der Rat der Stadt, der Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben sowie der Oberbürgermeister (vgl. § 104 Abs. 1 Satz 2 GO NRW) dem Rechnungsprüfungsamt Prüfaufträge erteilen.

2.3 Wahrnehmung von Aufgaben für den Rechnungsprüfungsausschuss

Nach § 101 GO NRW hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Rechnung mit allen Unterlagen daraufhin zu prüfen, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist,

4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.

In die Prüfung der Rechnung sind die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Sozialhilfeaufgaben auch dann einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch den Träger der Sozialhilfe vorgenommen werden (§ 101 Abs. 1 Satz 2 GO NRW).

Zur Durchführung dieser Arbeiten bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss des Rechnungsprüfungsamtes (§ 101 Abs. 6 GO NRW).

2.3.1 Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung der Jahresrechnung standen dem Rechnungsprüfungsamt folgende Unterlagen zur Verfügung:

- die vom Rat der Stadt für die Haushaltsjahre 2002/2003 beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen. Das von der Stadt aufgestellte Haushaltssicherungskonzept (§ 75 Abs. 4 GO NRW) ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Deshalb durfte die Haushaltssatzung von der Stadt nicht bekannt gemacht werden (§ 78 Abs. 5 Satz 5 GO NRW).
- die Haushaltsrechnung für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt
- die zu den vorstehend aufgeführten Rechnungen und Abschlüssen gehörenden Bücher, Buchungsnachweise, Belege und Kassenanordnungen aus dem Bereich der Stadtkasse
- Geschäfts- und Abschlussberichte der städtischen Teilnehmungsunternehmen, soweit ihre Ergebnisse die Haushaltsrechnung berühren, und der Betriebe gewerblicher Art (BgA) sowie die Betriebsabrechnungen der kostenrechnenden Einrichtungen
- alle weiteren zweckdienlichen Aktenvorgänge und sonstigen Unterlagen der Ressorts und Stadtbetriebe.

2.3.2 Prüfungstätigkeit

Im Berichtsjahr waren die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung (§§ 81, 75 Abs. 7 u. 8 GO NRW) zu beachten (siehe 2.3.1, erster Spiegelstrich).

Im Halbjahresbericht des RPA für den Zeitraum 01.01. bis 30.06.2002 (Drucks.-Nr.: 1513/02), Seite 17, wurde der Rechnungsprüfungsausschuss über Verfahren und Ergebnisse der Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes zur Einhaltung des § 81 GO NRW informiert.

Diese Prüfungen erfolgten auch weiterhin.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung im gesamten Jahr 2002 weitestgehend von den Leistungseinheiten eingehalten wurden.

Für das 1. Halbjahr 2003 kann das Rechnungsprüfungsamt dieselben positiven Feststellungen treffen.

Während des Berichtsjahres wurde die Prüfung der Jahresrechnung durch laufende Prüfungen der Kassenvorgänge und -belege vorbereitet. Kassenanordnungen für Teilschluss- und Schlussrechnungen (im technischen Bereich) unterlagen der Visakontrolle (Prüfung vor der Zuleitung an die Kasse). Andere Anordnungen sind nach der Ausführung in Stichproben geprüft worden.

Die Prüfung wurde auf frühere Jahre und bis zum Prüfungszeitpunkt ausgedehnt, soweit dies zur Vervollständigung des Sachverhalts notwendig erschien oder aus Gründen einer zeitnahen Prüfung für erforderlich gehalten wurde.

Im Rahmen der gesetzlichen und übertragenen Aufgaben sowie der personellen Möglichkeiten sind im Berichtsjahr die in den Prüfplänen vorgesehenen Bereiche geprüft worden. Die geprüften Stellen sind - soweit erforderlich - über die Ergebnisse dieser Prüfung unterrichtet und ggf. um Stellungnahme gebeten worden. Die daraufhin getroffenen Maßnahmen führten im allgemeinen zur ordnungsgemäßen Weiterbehandlung der angesprochenen Fälle.

Definition der Prüfungsbemerkungen:

H	Hinweis
A	Anregung, Vorschlag
B	Beanstandung
B/W	Wiederholungsbeanstandung

Im Übrigen ist das Rechnungsprüfungsamt durch den Rechnungsprüfungsausschuss beauftragt, zeitnah über abgeschlossene Prüfungen zu berichten. Dies wird über die Halbjahresberichte sichergestellt.

**3. Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen
(Prüfung des Haushalts und
Formalprüfung der Jahresrechnung 2002)**

Haushalt

- Seite 10
B/1 W Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde überschritten.
- Seite 10
B/2 W Die gesetzliche Frist zur Vorlage der Jahresrechnung wurde nicht eingehalten.

Einzelplan 3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

- Seite 64
B/3 W Die anlässlich der Prüfung der Jahresrechnung 2001 beanstandete eigenmächtige Festsetzung der Eintrittsgelder wurde bis jetzt nicht durch den erforderlichen Ratsbeschluss legitimiert.
- Seite 72
B/4 Einige Erstattungen und Zuweisungen wurden nicht bei den vorgeschriebenen Haushaltsstellen, sondern an anderer Stelle vereinnahmt.

Einzelplan 4 Soziale Sicherung

- Seite 91
A Das RPA empfiehlt, die Kasseneinnahmereste weiterhin kritisch zu überprüfen und die Forderungen bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen niederzuschlagen.
- Seite 95
B/5 W Eine Überarbeitung der aus dem Jahr 1966 stammenden Dienstanweisung ist auch in 2002 nicht erfolgt
- Seite 96
B/6 Gebührenforderungen über 750 T€ werden seit Jahren nicht realisiert. Das vorgeschriebene Verfahren der pauschalen Restebereinigung für ausstehende Forderungen wurde nicht praktiziert.
- Seite 98
A Die Anregung des Vorjahres, die Haushaltsansätze in Folgejahren entsprechend der Fallzahlentwicklung zu bilden, wird aufrecht erhalten.
- Seite 103
H Der Anstieg der Telefonkosten um 60 % erfordert Kontrollmaßnahmen.
- Seite 104
H Einnahmen wurden entgegen § 7 Abs. 3 Satz 5 GemHVO unter „Vermischte Einnahmen“ gebucht.

Einzelplan 6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
Seite 123 H	Das RPA weist darauf hin, dass die mit der Einrichtung des GMW im Mieter- Vermietermodell geschaffene dezentrale Ressourcenverantwortung durch fehlende Akzeptanz nicht zu dem beabsichtigten Effekt der Wirtschaftlichkeitssteigerung beiträgt.
Seite 123 H	Das RPA weist noch mal darauf hin, dass es zur Beurteilung, ob mit dem installierten Wirtschaftsbetrieb Synergien, Kosteneinsparungen und Qualitätssteigerungen zu erzielen sind, eines Kennzahlensystems bedarf.
Seite 127 A	Das RPA regt erneut eine Anpassung der Haushaltsstellentexte an.
Seite 138 B/7	Die Tilgung und Verzinsung der aus gemeindlichen Mitteln gewährten Wohnungsförderungsdarlehen wurde im Berichtsjahr nicht zum Soll gestellt.
Einzelplan 7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung
Seite 145 B/8	Im Haushaltsjahr 2002 wurden keine Kanalhausanschlussbeiträge nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erhoben.
Einzelplan 8	Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen
Seite 154 B/9	Der laufende Haushaltsansatz für Grundstücksankäufe wurde durch die Inanspruchnahme von Haushaltsresten erneut nicht benötigt. Es handelt sich um einen permanenten Verstoß gegen § 19 Abs. 1 und § 41 Abs. 2 der GemHVO.

4. Haushalt

4.1 Haushaltssatzung

Es musste infolge des weiterhin nicht ausgeglichenen Haushaltes erneut ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) gemäß § 75 Abs. 4 GO NRW erstellt werden. Dieses wurde durch die Aufsichtsbehörde nicht genehmigt.

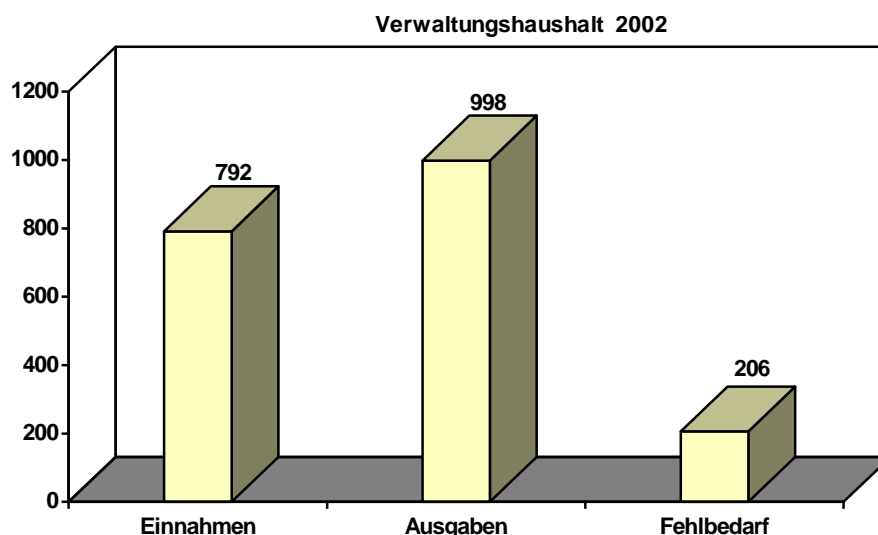
Die Haushaltssatzung konnte nicht entsprechend der Vorschrift des § 79 Abs. 5, S. 5 GO NRW, nach der Versagung der Genehmigung des HSK durch die Aufsichtsbehörde, öffentlich bekannt gemacht werden.

Aufgrund dessen sind, bis zum Inkrafttreten des nächsten genehmigten Haushaltes, die hauswirtschaftlichen Beschränkungen der §§ 81, 75 Abs. 7 und 8 der Gemeindeordnung NRW zu beachten.

Bei der Haushaltsplanung wurden die Instrumente der dezentralen Ressourcenverantwortung und Budgetierung eingesetzt. Die Fachbereiche bewirtschafteten somit die ihnen zugewiesenen Mittel eigenverantwortlich.

Die Haushaltssatzung enthielt für 2002 folgende Ansätze:

Verwaltungshaushalt	Einnahmen	791.667.100 Euro
	Ausgaben	998.475.461 Euro
Vermögenshaushalt	Einnahmen	83.958.300 Euro
	Ausgaben	83.958.299 Euro



Der Verwaltungshaushalt wies somit einen Fehlbedarf von rd. 206 Mio. Euro aus. Darin enthalten war gemäß § 23 GemHVO der Fehlbedarf aus 2000 in Höhe von rd. 112,9 Mio. Euro.

B/1 W Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde überschritten.

Gem. § 77 GO NRW enthält die Haushaltssatzung die Festsetzung der Höchstbeträge der Kassenkredite. Diese wurden in der Haushaltssatzung auf 650 Mio. Euro festgelegt.

Die Satzung und die Haushaltspläne 2002 und 2003 wurden im Rat am 18.03.2002 beschlossen.

Durch Verfügung der Bezirksregierung wurde die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes versagt.

Entsprechend § 79 GO NRW bedarf die Haushaltssatzung für ihre Wirksamkeit der Bekanntmachung. Diese hat auf ausdrückliche Weisung der Bezirksregierung nicht stattgefunden. Somit gelten die Regelungen der letzten Haushaltssatzung fort.

Es ist verständlich und nachvollziehbar, dass hier die festgesetzten Grenzen überschritten wurden. Hier wird umso mehr deutlich, dass die vorläufige Haushaltsführung mit ihren restriktiven Regelungen nur für kurze Übergangszeiten geschaffen wurde.

Trotzdem handelt es sich um einen Verstoß gegen geltendes Recht.

4.2 Rechnungslegung

Die Jahresrechnung umfasst nach § 39 Abs. 1 GemHVO den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung.

Der Jahresrechnung sind gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO beizufügen:

1. eine Vermögensübersicht,
2. eine Übersicht über die Schulden und die Rücklagen,
3. ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht,
4. ein Rechenschaftsbericht.

B/2 W Die gesetzliche Frist zur Vorlage der Jahresrechnung wurde nicht eingehalten.

Gemäß § 93 GO NRW muss die Jahresrechnung dem Rat innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres zugeleitet werden.

Der kassenmäßige Abschluss für den Haushalt 2002 wurde am 27.06.2003 aufgestellt und trägt den Sichtvermerk des Kämmerers vom gleichen Tage. Gleiches gilt für den Abschluss der Auftrags- und Sonderhaushalte.

Die Haushaltsrechnung wurde durch den Stadtkämmerer am 16.06.2003 aufgestellt und vom Oberbürgermeister am 27.06.2003 festgestellt.

Die Feststellung des Ergebnisses erfolgte später als letztes Jahr.

Die verspätete Rechnungslegung muss vom RPA zum wiederholten Male beanstandet werden.

Der Stadtkämmerer erläuterte in einem Schreiben an den Oberbürgermeister, die Vorsitzenden/Sprecher der Ratsfraktionen und die Mitglieder der Finanzkommission vom 11.07.2003 die beiden Hauptgründe der verspäteten Vorlage der Jahresrechnung.

Aufgrund der Einführung von SAP im Finanzwesen zu Beginn des Haushaltsjahres wurden auch in der Stadtkasse erhebliche Arbeitskapazitäten gebunden und die Daten aus dem Personalabrechnungsverfahren PAISY standen nach einer Systemumstellung deutlich später als in den Vorjahren zur Verfügung.

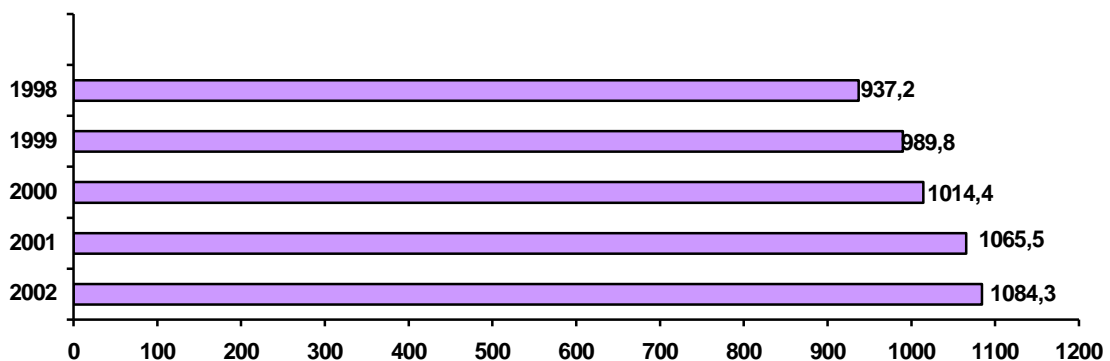
Das RPA kann die Gründe der Verzögerung nachvollziehen, dennoch müssen die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Die Beteiligten werden daher nochmals aufgefordert, zukünftig die Arbeiten zum Jahresabschluss termingerecht durchzuführen.

4.3 Rechnungsergebnis

	Einnahmen Mio.	% des Gesamthaushalts	Ausgaben Mio.	% des Gesamthaushalts
Verwaltungshaushalt	793,4 Mio. Euro	91,1 %	1.014,1 Mio. Euro	93 %
Vermögenshaushalt	70,2 Mio. Euro	8,9 %	70,2 Mio. Euro	7 %
Gesamthaushalt	863,6 Mio. Euro	100 %	1.084,3 Mio. Euro	100 %

Die Ausgabeentwicklung des Gesamthaushaltes der letzten 5 Jahre stellt folgende Grafik dar:

Ausgabeentwicklung der letzten 5 Jahre in Mio



Das Ausgabevolumen des Gesamthaushaltes 2002 ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,8 % gestiegen.

Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die Einzelpläne

Verwaltungshaushalt 2002

Einzelplan	Einnahmen Euro	Ausgaben Euro
0	34.478.195	66.657.439
1	20.846.184	47.678.333
2	2.762.862	64.520.275
3	14.696.041	60.327.843
4	69.778.368	287.821.933
5	8.136.731	41.354.417
6	18.189.608	64.116.019
7	103.159.731	112.886.400
8	20.470.464	8.655.013
9	500.847.355	260.067.063
	793.365.542	1.014.084.740

Die Planung für den Verwaltungshaushalt 2002 ging von einem Fehlbedarf von rd. 206 Mio. Euro aus. Die Haushaltsrechnung weist ein Defizit von rd. 220 Mio. Euro aus.

Die Verschlechterung des Rechnungsergebnisses von rd. 14 Mio. Euro beruht auf Minderausgaben von - saldiert - rd. 2,5 Mio. Euro , denen Mindereinnahmen von - saldiert - rd. 16,4 Mio. Euro gegenüberstehen.

Mindereinnahmen entstanden im Wesentlichen bei folgenden Einnahmegruppen:

Steuern, Ausgleichsleistungen

Minderausgaben sind im Wesentlichen bei folgenden Ausgabegruppen zu verzeichnen:

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand.

Zinsausgaben

Daraus ist erkennbar, dass die Gründe für das erhöhte Einnahmedefizit weitgehend außerhalb des Einflussbereiches der Stadt liegen.

Vermögenshaushalt 2002

Einzelplan	Einnahmen Euro	Ausgaben Euro
0	3.516	3.418.296
1	770.772	3.102.583
2	10.980.576	2.340.387
3	2.025.420	3.216.033
4	2.455.301	4.177.109
5	3.216.208	2.114.087
6	1.535.262	-2.277.636
7	507.503	4.346.658
8	2.092.097	1.278.665
9	46.621.369	45.359.414
	70.208.027	70.208.027

Der Vermögenshaushalt 2002 schließt auf der Einnahmen- und Ausgabenseite mit jeweils rd. 70,2 Mio. Euro ab. Die Höhe der Kreditaufnahme betrug rd. 4,6 Mio. Euro. Die Einnahme- und Ausgabeerwartungen der Haushaltsplanung für 2002 lagen bei jeweils rd. 84 Mio. Euro. Der Kreditbedarf sollte 24,3 Mio. Euro betragen.

Die Entlastung im Vermögenshaushalt beträgt somit gegenüber dem Haushaltsplan rd. 19,7 Mio. Euro bzw. 14,7 Mio. Euro gegenüber der Vorgabe der Aufsichtsbehörde.

Dabei haben sich die betragsmäßig größten Abweichungen bei folgenden Einnahme- und Ausgabegruppen ergeben:

Mindereinnahmen:

Zuweisungen und Zuschüsse vom Land

Einnahmen aus Verkauf von Sachen des Anlagevermögens

Minderausgaben:

Baumaßnahmen

Gewährung von Darlehen

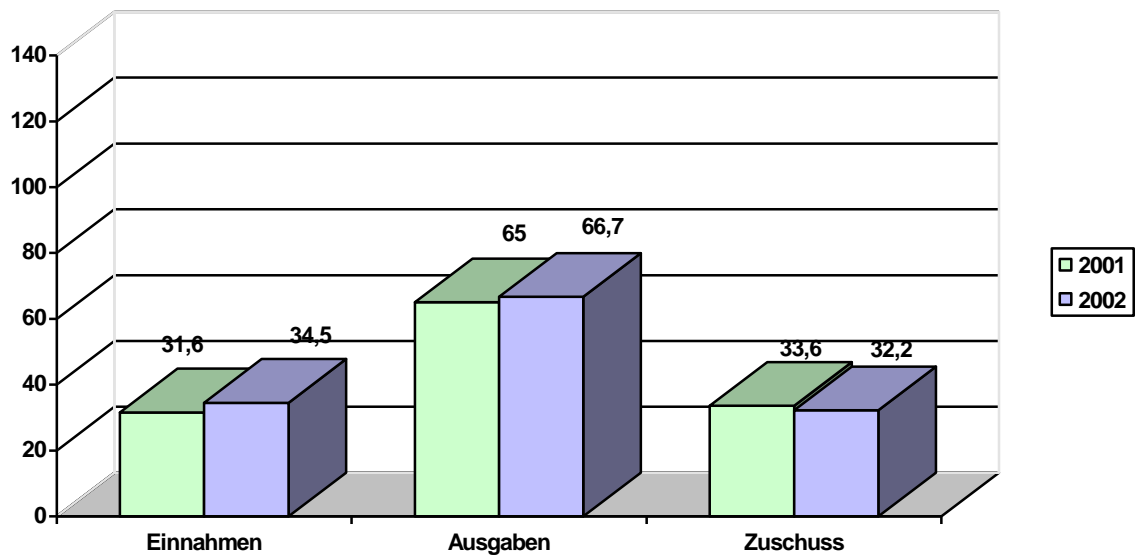
Vermögenserwerb

5. Formalprüfung der Jahresrechnung

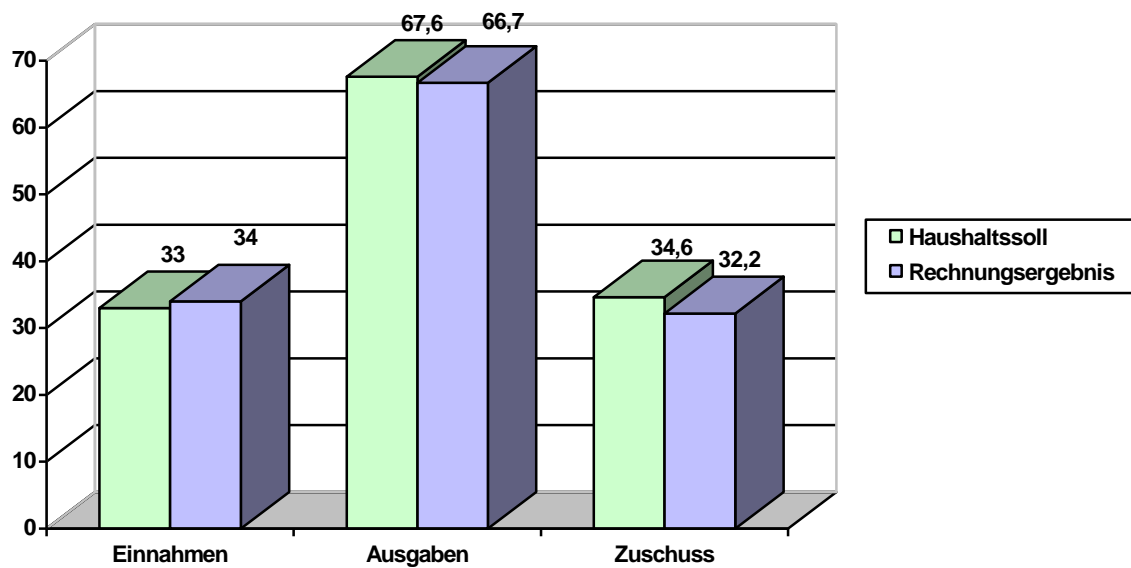
5.0 Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung

5.0.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



Ein Vergleich der Rechnungsergebnisse 2001 und 2002 weist einen um rd. 1,4 Mio. € geringeren Zuschussbedarf aus.

Die Einnahmen des Einzelplan 0 sind um rd. 2,9 Mio. € (rd. 9 %) gestiegen, dem stehen höhere Ausgaben von rd. 1,4 Mio. € (rd. 2 %) gegenüber.

Die positive Entwicklung der Einnahmen ist durch die erstmals für die Haushaltsjahre 2000/2001 veranschlagte Steuerungsumlage für die zentralen Steuerungsleistungen begründet.

Die Steuerungsumlage ersetzt die bisher üblichen Verwaltungskostenerstattungen für den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters. Im Zuge der neuen Veranschlagung in den Haushaltsjahren 2000/01 wurden die Steuerungsunterabschnitte von bisher fünf auf zehn erweitert.

Bisher waren Verwaltungskostenerstattungen bei den Unterabschnitten

- 0000 Rat und Gremien
- 0001 Geschäftsführung
- 0100 Rechnungsprüfungsamt
- 0240 Presse- und Informationswesen
- 0250 Gemeinschaftsaufgabe

veranschlagt.

Bei der Veranschlagung der Steuerungsumlage für die Haushaltsjahre 2002/03 sind die zuvor genannten Unterabschnitte um die Unterabschnitte

- 0090 Fraktionen
- 0150 Antikorruptionsstelle
- 0202 Einführung SAP
- 0203 Schlüsselprojekte der Verwaltung
- 0270 Regionalbüro
- 0300 Kämmerei
- 0510 Statistik und Wahlen (Anteil Statistik)
- 0820 Personalvertretung
- 7900 Stadtmarketing und Stadtwerbung

ergänzt worden.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 0000 Rat und Gremien

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.366.750	1.366.999	0,0	1.968.167	-30,5
Ausgaben	1.838.963	1.592.113	-13,4	1.597.511	-0,3
Differenz	-472.213	-225.114		370.656	

Auf der Einnahmenseite entspricht das Rechnungsergebnis im UA Rat und Gremien dem Haushaltssoll für 2002, liegt aber mit rd. 600 T-Euro unter dem Rechnungsergebnis von 2001 infolge geringerer Festsetzung der Steuerungsumlage.

Die Abweichung vom Haushaltsansatz bei den Ausgaben um rd. 240 T-Euro ist im wesentlichen mit geringeren Personalkosten sowie Minderausgaben bei Repräsentation und Paten- und Partnerschaften begründet.

UA 0001 Geschäftsführung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	912.900	913.067	0,0	748.787	21,9
Ausgaben	870.026	930.161	6,9	1.043.522	-10,9
Differenz	42.874	-17.094		-294.735	

Die Abweichung bei den Einnahmen ist auf die bereits in der Einleitung erwähnte und in 2002 höher festgesetzte Steuerungsumlage zurückzuführen.

Im Vergleich zu 2001 haben sich die Ausgaben in 2002 um rd. 11 % (110 T-Euro) verringert.

Die Abweichung zur Haushaltsplanung bei den Ausgaben entstand wie im letzten Jahr ebenfalls zum überwiegenden Teil im Bereich der Personalkosten.

UA 0090 Fraktionen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.029.700	1.029.606	0,0	915.825	12,4
Ausgaben	1.173.900	1.164.021	-0,8	1.157.645	0,6
Differenz	-144.200	-134.415		-241.820	

Die Abweichung bei den Einnahmen ist auf die bereits in der Einleitung erwähnte und in 2002 höher festgesetzte Steuerumlage zurückzuführen.

Das Rechnungsergebnis 2002 entspricht bei den Ausgaben in etwa dem des Vorjahres.

UA 0100 Rechnungsprüfungsamt

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.612.300	1.613.227	0,1	1.668.878	-3,3
Ausgaben	1.867.805	1.678.262	-10,1	1.618.270	3,7
Differenz	-255.505	-65.035		50.608	

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr in etwa gleich geblieben und resultieren aus der Steuerumlage, die die bisherigen Leistungsverrechnungen mit Eigenbetrieben und kostenrechnenden Einrichtungen ersetzt.

Die Mehrausgaben von rd. 60 T-Euro in diesem Unterabschnitt sind durch höhere Personalkosten aufgrund einer wiederbesetzten Stelle zu erklären.

UA 0150 Antikorruptionsstelle

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	133.100	133.123	0,0	0	0,0
Ausgaben	126.844	284.739	124,5	286.030	-0,5
Differenz	6.256	-151.616		-286.030	

Zur Abgrenzung der Aufwendungen für die Antikorruptionsstelle von denen des Rechnungsprüfungsamtes wurde dieser Unterabschnitt eingerichtet.

Die Mehraufwendungen in diesem Unterabschnitt entstanden durch Veränderung der Darstellung von Personalkosten (bisher UA 0100).

Außerdem werden ab dem Haushaltsplan 2000/01 auch die Sachkosten hier dargestellt.

Die erhebliche Abweichung des Rechnungsergebnisses von der Haushaltsplanung entstand bei den Personalkosten infolge falscher Zuordnung von Personalkosten. Dieses wurde inzwischen korrigiert.

UA 0200 Infrastruktur

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	196.450	206.217	5,0	200.717	2,7
Ausgaben	1.860.077	1.633.339	-12,2	1.647.962	-0,9
Differenz	-1.663.627	-1.427.122		-1.447.245	

Das Rechnungsergebnis der Einnahmenseite weicht nur unwesentlich von der Haushaltsplanung ab und entspricht dem Rechnungsergebnis 2001.

Die Ausgaben liegen mit rd. 230 T-Euro unter dem Haushaltsansatz und rd. 10 T-Euro unter dem Rechnungsergebnis des Vorjahres.

UA 0201 Geschäftsbereichsleitung Zentrale Dienste

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	365.137	360.615	-1,2	264.650	36,3
Differenz	-365.137	-360.615		-264.650	

Dargestellt sind hier im wesentlichen die Personal- und Sachkosten des Geschäftsbereichsleiters und der entsprechenden Büroassistenten.

Die Mehrausgaben in Höhe von rd. 95 T-Euro sind fast ausschließlich bei den Positionen Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten entstanden.

UA 0202 Einführung SAP

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	227.450	227.448	0,0	0	0,0
Ausgaben	641.866	925.402	44,2	584.603	58,3
Differenz	-414.416	-697.954		-584.603	

In diesem Unterabschnitt werden überwiegend die Personalkosten der Mitglieder des Projektteams dargestellt.

Die Steigerung der Ausgaben in diesem Unterabschnitt ist im wesentlichen auf höhere Personalkosten durch dem Projekt zugeordnete neue (verwaltungsintern umgesetzte) Mitarbeiter sowie auf höhere Zahlungen in die ADV-Umlage zurückzuführen.

UA 0203 Schlüsselprojekte der Verwaltung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	677.250	677.346	0,0	5.241	12824,0
Ausgaben	855.021	722.032	-15,6	806.623	-10,5
Differenz	-177.771	-44.686		-801.382	

Zur haushaltsmäßigen Darstellung der Schlüsselprojekte Prozessoptimierung, Ratsinformationssystem, Internet und Aufgabenkritik wurde dieser Unterabschnitt in 2000 eingerichtet.

Der erhebliche Einnahmenezuwachs ist durch die Einbeziehung dieses UA in die Steuerungsumlage zu erklären.

Neben den (anteiligen-) Personalkosten der Projektleiter sind hier die Sachausgaben veranschlagt.

Die Minderaufwendungen gegenüber dem Vorjahr sind durch Sachausgaben in den Projekten Ratsinformationssystem, Prozessoptimierung und Internet entstanden.

UA 0210 Personal- und Organisation

	Ansatz 2002 €	RE 2002 €	Differenz RE 2002 Ansatz 2002 %	RE 2001 €	Differenz RE 2001 RE 2002 %
Einnahmen	3.824.200	3.306.302	-13,5	4.156.717	-20,5
Ausgaben	8.258.793	7.901.011	-4,3	8.285.203	-4,6
Differenz	-4.434.593	-4.594.709		-4.128.486	

Die Mindereinnahmen von rd. 800 T-Euro sind im wesentlichen in den Bereichen ‚Ticket 2000‘ und ‚von den Ressorts und Stadtbetrieben für Personalnebenkosten‘ entstanden.

Erhebliche Minderausgaben waren für den Kauf des Tickets 2000 für Mitarbeiter der Verwaltung zu verzeichnen.

Einzelaspekte:
0210-130.0000.1
Verkaufserlöse Ticket 2000 FS

Ansatz 2002	1.063.500 €
RE 2002	446.335 €
RE 2001	986.149 €
RE 2000	627.330 €
RE 1999	664.079 €
RE 1998	618.119 €
RE 1997	566.504 €
RE 1996	585.289 €

0210-654.0100.8
Ticket 2000 FS für Beschäftigte der Stadtverwaltung

Ansatz 2002	1.063.500 €
RE 2002	446.347 €
RE 2001	1.270.289 €
RE 2000	1.234.939 €
RE 1999	1.465.629 €
RE 1998	1.363.981 €
RE 1997	1.229.804 €
RE 1996	1.262.022 €

Die Stadt Wuppertal bot seit einigen Jahren ihren Mitarbeitern das Firmenticket 2000 FS zu günstigen Konditionen zum Kauf an.

Das in der Vergangenheit vom RPA mehrfach kritisch betrachtete Verfahren bedingte allerdings, dass die Stadt von der Wuppertaler Stadtwerke AG für beinahe sämtliche Mitarbeiter das Ticket erwarb und es an interessierte Mitarbeiter weiterverkaufte. Nicht weiterverkaufte Tickets wurden teilweise zu Dienstgängen benutzt.

Bereits in den Schlussberichten 1997 und 1999 war die Problematik der Belastung des städtischen Haushalts eingehend dargestellt und die Anregung gegeben worden, den jährlichen Zuschuss mit dem Ziel einer Reduzierung zu überprüfen, zumal andere Gemeinden im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr offensichtlich günstigere Konditionen mit ihren Verkehrsbetrieben erwirken konnten. (s. Schlussbericht 1997, Seiten 23/24).

Dies führte schon in 2000 zu dem Teilergebnis, dass für die Eigenbetriebe keine Tickets mehr gekauft werden und demzufolge auch der Verlust nicht mehr mitzufinanzieren ist.

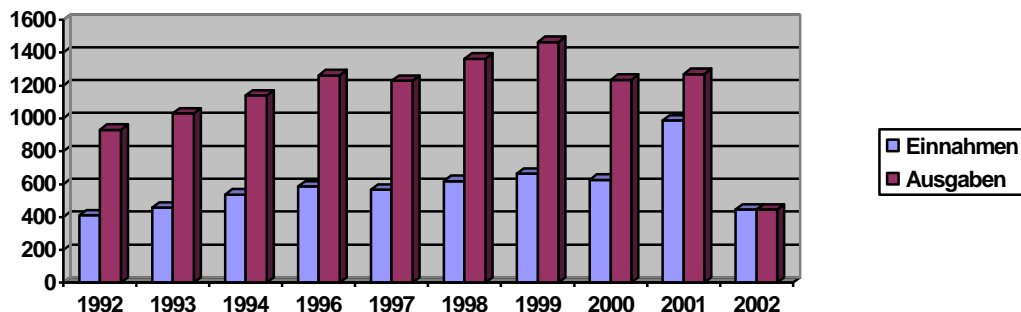
Durch den Wechsel des Tarif-Modells konnten weitere Einsparungen erzielt werden.

Einnahmen und Ausgaben in diesem Bereich hatten sich in der Vergangenheit in Relation zu einander nicht proportional entwickelt. Während zu Beginn der Maßnahme von einem Zuschuss von rd. 0,511 Mio. € ausgegangen wurde, betrug dieser in 1999 zwischenzeitlich mehr als 0,766 Mio. € jährlich.

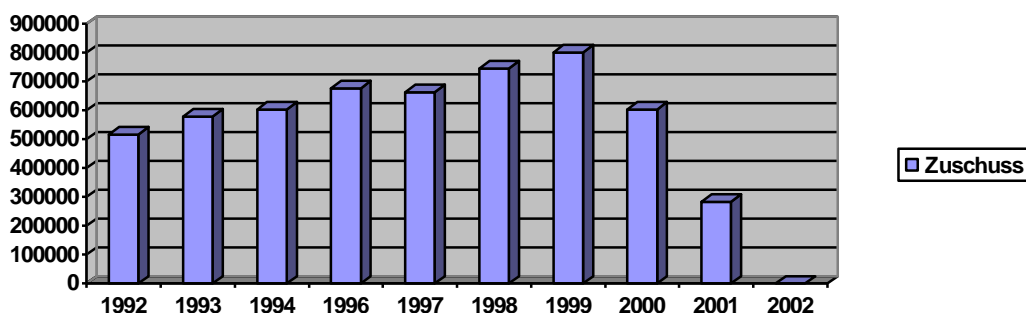
Durch die vorstehend geschilderten Maßnahmen konnte der Zuschussbedarf in 2000 auf unter 0,613 Mio. € und in 2001 auf 0,560 Mio. € gesenkt werden.

Ab 2002 wird das Ticket 2000 FS für die städtischen Mitarbeiter nicht mehr bezuschusst.

Entwicklung Einnahmen/Ausgaben in T-Euro



Die Zuschussentwicklung seit Einführung des Tickets stellt sich wie folgt dar:



Die Entwicklung der letzten Rechnungsjahre zeigt, dass die vom RPA seit langem geforderte deutliche Reduzierung des städtischen Zuschusses durchaus realisierbar war.

UA 0230 Servicebüro Recht

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	910.150	860.957	-5,4	488.102	76,4
Ausgaben	2.480.841	2.306.467	-7,0	1.727.575	33,5
Differenz	-1.570.691	-1.445.510		-1.239.473	

Auf der Einnahmenseite ist ein im Vergleich zu 2001 um rd. 372 T-Euro (76 %) höheres Ergebnis zu verzeichnen, welches aber mit rd. 50 T-Euro (-5,4 %) unter dem Ansatz für 2002 liegt.

Die Mehreinnahmen resultieren im wesentlichen aus der haushaltsmäßig neu dargestellten Erstattung von Eigenbetrieben in Haftpflicht- und Schadensfällen.

Die Ausgaben liegen in 2002 mit rd. 578 T-Euro (33,5 %) über dem Rechnungsergebnis von 2001. Der Haushaltsansatz in Höhe von rd. 2,48 Mio. € wurde allerdings um rd. 174 T-Euro (- 7 %) unterschritten.

Die Mehrausgaben im Vergleich zu 2001 entstanden im Bereich Haftpflichtversicherung und Sachschadensabwicklung.

UA 0240 Presse- und Informationswesen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	801.050	802.041	0,1	971.507	-17,4
Ausgaben	797.630	879.266	10,2	968.636	-9,2
Differenz	3.420	-77.225		2.871	

Die Einnahmen des UA 0240 entsprechen der Planung für 2002. Das Rechnungsergebnis liegt um rd. 17,4 % unter dem des Vorjahres.

Die Abweichung bei den Einnahmen ist auf die bereits in der Einleitung erwähnte und in 2002 geringer festgesetzte Steuerungsumlage zurückzuführen.

Die Minderausgaben von rd. 90 T-Euro (rd. 9 %) resultieren aus geringeren Aufwendungen für Personal und geringeren Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit.

UA 0250 Gemeinschaftsaufgaben

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	447.450	448.654	0,3	540.617	-17,0
Ausgaben	407.323	384.985	-5,5	338.975	13,6
Differenz	40.127	63.669		201.642	

Der UA 0250 enthält die Einnahmen und Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgaben.

Die Einnahmen in Höhe von rd. 448 T-Euro entsprechen der Haushaltsplanung und liegen rd. 92 T-Euro (- 17 %) unter dem Rechnungsergebnis des Vorjahres aufgrund geringer festgesetzter Steuerungsumlage.

Auf der Ausgabenseite zeigt das Rechnungsergebnis eine Verringerung der Ausgaben von rd. 5,5 % (- rd. 23 T-Euro) gegenüber dem Haushaltsansatz, im Vergleich zu 2001 ist eine Ausgabenerhöhung um rd. 13,6 % zu verzeichnen.

UA 0260 Stadtbüros, Geschäftsführung der Bezirksvertretungen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002 Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	12.800	846	-93,4	4.382	-80,7
Ausgaben	1.524.816	1.363.989	-10,5	1.170.045	16,6
Differenz	-1.512.016	-1.363.143		-1.165.663	

Im Unterabschnitt 0260 werden überwiegend Personalausgaben und Sachkosten der Stadtbüros sowie die Verfügungsmittel der Bezirksvertretungen, die ohne Betragsobergrenze, im Verfahren der gegenseitigen Deckungsfähigkeit, auch geschäftsreichsübergreifend, verwandt werden dürfen.

Die Mindereinnahmen sind beim Verkauf von Informations- und Werbematerialien zu verzeichnen.

Außerdem wurde das Rechnungsergebnis 2001 bei den Einnahmen durch eine einmalige Rückzahlung des Gebäudemanagements von rd. 2.400 € wegen nicht in Anspruch genommener Mittel aus 2000 positiv beeinflusst.

Die gegenüber dem Haushaltsansatz rückläufigen Ausgaben resultieren im wesentlichen aus nicht ausgeschöpften Ansätzen im Bereich der einzelnen Bezirksvertretungen.

UA 0270 Regionalbüro

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.443.900	1.435.205	-0,6	1.218.751	17,8
Ausgaben	1.510.912	1.502.670	-0,5	1.279.108	17,5
Differenz	-67.012	-67.465		-60.357	

Wie schon in früheren Schlussberichten dargestellt, sind die im Unterabschnitt 0270 verbuchten Einnahmen und Ausgaben überwiegend projektbezogen. Es handelt sich um Aufgaben des Regionalbüros und der Koordinierungsstelle Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. An den Kosten beteiligen sich das Land sowie die Städte Remscheid und Solingen.

Die Zahlen des Rechnungsabschlusses 2002 auf der Einnahmenseite entsprechen in etwa der Haushaltsplanung. Im Vergleich zum Vorjahr sind Mehreinnahmen in Höhe von rd. 420 T-Euro (+ 17,8 %) zu verzeichnen.

Bei den Einnahmen spiegelt sich auch die Veranschlagung der Steuerungsumlage für die Leistungen des Regionalbüros im Rechnungsergebnis wider.

Die Mehreinnahmen resultieren aus Zuwendungen des Bundes für das Projekt der EU-Initiative ‚Equal‘ sowie des Landes für die Regionale 2006, denen Ausgaben für die gleichen Projekte gegenüberstehen.

Die Ausgaben entsprechen in etwa der Haushaltsplanung. Im Vergleich zu 2001 beträgt die Steigerung rd. 230 T-Euro (+ 17,5 %).

UA 0500 Standesamt

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	366.800	452.087	23,3	363.581	24,3
Ausgaben	1.472.426	1.419.315	-3,6	1.345.851	5,5
Differenz	-1.105.626	-967.228		-982.270	

Das im Vergleich zum Vorjahr um rd. 90.000 € bessere Rechnungsergebnis bei den Einnahmen ist im wesentlichen auf gesteigerte Einnahmen im Gebührenbereich durch die verstärkte Inanspruchnahme flexibler Trauungsangebote zurückzuführen.

Gestiegene Personalkosten verhindern eine deutlichere Entlastung des Zuschusses.

UA 0510 Statistik und Wahlen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	940.450	886.490	-5,7	607.025	46,0
Ausgaben	1.503.098	1.331.291	-11,4	966.672	37,7
Differenz	-562.648	-444.801		-359.647	

Wie schon in früheren Schlussberichten erwähnt, sind die Einnahmen und Ausgaben mit denen des Vorjahres nicht vergleichbar, da die Rechnungsergebnisse in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchführung von Wahlen und den damit verbundenen Kostenerstattungen von Bund und Land stehen.

In 2002 fand eine Bundestagswahl statt.

UA 0610 Automatisierte Datenverarbeitung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Einnahmen	5.889.000	7.280.847	23,6	5.784.521	25,9
Ausgaben	7.752.498	7.011.990	-9,6	6.144.173	14,1
Differenz	-1.863.498	268.857		-359.652	

Der Unterabschnitt erzielte im Jahr 2002 einen Überschuss in Höhe von 268.857 €. Der Trend sinkender Einnahmen aus den Vorjahren wurde nicht nur gestoppt, sondern gegenüber 2001 wurden die Einnahmen um 25,9 % gesteigert, so dass auch der Haushaltsansatz um rund 1,4 Mio. € übertroffen wurde. Gründe dafür sind, dass

- die Leistungsabnahme einiger interner Kunden größer war als ursprünglich vereinbart und
- Einnahmen aus dem aufgelösten Unterabschnitt 0630 Druckerei erstmalig in der Haushaltsstelle 169.0100.3 „Für Leistung von anderen Dienststellen“ des UA 0610 verrechnet wurden.

Aus der Auflösung des UA 0630 resultieren auch die Mehrausgaben gegenüber dem Rechnungsergebnis 2001 auf der Ausgabenseite bei den Hhst.

- 532.0000.4 - Miete ADV Anlage in Höhe von 374.760 € (29%) und
- 651.0900.3 – Vordrucke, Druckereibedarf in Höhe von 103.435 € (313%).

Die Ausgaben für Druckdienste wurden in diesen Positionen erstmalig gebucht.

Bei der Haushaltsstelle für die Aus- und Fortbildung wurden von dem geplanten Ansatz in Höhe von 65.450 € nur 20.453 € verausgabt. Im Jahr 2002 wurden umfangreiche Schulungsmaßnahmen für das neue Finanzwesen SAP/R3

durchgeführt. Die Kosten dafür wurden jedoch aus den Haushaltsmitteln des UA 0202 Einführung SAP getragen.

UA 0620 Nachrichtentechnik

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	5.917.100	5.891.973	-0,4	5.297.759	11,2
Ausgaben	5.948.687	5.837.083	-1,9	5.890.394	-0,9
Differenz	-31.587	54.890		-592.635	

Das Ergebnis des Jahres 2002 entspricht fast genau der Planung.

Auf der Einnahmeseite waren die Leistungen für die Eigenbetriebe um 112.501 € geringer als kalkuliert. Dieser Minderbetrag wurde durch höhere Einnahmen aus der Vermarktung von Netzdienstleistungen (53.708 €) und von der Sparkasse und den WSW (77.268 €) ausgeglichen.

Die Unterhaltung der Fernmeldeanlagen war um 154.710 € günstiger als kalkuliert, da im Jahr 2002 weniger Störungen als im Vorjahr aufgetreten sind. Der Mittelverbrauch für diese Haushaltsposition ist im voraus nur sehr schwer kalkulierbar. Die Kosten für die Unterhaltung der Endgeräte haben sich im letzten Jahr um 26.001 € auf 3.620 € verringert. Hier sind bei defekten Telefonen verstärkt Neukäufe durchgeführt worden, da Reparaturen wegen des Aufwandes unwirtschaftlich waren.

UA 0640 Zentrale Vergabestelle

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	204.500	247.219	20,9	244.327	1,2
Ausgaben	456.662	474.787	4,0	432.053	9,9
Differenz	-252.162	-227.568		-187.726	

Erstmals wurden im Haushaltsplan 2000/2001 die Leistungen der Zentralen Vergabestelle für das GMW veranschlagt. Diese stellen nach wie vor die einzige Einnahmeposition in diesem Unterabschnitt dar.

Die tatsächlichen Einnahmen liegen noch um rd. 43 T-Euro (+ 20 %) über dem Planungsansatz.

Die Ausgaben werden im wesentlichen durch die Personalkosten der Mitarbeiter bestimmt.

UA 0800 Arbeitsmed., - Sicherheit und Betriebliche Suchtberatung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	176.200	165.634	-6,0	176.483	-6,1
Ausgaben	426.394	435.127	2,0	432.817	0,5
Differenz	-250.194	-269.493		-256.334	

Die Einnahmen setzen sich vor allem aus Leistungen der Eigenbetriebe und Verrechnungen mit kostenrechnenden Einrichtungen zusammen.

Auf der Ausgabenseite stellen die Personalkosten den wesentlichsten Faktor dar.

UA 0810 Versorgungsleistungen und dergl.

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	35.750	303.408	748,7	744.063	-59,2
Ausgaben	12.319.289	12.735.226	3,4	13.190.366	-3,5
Differenz	-12.283.539	-12.431.818		-12.446.303	

Die im diesem Unterabschnitt veranschlagten Personalkosten sind nach Auflösung des Sammelnachweises A nicht auf die Leistungseinheiten umverteilt worden.

Es handelt sich im wesentlichen um Teile der Versorgungsbezüge der Beamten sowie um Teile der Beihilfeaufwendungen für Versorgungsempfänger.

Darüber hinaus werden hier an zentraler Stelle Mittel für Sonderfälle vorgehalten, z.B. für Rückkehrer aus Gesellschaften und Eigenbetrieben.

Die in diesem Unterabschnitt veranschlagten Versorgungsbezüge der Arbeiter werden jährlich abgebaut, da es sich ausschließlich um Altfälle handelt.

Die erhebliche Zunahme der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einem höheren Umlageanteil der Eigenbetriebe für die in der Altersteilzeit befindlichen Mitarbeiter.

UA 0820 Personalvertretung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	834.250	834.307	0,0	796.031	4,8
Ausgaben	975.404	1.018.330	4,4	970.824	4,9
Differenz	-141.154	-184.023		-174.793	

In diesem Unterabschnitt sind die Aufwendungen für den Gesamtpersonalrat, die Teilpersonalräte, die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie für die Schwerbehindertenvertretung dargestellt.

Die Aufwendungen entstehen zum weitaus überwiegenden Teil durch die Personalkosten der freigestellten Personalratsmitglieder und der entsprechenden Büroassistenz.

UA 0830 Kantine

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	77.200	86.968	12,7	94.598	-8,1
Ausgaben	229.450	223.301	-2,7	250.429	-10,8
Differenz	-152.250	-136.333		-155.831	

Die Einnahmen und Ausgaben dieses neuen Unterabschnitts wurden bis zum Doppelhaushalt 2000/2001 im UA 0200 nachgewiesen.

Wesentlichste Einnahmepositionen sind die Einnahmen aus der Bewirtung der Gremien sowie die Vorsteuerentlastung.

Bei den Ausgaben ist als wesentlichste Position der Zuschuss der Stadt an den Betreiber der Kantine zu verzeichnen.

UA 0840 Kommunale Fortbildung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	306.850	220.352	-28,2	284.353	-22,5
Ausgaben	726.840	616.511	-15,2	701.103	-12,1
Differenz	-419.990	-396.159		-416.750	

Der Bereich kommunale Fortbildung wurde in 2000 aus dem Stadtbetrieb Weiterbildung herausgelöst und unmittelbar der Geschäftsbereichsleitung 4 unterstellt.

Zur haushaltsmäßigen Abwicklung wurde dieser neue UA eingerichtet.

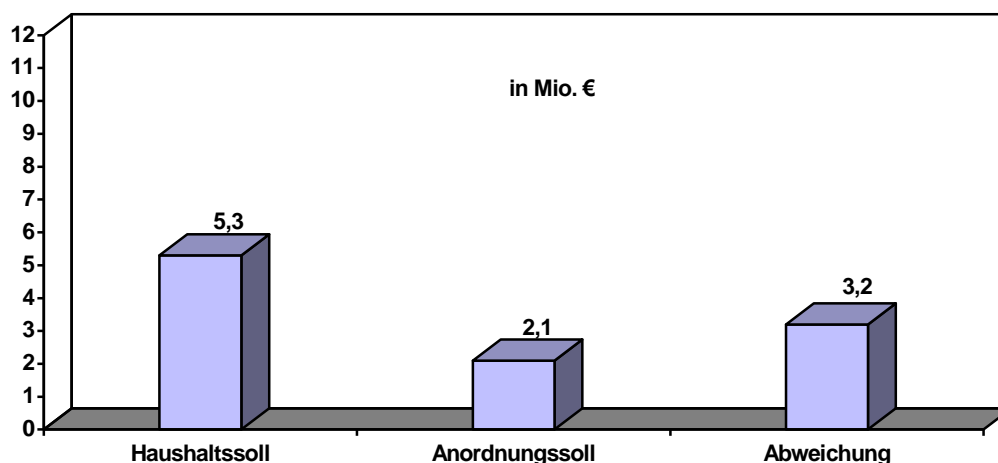
Sowohl im Vergleich zwischen Rechnungsergebnis 2002 und dem Haushaltssoll 2002 als auch im Vergleich mit dem Vorjahr sind geringere Einnahmen festzustellen. Hier wirkt sich unter anderem die restriktivere Bewirtschaftung der Aus- und Fortbildungsmittel durch die Leistungseinheiten aufgrund der Vorgaben des § 81 GO NW aus.

Die Minderausgaben stehen in Zusammenhang mit dem geringeren Bedarf (s. Aussagen zu den Einnahmen).

5.0.2 Vermögenshaushalt

Grafik zur **Tabelle 1**:

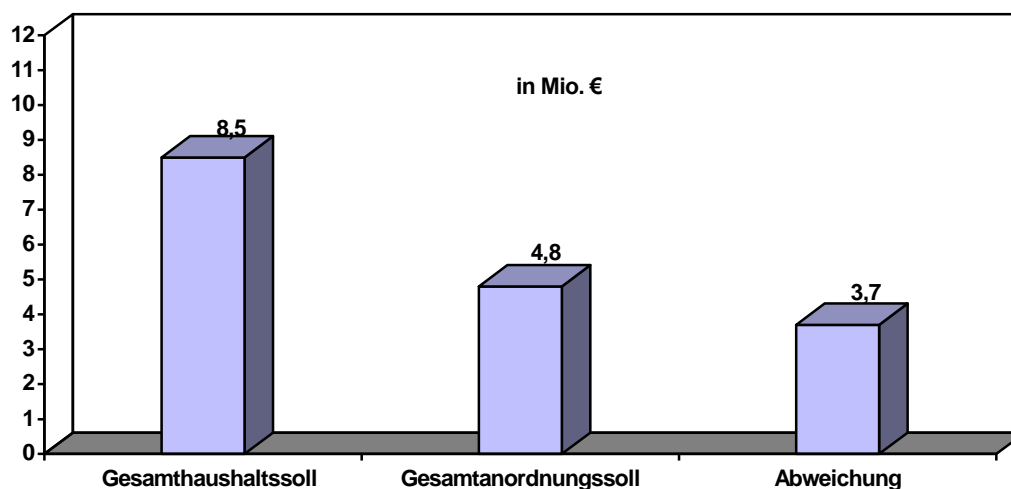
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 39 % (2001 = 20 %).

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 56 % (2001 = 37%)

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Abweichung €	Realisierung %
0000 Rat und Gremien	0	0	0	0
0001 Geschäftsführung	0	0	0	0
0200 Infrastruktur	301.650	44.553	257.117	15
0202 Einführung SAP	1.369.900	429.078	940.822	31
0203 Schlüsselprojek. d. Verwaltung	0	0	0	0
0210 Personal und Organisation	0	0	0	0
0230 Servicebüro Recht	0	0	0	0
0300 Finanzen (Kämmerei)	36.000	34.718	1.282	96
0310 Finanzen (Stadtkasse)	0	0	0	0
0340 Steueramt	0	0	0	0
0350 Grundstückswirtschaft	966.342	658.378	307.964	68
0500 Standesamt	0	0	0	0
0510 Statistik und Wahlen	0	0	0	0
0610 Automatisierte Datenverarbeitung	1.994.000	745.949	1.248.051	37
0620 Nachrichtentechnik	659.550	176.547	483.003	27
0830 Kantine	16	16	0	100
0840 Kommunale Fortbildung	20.230	20.229	1	100
Summe EP 0	5.347.688	2.109.448	3.238.240	39

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Abweichung €	Realisierung %
0000 Rat und Gremien	0	0	0	0
0001 Geschäftsführung	0	0	0	0
0200 Infrastruktur	409.419	152.303	257.116	37
0202 Einführung SAP	3.251.443	2.310.621	940822	71
0203 Schlüsselproj. der Verwaltung	27.448	27.448	0	100
0210 Personal und Organisation	148.649	148.649	0	100
0230 Servicebüro Recht	1.534	0	1.534	0
0300 Finanzen (Kämmerei)	43.297	42.015	1.282	97
0310 Finanzen (Stadtkasse)	15.835	15.834	1	100
0340 Steueramt	50.257	50.258	-1	100
0350 Grundstückswirtschaft	966.342	658.378	307.964	68
0500 Standesamt	0	0	0	0
0510 Statistik und Wahlen	8.505	2.769	5.736	33
0610 Automatisierte Datenverarbeitung	2.661.460	1.006.489	1.654.971	38
0620 Nachrichtentechnik	901.315	378.312	523.003	42
0800 Arbeitsmed., Sicherheit u. betriebl. Suchtberatung	0	0	0	0
0830 Kantine	1.601	1.601	0	100
0840 Kommunale Fortbildung	0	0	0	0
Summe EP 0	8.487.105	4.794.677	3.692.428	56

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten im Einzelplan 0:

Die in diesem Einzelplan veranschlagten Mittel des Vermögenshaushaltes betreffen im wesentlichen die Einführung der neuen Finanzsoftware auf der Basis SAP R/3 sowie die Realisierung des Ratsinformationssystems RIS und des Internet-Portals der Stadt Wuppertal.

Der Abfluss der Mittel erfolgt je nach Projektstand und ist daher im Vorfeld nicht oder nur sehr begrenzt vorhersehbar.

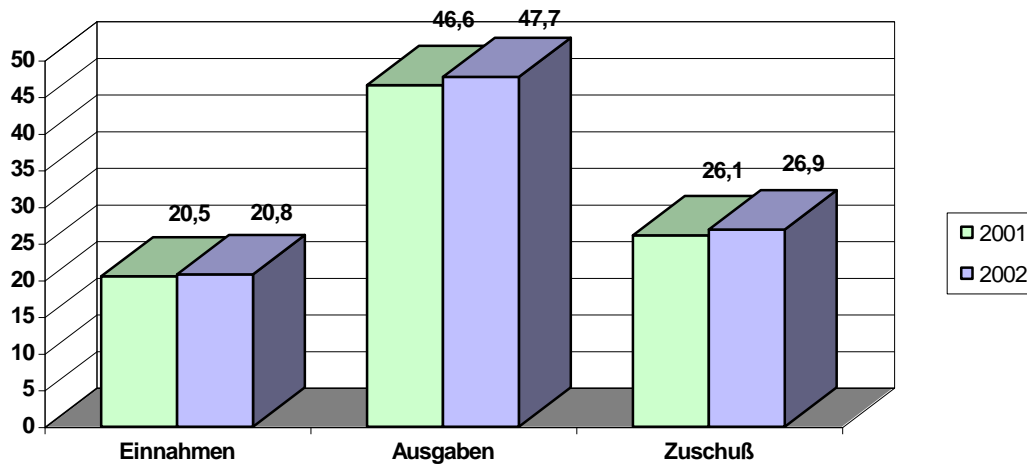
Weitere erhebliche Ausgaben betreffen die zentrale TUI- und nachrichtentechnische Infrastruktur.

Die in 2002 nicht verbrauchten Mittel wurden in der Regel aufgrund bestehender vertraglicher Verpflichtung zu Zahlungsleistungen im Folgejahr nach 2003 übertragen.

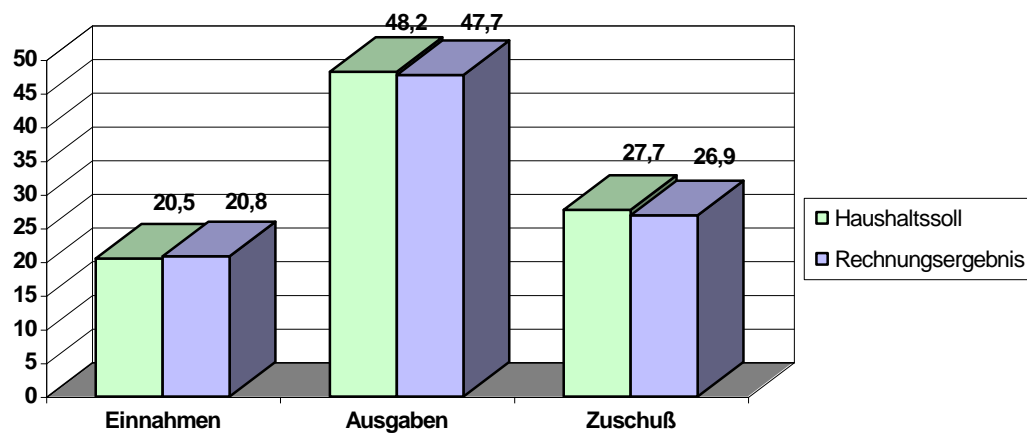
5.1 Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung -

5.1.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



Gegenüber dem Vorjahr ist der Zuschussbedarf um rund 0,8 Mio. € gestiegen. Er liegt aber immer noch um rund 0,8 Mio. € unter dem lt. Haushaltsplan prognostizierten Zuschussbedarf.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 1100 Ordnungsaufgaben

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	10.936.050	10.617.946	-2,9	10.935.892	-2,9
Ausgaben	11.797.365	11.272.788	-4,4	11.487.955	-1,9
Differenz	-861.315	-654.842		-552.063	

Bei leicht gesunkenen Einnahmen und Ausgaben hat sich der Zuschussbedarf gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio. € erhöht, er liegt jedoch noch 0,2 Mio. € unter dem lt. Haushaltsplan erwarteten Zuschussbedarf.

Der im Vergleich zum Vorjahr höhere Zuschuss wird durch einen allgemeinen Rückgang der Einnahmen aus Bußgeldern verursacht.

Der Vergleich des Rechnungsergebnisses mit dem Haushaltssoll bei den Einnahmen ist in diesem Unterabschnitt nicht aussagekräftig, da im Haushaltssoll 300.000 € Einnahmen aus der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung veranschlagt sind, der Ansatz der Einnahmen aus der stationären Überwachung jedoch trotz der massiven Reduzierung der Starenkästen noch in voller Höhe veranschlagt ist.

Auf die schon traditionelle förmliche Beanstandung der Kasseneinnahmereste bei den Haushaltsstellen 1100.260.0400 und 1100.260.0600 (Zwangs- und Bußgelder) sowie 1100.260.0800 (Bußgelder Schwarzarbeitsbekämpfung) wird in diesem Jahr verzichtet. Im Rahmen der Prozessoptimierung wird weiter an diesem verwaltungsweiten Problem gearbeitet. Mit Auswirkungen auf die Jahresrechnung kann jedoch nicht vor 2004 gerechnet werden. Gerade bei den o.g. Haushaltsstellen ist die Realisierung von Forderungen sehr schwer.

UA 1101 Geschäftsbereichsleitung Schutz und Ordnung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	448.772	467.297	4,1	378.320	23,5
Differenz	-448.772	-467.297		-378.320	

Ursächlich für die Überschreitung des Haushaltsansatzes sind gestiegene Personalkosten. Das Geschäftsbereichsbüro ist gegen Ende des Jahres 2001 personell voll besetzt worden, die Ausgaben wurden also erst 2002 voll wirksam.

UA 1110 Melde-, Pass- und Ausländerwesen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.641.300	1.891.235	15,2	1.957.740	-3,4
Ausgaben	6.926.787	7.227.655	4,3	7.007.232	3,1
Differenz	-5.285.487	-5.336.420		-5.049.492	

Die im Vergleich zum Vorjahresergebnis höheren Ausgaben resultieren im wesentlichen aus gestiegenen Personalkosten.

UA 1120 Schiedsmänner/-frauen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.300	2.296	-0,2	1.533	49,8
Ausgaben	20.450	17.232	-15,7	12.266	40,5
Differenz	-18.150	-14.936		-10.733	

In diesem Unterabschnitt werden die Einnahmen und Ausgaben dargestellt, die mit der Erfüllung der Aufgabe der ehrenamtlich tätigen Schiedsmänner und –frauen verbunden sind. Die Ausweitung des Aufgabenkatalogs der Schiedsleute hat höhere Fallzahlen zur Folge, die zu höheren Ausgaben bei den Aufwandsentschädigungen führen.

UA 1130 Veterinäraufgaben

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	144.350	127.688	-11,5	143.127	-10,8
Ausgaben	459.825	418.975	-8,9	403.522	3,8
Differenz	-315.475	-291.287		-260.395	

2002 wurden erstmals Gebühreneinnahmen nach der Landeshundeverordnung in die Haushaltsplanung aufgenommen. Das Anordnungssoll erreichte 2002 nur 50% des Haushaltsansatzes. Auch die Einnahmen aus Untersuchungsgebühren waren rückläufig.

UA 1300 Berufsfeuerwehr

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	428.150	381.248	-11,0	433.027	-12,0
Ausgaben	17.220.519	17.705.484	2,8	17.172.702	3,1
Differenz	-16.792.369	-17.324.236		-16.739.675	

Die Steigerung der Ausgaben ist ausschließlich auf erhöhte Personalausgaben zurückzuführen, die auf der Besetzung freier Stellen bei der Berufsfeuerwehr durch Absolventen eines Grundausbildungslehrganges beruhen. Zusätzlich hat die Tarifierhöhung von 2,4% zum 01.09.01 die Personalausgaben im Jahr 2002 rechnerisch um 1,6% gegenüber dem Vorjahr erhöht.

UA 1310 Freiwillige Feuerwehr

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	35.100	27.507	-21,6	27.136	1,4
Ausgaben	2.062.121	1.926.476	-6,6	2.013.951	-4,3
Differenz	-2.027.021	-1.898.969		-1.986.815	

Das für diesen Unterabschnitt gute Rechnungsergebnis wurde durch eine restriktive Mittelbewirtschaftung im Bereich Dienstkleidung/Ausrüstungsgegenstände erreicht.

Die haushaltsmäßige Abwicklung im Berichtsjahr macht keine weiteren Erläuterungen erforderlich.

UA 1400 Katastrophenschutz

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	50	26.309	52518,0	46.014	
Ausgaben	344.714	328.219	-4,8	330.439	-0,7
Differenz	-344.664	-301.910		-284.425	

Die im Vergleich zum Ansatz hohen Einnahmen stammen aus der Erstattung der Kosten für die Anmietung von Stellplätzen durch den Bund.

UA 1600 Rettungsdienst

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	7.071.300	7.526.634	6,4	6.840.930	10,0
Ausgaben	7.106.595	6.571.142	-7,5	6.118.757	7,4
Differenz	-35.295	955.492		722.173	

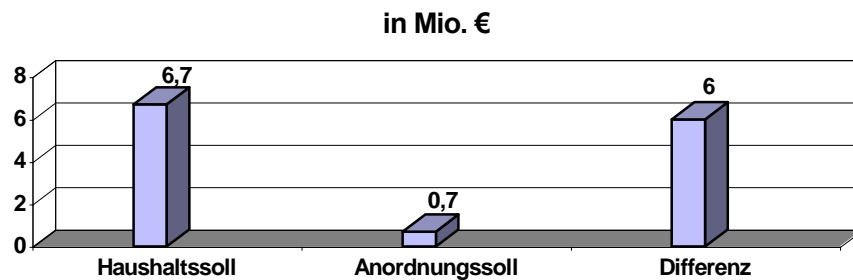
Trotz stagnierender Fallzahlen im Rettungsdienstbereich konnten die Gebühreneinnahmen um rd. 10% gesteigert werden, da die von 304 ergriffenen Maßnahmen zum Abbau des Bearbeitungsrückstandes langsam greifen. Für das Jahr 2003 ist ein ähnliches -wenn nicht besseres- Ergebnis zu erwarten.

Die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Ausgaben resultieren aus der verstärkten Einbindung der freiwilligen Hilfsdienste in Rettungsdienst und Krankentransport, da 304 an die Hilfsorganisationen Betriebskostenersatz leistet. Die entstandenen Mehrausgaben sind durch Mehreinnahmen gedeckt

5.1.2 Vermögenshaushalt

Grafik zu **Tabelle 1**:

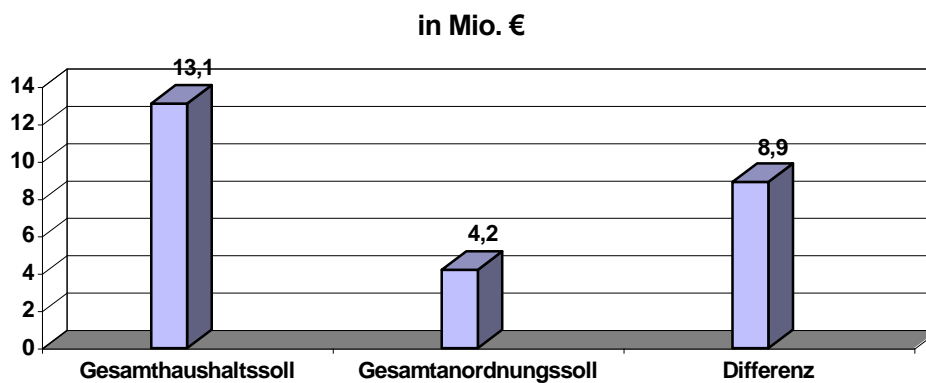
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt wie im Vorjahr 10 %.

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 32 % (2001 = 20%).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltsoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
1100 Öffentliche Ordnung	196.448	135.354	61.094	68,9
1110 Melde-, Pass und Ausländerwesen	0	0	0	0,0
1200 Altlasten	3.564.750	352.604	3.212.146	9,9
1210 Sonstige Umweltschutzaufgaben	80.700	25.745	54.955	31,9
1300 Berufsfeuerwehr	1.858.700	123.146	1.735.554	6,6
1310 Freiwillige Feuerwehr	494.450	30.954	463.496	6,3
1400 Katastrophenschutz	111.800	4.424	107.376	4,0
1600 Rettungsdienst	389.100	51.050	338.050	13,1
Summe EP	6.695.948	723.277	5.972.671	10,8

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
1100 Öffentliche Ordnung	494.150	377.056	117.094	76,3
1110 Melde-, Pass- und Ausländerwesen	84.862	37.688	47.174	44,4
1200 Altlasten	6.382.613	1.492.442	4.890.171	23,4
1210 Sonstige Umweltschutzaufgaben	104.966	49.935	55.031	47,6
1300 Berufsfeuerwehr	3.129.130	835.773	2.293.357	26,7
1310 Freiwillige Feuerwehr	1.572.178	727.374	844.804	46,3
1400 Katastrophenschutz	332.239	52.656	279.583	15,8
1600 Rettungsdienst	985.103	632.399	352.704	64,2
Summe EP	13.085.241	4.205.323	8.879.918	32,1

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 1110 Melde-, Pass- und Ausländerwesen

Die nicht verausgabten Mittel wurden übertragen, da sich der Umzug der Ausländerbehörde verzögert hat und daher notwendige Ersatzbeschaffungen und Renovierungen erst in 2003 getätigt werden können. Ca. 60% der übertragenen Mittel wurden bereits Anfang 2003 zur Begleichung einer Rechnung der Datenzentrale Baden-Württemberg für das im Einsatz bei der Ausländerbehörde beschaffte Programm LADIVA benötigt.

UA 1200 Altlasten

Die Realisierungsgrade des UA 1200 – Altlasten - liegen seit Jahren auf sehr niedrigem Niveau. Daraus wird deutlich, dass die z.Z. angewandten Kriterien für die Ermittlung der Haushaltsansätze nicht die realitätsnahe Veranschlagung aller Projekte im Haushaltsplan gewährleisten. Dazu trägt auch die Bewilligungspraxis der Landesbehörden bei der Gewährung von Zuschüssen bei.

Die Realisierungsgrade sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Eine grundlegende strukturelle Verbesserung ist aber nicht erkennbar. Verzögerungen bei der Sanierung der Altlasten „Langerfeld“ und „Mohrenstraße“ haben den Mittelabfluss maßgeblich beeinflusst.

UA 1300 Berufsfeuerwehr

Mittel für die notwendige Erneuerung der Software Leittechnik i.H.v. rund 1,2 Mio. € wurden nicht verausgabt, da zunächst das Ergebnis eines gemeinsam mit der Stadt Solingen in Auftrag gegebenen Gutachtens bezüglich einer interkommunalen Zusammenarbeit der beiden Feuerwehren abgewartet werden soll. Das Gutachten beschäftigt sich auch mit der Frage einer gemeinsamen Leitstelle.

Weiterhin wird ein in 2002 bestellter Kranwagen im Wert von rund 0,5 Mio. € erst in 2003 bezahlt.

UA 1310 Freiwillige Feuerwehr

Wie auch im UA 1300 wurden hier Mittel für die Beschaffung von (Lösch-) Fahrzeugen nach 2003 übertragen. Durch Ausschreibung des Bedarfs an Löschfahrzeugen für mehrere Jahre ist es oft möglich einen günstigeren Preis zu erzielen. Vier in 2002 bestellte Löschfahrzeuge werden zudem erst in diesem Jahr bezahlt.

UA 1400 Katastrophenschutz

Es handelt sich hierbei um eine ehemalige Aufgabe des Bundes, die nun von den kreisfreien Städten und Kreisen wahrgenommen werden muss. Da die konzeptionelle Ausarbeitung für diesen Gefahrenabwehrbereich noch nicht abgeschlossen ist, verzögert sich die Beschaffung von notwendiger Ausrüstung und Fahrzeugen. Es wird davon ausgegangen, dass die Planungen in diesem Bereich noch im Laufe des Jahres 2003 abgeschlossen werden und mit der Beschaffung begonnen werden kann.

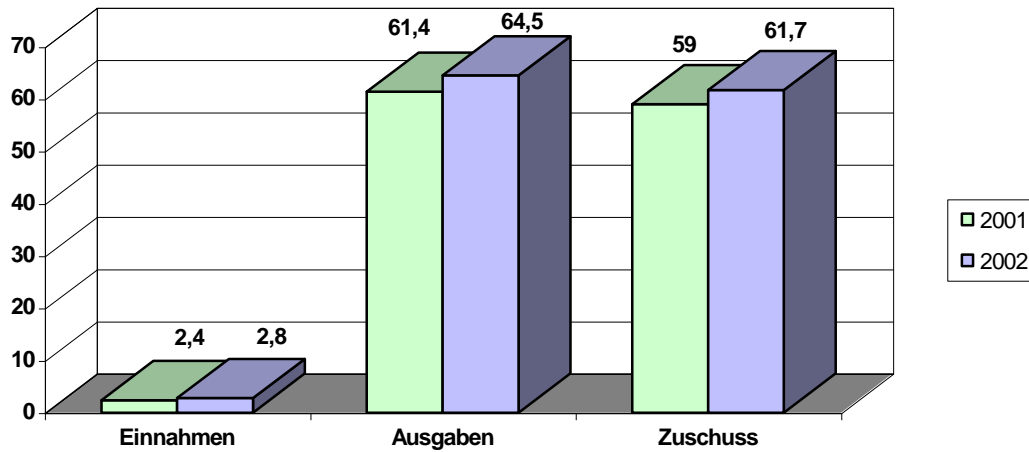
UA 1600 Rettungsdienst

Die geringen Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres resultieren daraus, dass drei im Jahre 2002 bestellte Rettungswagen erst 2003 ausgeliefert und bezahlt wurden. Weiter wurde die geplante Beschaffung eines Notarzteinsetzungsfahrzeuges auf 2003 verschoben.

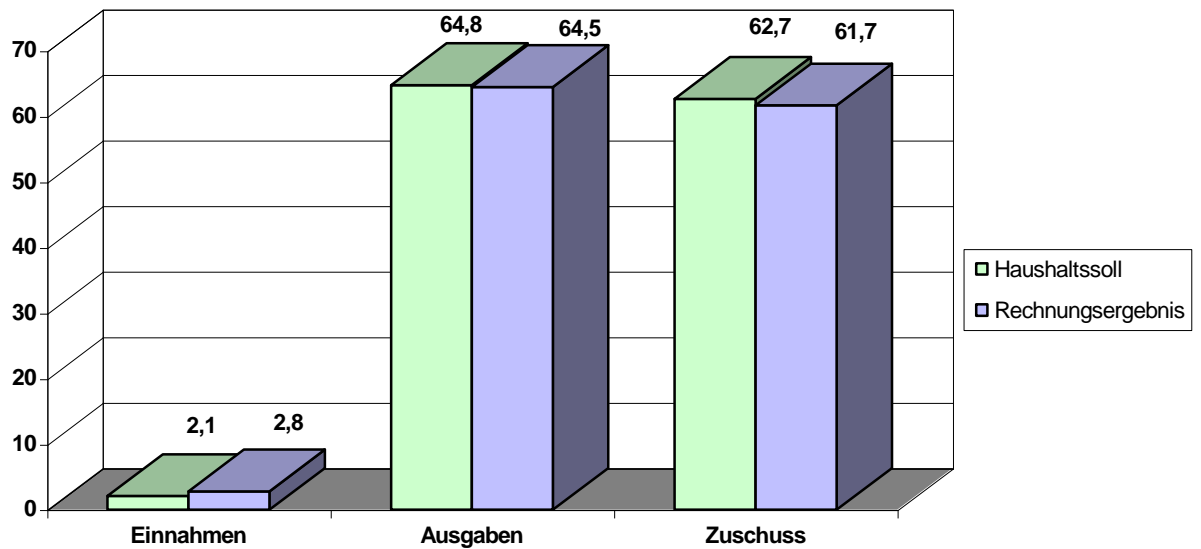
5.2 Einzelplan 2 - Schulen

5.2.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



Gegenüber 2001 ist der Zuschussbedarf im Jahr 2002 um rd. 2,7 Mio. € (rd. 4,5 %) gestiegen.

Nach einem starken Rückgang des Zuschussbedarfs im Jahr 1999 um rd. 6,9 Mio. € (rd. 17,6 %), der vor allem auf den Personal- und Aufgabenübergang zum Eigenbetrieb Gebäudemanagement Wuppertal zurückzuführen war, ist der Zuschussbedarf im Jahr 2000 um rd. 26,2 Mio. € (rd. 81 %) extrem angestiegen. Die Ursache hierfür lag in der erstmaligen Veranschlagung der Ausgabepositionen für Miete und Betriebskosten an das Gebäudemanagement in den verschiedenen Unterabschnitten, in die auch die Kosten für Baumaßnahmen einkalkuliert wurden, die bisher im Vermögenshaushalt veranschlagt wurden, nun aber direkt aus der Rechnung des Gebäudemanagements gezahlt werden. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Ausgaben im Jahr 2000 war die erstmalige Veranschlagung der „Steuerungsumlage“, die ab dem Haushaltsjahr 2000 die bisher üblichen Verwaltungskostenerstattungen für den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters ersetzt.

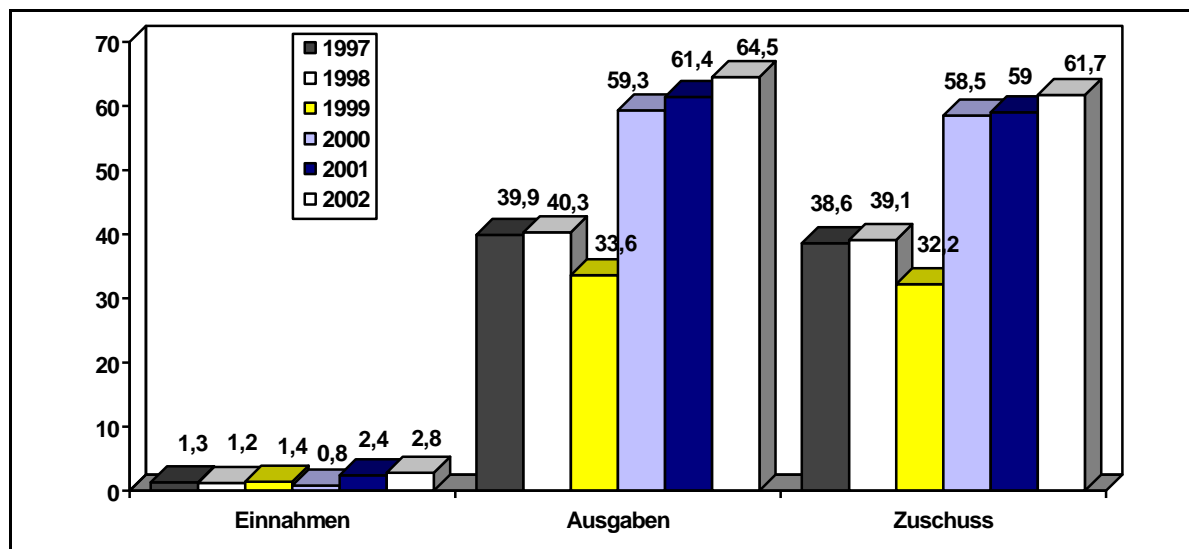
Im Jahr 2001 war der Anstieg des Zuschussbedarfs um rd. 608 T-Euro (rd. 1,05 %) wieder unbeeinflusst von gravierenden Änderungen wie sie sich in den beiden Vorjahren ausgewirkt hatten.

In fast allen Unterabschnitten des Einzelplans 2 wurde nach dem Wegfall der Einnahmepositionen für Miete im Vorjahr in 2001 die Position "Mietanteil Sekundärnutzer" veranschlagt, in der der 80 %ige Anteil der Mieteinnahmen, den das Gebäudemanagement weitergibt, vereinnahmt wird. Erstmals wurden hier auch Einnahmen von internen Nutzern veranschlagt. Dies führte in vielen Unterabschnitten zu einer Erhöhung der Gesamteinnahmen im Verhältnis zum Vorjahr. Die Mietzahlungen an das Gebäudemanagement erhöhten sich fast durchgehend.

Der Anstieg des Zuschussbedarfs im Jahr 2002 um rd. 2,7 Mio. € beruht vor allem auf erhöhten Mietzahlungen an das Gebäudemanagement, die als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant waren. Zudem stieg die zu zahlende Steuerungsumlage, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt werden. Die Einnahmen aus dem Mietanteil von Sekundärnutzern haben sich in den verschiedenen Unterabschnitten unterschiedlich entwickelt, was vor allem auf eine genauere Zuordnung der im Vorjahr erstmals veranschlagten Einnahmen zurückzuführen ist.

Im Einzelplan 2 stellt sich die Entwicklung in den vergangenen Jahren folgendermaßen dar (in €):

RE	2002	2001	2000	1999	1998	1997
Einnahme	2.762.861	2.366.356	810.904	1.354.950	1.151.718	1.261.792
Ausgabe	64.520.278	61.441.006	59.277.701	33.608.429	40.278.367	39.914.241
Zuschuss	61.757.417	59.074.650	58.466.796	32.253.479	39.126.649	38.652.449



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 2000 Schulverwaltung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	67.000	69.015	-5,8	63.147	9,3
Ausgaben	4.788.609	4.716.932	-1,5	4.749.389	-0,7
Differenz	-4.721.609	-4.647.917		-4.686.242	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2000 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 38.000 € geringfügig gesunken.

Diese Entwicklung ergibt sich aus Veränderungen bei Einnahme- und Ausgabepositionen, die im Einzelnen im Normalbereich liegen.

UA 2100 Grundschulen einschließlich Schulkindergärten

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	894.450	1.348.883	50,8	925.918	45,7
Ausgaben	16.452.067	16.518.788	0,4	15.965.079	3,5
Differenz	-15.557.617	-15.169.905		-15.039.161	

Den um rd. 420.000 € gestiegenen Einnahmen stehen im UA 2100 um rd. 550.000 € gestiegene Ausgaben gegenüber, wodurch sich der Zuschussbedarf im Jahr 2002 um rd. 130.000 € erhöht hat.

Die Einnahmeerhöhung im UA 2100 resultiert im Umfang von 235.000 € aus höheren Einnahmen vom Land für Betreuungsmaßnahmen, die im gleichen Umfang zu einer Erhöhung der Ausgaben bei der entsprechenden Haushaltsposition führen. Um rd. 186.000 € ist der Mietanteil von Sekundärnutzern gestiegen.

Außer für Betreuungsmaßnahmen steigerten sich die Ausgaben für Miete und Betriebskosten an das Gebäudemanagement um 113.000 € und 155.000 €. Auch der aus diesem UA für zentrale Steuerungsleistungen zu zahlende Betrag stieg um rd. 100.000 €, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden.

UA 2150 Hauptschulen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	57.750	180.565	212,7	162.271	11,3
Ausgaben	6.094.787	6.035.055	-1,0	5.872.256	2,8
Differenz	-6.037.037	-5.854.490		-5.709.985	

Die Erhöhung des Zuschussbedarfs im UA 2150 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 144.000 € ist vor allem auf eine Erhöhung der Ausgaben in diesem UA zurückzuführen. Mehrausgaben für Miete und Betriebskosten an das Gebäudemanagement sind im Umfang von 35.000 € bzw. 31.000 € entstanden. Für den Ausbau von Betreuungsangeboten wurden rd. 70.000 € mehr verausgabt, denen aber entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstanden. Die zu zahlende Steuerumlage stieg um rd. 50.000 €, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden.

UA 2200 Realschulen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	47.400	34.848	-26,5	15.723	121,6
Ausgaben	2.815.161	2.770.780	-1,6	2.527.532	9,6
Differenz	-2.767.761	-2.735.932		-2.511.809	

Der Zuschussbedarf im UA 2200 ist im Jahr 2002 um rd. 224.000 € gestiegen.

Im Wesentlichen beruht diese Entwicklung auf einer Ausgabensteigerung, und zwar um 123.000 € bei der Mietzahlung an das Gebäudemanagement und um 126.000 € bei der Zahlung von Betriebskosten an das Gebäudemanagement. Die zu zahlende Steuerungsumlage stieg um rd. 10.500 €, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden.

Eine Einnahmeerhöhung um rd. 18.000 € war aus dem vom Gebäudemanagement überwiesenen Mietanteil von Sekundärnutzern zu verzeichnen.

UA 2300 Gymnasien

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	406.600	397.923	-2,1	416.707	-4,5
Ausgaben	11.999.883	11.927.759	-0,6	10.599.651	12,5
Differenz	-11.593.283	-11.529.836		-10.182.944	

Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt eine Ausgabensteigerung im UA 2300 um rd. 1,3 Mio. €, die vor allem auf eine erhöhte Mietzahlung an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement um rd. 1 Mio. € sowie um rd. 60.000 € erhöhte Betriebskosten an das Gebäudemanagement zurückzuführen ist.

Um rd. 135.000 € sind die Ausgaben nur „optisch“ gestiegen, da der Vergleich mit dem Vorjahr aus haushaltstechnischen Gründen in einer Ausgabeposition dieses Ergebnis ausweist. Es handelt sich hier nicht um eine Ausgabeerhöhung.

Aus Stiftungserträgen sind im UA 2300 rd. 88.000 € mehr als im Vorjahr vereinnahmt worden. Diese Erhöhung ist Folge eines Aktienverkaufs, durch den das Stiftungsvermögen erhöht wurde. Im gleichen Umfang haben diese Mehreinnahmen zu Mehrausgaben geführt. Auch 2003 werden dem UA aus dieser Position Mehreinnahmen zufließen.

Die zu zahlende Steuerungsumlage stieg um rd. 70.600 €, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden.

Die Ausgabensteigerung konnte nicht durch die Einnahmeseite ausgeglichen werden, so dass auch der Zuschussbedarf um rd. 1,3 Mio. € gestiegen ist.

UA 2410 Gewerbliche, hauswirtschaftliche und sozialpädagogische Berufs- und Berufsgrundschulen (vorher UA 2400)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	167.600	152.766	-8,9	228.503	-33,1
Ausgaben	6.117.105	5.960.993	-2,6	5.932.093	0,5
Differenz	-5.949.505	-5.808.227		-5.703.590	

Der Zuschussbedarf im UA 2410 hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 105.000 € erhöht.

Wesentlich für diese Entwicklung ist der Rückgang der Einnahmen aus dem Mietanteil von Sekundärnutzern um rd. 70.000 €. Zusätzlich sind die Ausgaben im UA 2410 um rd. 30.000 € gestiegen, wobei sich hier Erhöhungen und Verringerungen bei verschiedenen Ausgabepositionen ergeben haben, die im Einzelnen nicht den Ausschlag geben.

UA 2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufsgrundschulen (vorher UA 2420)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	30.050	29.882	-0,6	39.084	-23,5
Ausgaben	3.445.039	3.433.018	-0,3	2.786.422	23,2
Differenz	-3.414.989	-3.403.136		-2.747.338	

Die Entwicklung im UA 2411 wird durch den Anstieg der Ausgaben um rund 647.000 € bestimmt, der vor allem auf einer um 579.000 € gestiegenen Mietzahlung an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement beruht. Der zu zahlende städtische Anteil für freie Lernmittel wurde im Jahr 2002 bei den berufsbildenden Schulen erstmals zu 80 % gezahlt, wodurch sich die Ausgaben in dieser Position um 40.000 € erhöhten. Um rd. 48.000 € ist die zu zahlende Steuerungsumlage gestiegen, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden.

Der Zuschussbedarf hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 656.000 € erhöht.

UA 2461 Kaufmännische Berufsfachschulen (vorher UA 2430)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	203.115	201.475	-0,8	144.957	39,0
Differenz	-203.015	-201.475		-144.957	

Im Unterabschnitt 2461 ergeben sich keine Änderungen durch die Positionen Mieteinnahmen von Sekundärnutzern, Miete und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement oder durch Personalausgaben, da diese Einnahmen und Ausgaben für den Unterabschnitt 2461 im Unterabschnitt 2411 veranschlagt werden.

Der Zuschussbedarf im UA 2461 ist im Jahr 2002 um rd. 56.000 € gestiegen.

Die Erhöhung beruht zum einen auf gestiegenen Ausgaben für Schülerfahrten (+ 41.000 €), die aber auf Zuordnungsunschärfen durch den Wechsel des Abrechnungssystems und die Änderung der Gliederungsziffern der Unterabschnitte zurückzuführen sind und keine tatsächliche Ausgabeerhöhung bedeuten.

Zudem wurde der zu zahlende städtische Anteil für freie Lernmittel im Jahr 2002 bei den berufsbildenden Schulen erstmals zu 80 % gezahlt, wodurch die Ausgaben um 17.000 € stiegen.

UA 2700 Sonderschulen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	53.450	112.378	110,2	79.244	41,8
Ausgaben	3.972.592	3.933.906	-1,0	3.903.252	0,8
Differenz	-3.919.142	-3.821.528		-3.824.008	

Im UA 2700 ist der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

Hierbei sind die Einnahmen vom Land für Betreuungsmaßnahmen um rd. 36.000 € gestiegen, in entsprechendem Umfang sind die getätigten Ausgaben gestiegen. Die Mietzahlung an das Gebäudemanagement lag um rd. 35.000 € höher als im Vorjahr. Die Steuerungsumlage lag um rd. 24.000 € höher als im Vorjahr, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden. Rd. 21.000 € weniger als im Vorjahr wurden für die Verbesserung der Ausstattung ausgegeben. Um rd. 50.000 € sind auch die Ausgaben für Schülerfahrkosten im Vergleich zum Vorjahr gesunken, was aber auf zeitliche Verschiebungen bei der Abrechnung zurückzuführen ist.

UA 2800 Gesamtschulen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	229.200	224.929	-1,9	254.273	-11,5
Ausgaben	7.964.750	7.904.258	-0,8	7.796.800	1,4
Differenz	-7.735.550	-7.679.329		-7.542.527	

Der Zuschussbedarf im UA 2800 ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 137.000 € gestiegen.

Dabei sind die Einnahmen um rd. 30.000 € gesunken und die Ausgaben um rd. 107.000 € gestiegen.

Der Einnahmerückgang beruht im Wesentlichen auf dem geringeren Mietanteil von Sekundärnutzern.

Bei den Ausgaben erhöhte sich die Zahlung an das Gebäudemanagement für Miete um rd. 124.000 €. Die Erhöhung der Ausgaben für freie Lernmittel um rd. 28.000 € beruht vor allem auf dem jährlichen Anstieg der Schülerzahl in der Gesamtschule Barmen um einen Jahrgang. Bei verschiedenen Ausgabepositionen ergaben sich Verringerungen im Vergleich zum Vorjahr, die aber im Normalbereich lagen.

UA 2950 Medienzentrums (vorher UA 2920)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	195.750	211.672	8,1	180.719	17,1
Ausgaben	598.747	737.439	23,2	737.813	-0,1
Differenz	-402.997	-525.767		-557.094	

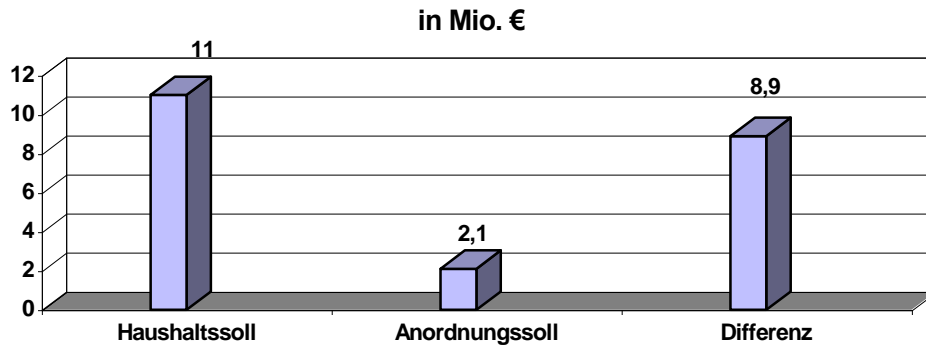
Durch höhere Einnahmen im Umfang von rd. 31.000 € hat sich der Zuschussbedarf im UA 2950 im Vergleich zum Vorjahr in gleicher Höhe verringert.

Gestiegen sind die Einnahmen von anderen Verwaltungsbereichen für Leistungen des Medienzentrums. Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

5.2.2 Vermögenshaushalt

Grafik zur **Tabelle 1**:

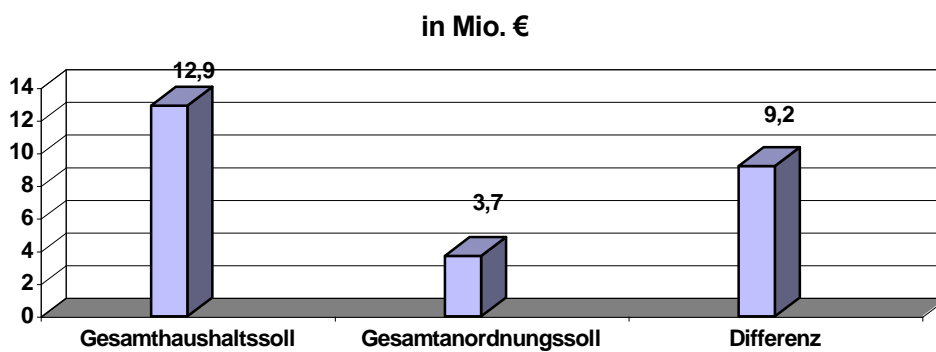
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 19 % (2001 = 40 %).

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 29 % (2001 = 50,3 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltsoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
2000 Schulverwaltung	84.278	47.447	36.831	56,3
2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten	8.906.143	1.269.555	7.636.588	14,3
2150 Hauptschulen	259.022	30.375	228.647	11,7
2200 Realschulen	244.700	42.077	202.623	17,2
2300 Gymnasien	448.956	262.899	186.057	58,6
2410 Gewerbl., Hauswirtschaftl. und Sozialpädagogische Berufs- und Berufsgrundschulen	556.670	208.623	348.047	37,5
2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufsgrundschulen	184.050	109.121	74.929	59,3
2700 Sonderschulen	134.440	50.526	83.914	37,6
2800 Gesamtschulen	115.844	60.676	55.168	52,4
2950 Medienzentrum	55.650	29.338	26.312	52,7
Summe EP	10.989.753	2.110.637	8.879.116	19,2

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
2000 Schulverwaltung	95.442	58.611	36.831	61,4
2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten	9.554.300	1.846.643	7.707.657	19,3
2150 Hauptschulen	367.775	114.206	253.569	31,1
2200 Realschulen	296.217	61.707	234.510	20,8
2300 Gymnasien	675.990	448.850	227.140	66,4
2410 Gewerbl., Hauswirtschaftl. und Sozialpädagogische Berufs- und Berufgrundschulen	731.389	383.342	348.047	52,4
2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufgrundschulen	245.712	170.783	74.929	69,5
2700 Sonderschulen	469.833	371.357	98.476	79,0
2800 Gesamtschulen	404.056	248.888	155.168	61,6
2950 Medienzentrum	76.710	50.398	26.312	65,7
Summe EP	12.917.424	3.754.785	9.162.639	29,1

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten

Die geringe Realisierungsquote im UA 2100 beruht im Umfang von rd. 6 Mio. € darauf, dass die in diesem UA als „Schulpauschale“ eingegangenen Landesmittel nicht im geplanten Umfang von rd. 7 Mio. € an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement weitergeleitet wurden, weil dieser nur rd. 1 Mio. € für erbrachte Leistungen angefordert hatte. Die übrigen Mittel wurden durch die Kämmerei der „Sonderrücklage Schulpauschale“ zugeführt.

In Höhe von 1 Mio. € wurde über Mittel nicht verfügt, die 2002 für die Beschaffung neuer Medien zur Verfügung standen. Hier wurden vorrangig im Jahr 2001 eingegangene Landesmittel verausgabt, die nur bis zum 31.03.03 zur Verfügung standen. Zur geringen Realisierungsquote hat im Umfang von rd. 200.000 € die Position „Sofortmaßnahmen in Schulen“ beigetragen, da die entsprechenden Maßnahmen zeitverzögert mit dem Gebäudemanagement abgerechnet werden.

UA 2150 Hauptschulen

Bei den Positionen „Einrichtung von Maßnahmen“ und „Maßnahmen zur Integration behinderter Schüler“ standen Mittel in Höhe von rd. 41.000 € bzw. rd. 75.000 € zur Verfügung, die nicht eingesetzt werden mussten.

Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von rd. 118.000 € nicht verausgabt, was zum Teil auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen.

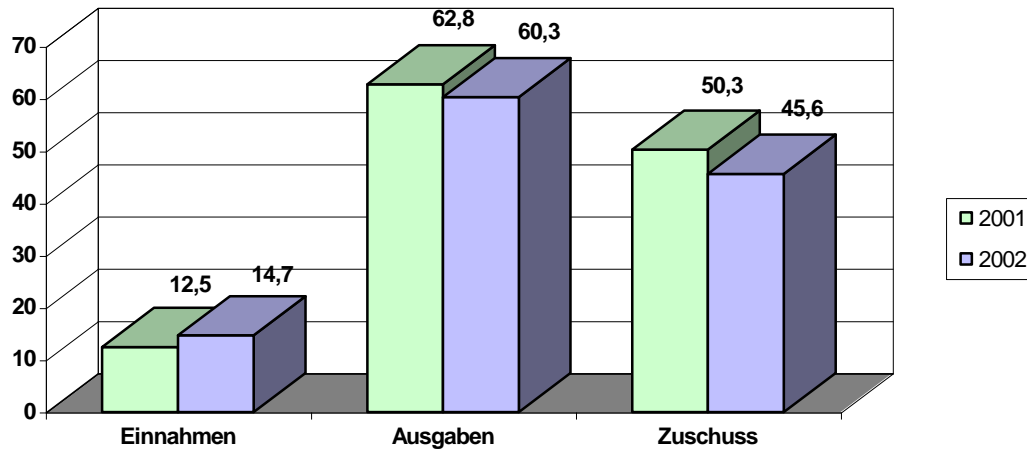
UA 2200 Realschulen

Die geringe Realisierungsquote im UA 2200 setzt sich aus kleineren Beträgen nicht verausgabter Mittel bei verschiedenen Positionen zusammen. Im Umfang von rd. 102.000 € ist sie darauf zurückzuführen, dass mit der Neueinrichtung von Fachräumen in der Realschule Neue Friedrichstraße erst im Sommer 2003 begonnen wurde.

5.3 Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

5.3.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)

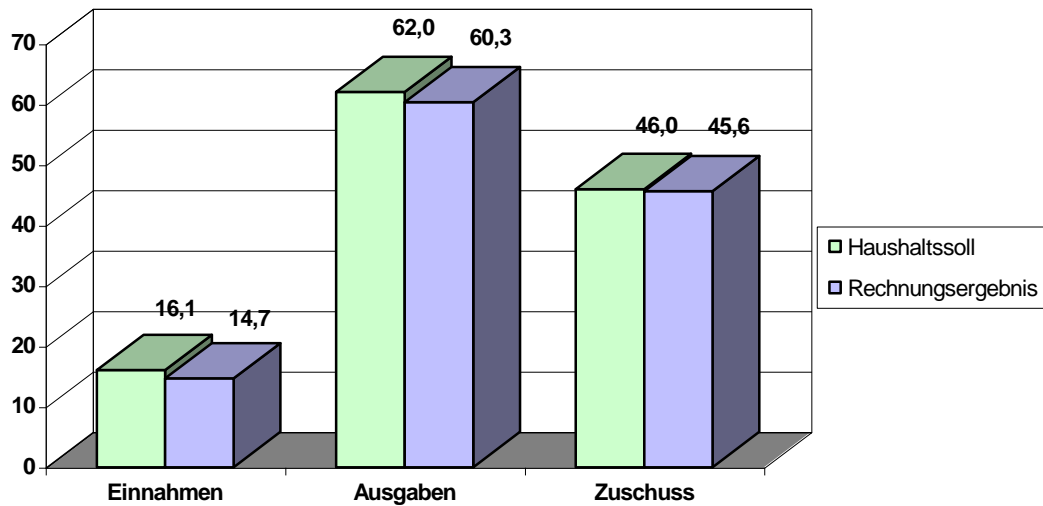
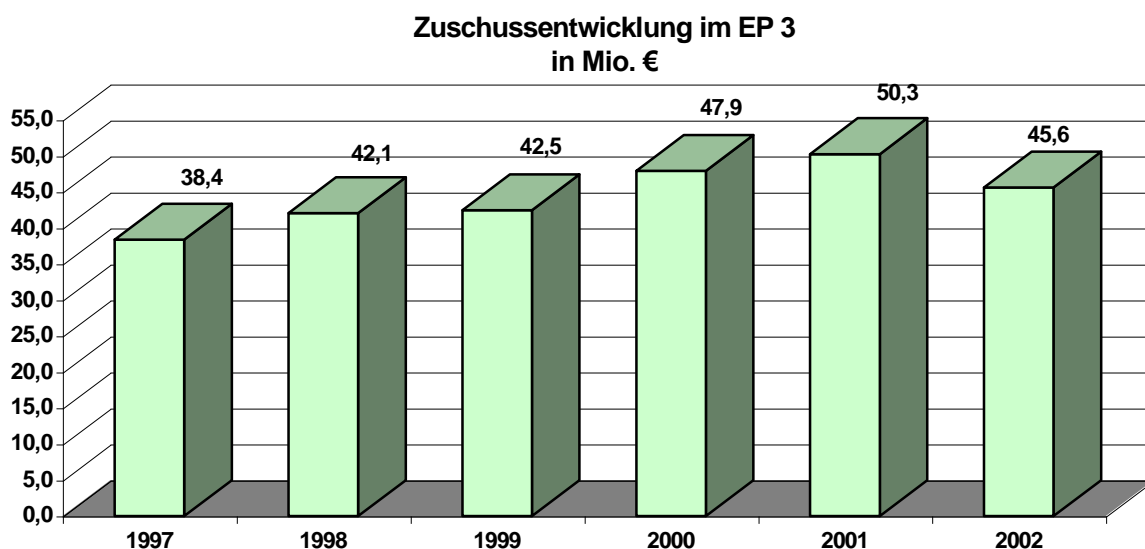


Tabelle 1

Zuschussbedarf gemäß Rechnungsergebnis und Haushaltssoll in € nach Unterabschnitten im Einzelplan 3

Unterabschnitt ----- Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis €	Haushalts- soll €	Differenz	
			€	%
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	1.143.456	1.392.008	-248.552	-17,9
3100 SB Von der Heydt-Museum	4.236.408	4.170.874	65.534	1,6
3101 SB Fuhlrott-Museum	935.316	934.187	1.129	0,1
3102 Historisches Zentrum	563.576	535.484	28.092	5,2
3210 Stadtarchiv	410.802	420.888	-10.086	-2,4
3230 SB Zoologischer Garten	3.651.438	3.599.914	51.524	1,4
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH, Tanztheater GmbH	15.047.720	15.091.459	-43.739	-0,3
3320 SB Orchester und Konzerte	6.000.054	5.589.212	410.842	7,4
3330 SB Bergische Musikschule	2.039.367	1.972.288	67.079	3,4
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	1.033.829	989.012	44.817	4,5
3500 Allgemeine und berufliche Weiterbildung	1.536.890	1.570.882	-33.992	-2,2
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	1.851.732	1.345.538	506.194	37,6
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	1.616.872	2.794.442	-1.177.570	-42,1
3520 SB Stadtbibliothek	5.067.418	5.103.478	-36.060	-0,7
3650 Denkmalschutz u. -pflege	496.923	467.153	29.770	6,4
Summe EP	45.631.801	45.976.819	-345.018	-0,8

Zuschussentwicklung im Einzelplan 3



Beim Vergleich der RE 2002 mit denen des Vorjahres gilt es zu berücksichtigen, dass bei der Ermittlung des RE 2001 eine erforderliche Verrechnung von Personalkosten des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ (AsSH) zwischen R 201 (Jugendamt und Soziale Dienste) und SB 207.2 (Beschäftigung und Qualifizierung) nicht verbucht worden ist. Bei einer periodengerechten Buchung dieses Betrags in Höhe von ca. 1,7 Mio. € hätte der Zuschussbedarf des EP 3 im Jahr 2001 statt 50,3 Mio. € nur 48,6 Mio. € betragen.

Einhaltung der Budgetvorgaben im Verwaltungshaushalt

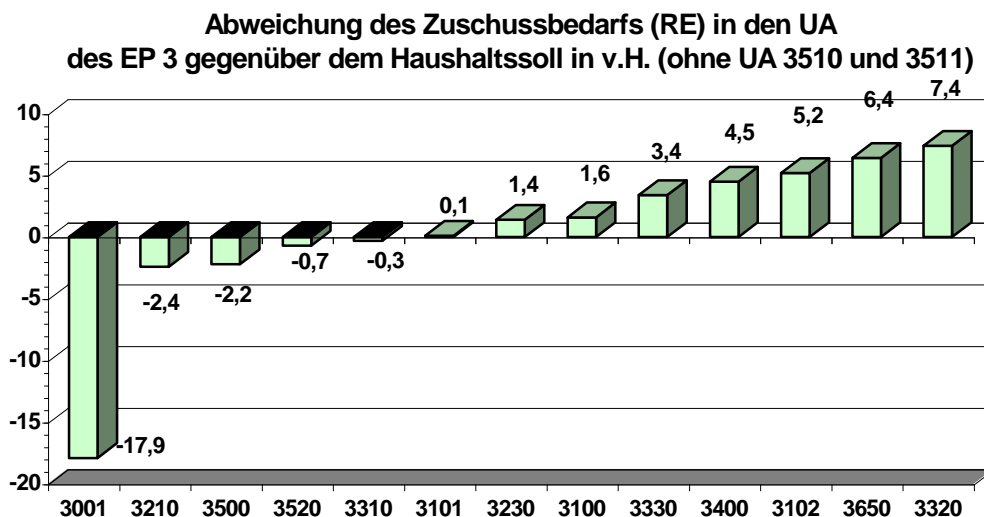
An ihre Budgetvorgaben haben sich die Leistungseinheiten im EP 3 in unterschiedlicher Weise gehalten. Gemessen an den „nackten“ Zuschussbedarfen nach der Rechnung verzeichnen überdurchschnittliche Erhöhungen gegenüber dem Haushaltssoll die folgenden Bereiche:

- UA 3510, Beschäftigung und Qualifizierung + 506,2 T-Euro,
- UA 3320, SB Orchester und Konzerte + 410,8 T-Euro,
- UA 3330, SB Bergische Musikschule + 67,1 T-Euro,
- UA 3100, SB Von der Heydt-Museum + 65,5 T-Euro,
- UA 3230, SB Zoologischer Garten + 51,5 T-Euro.

Dagegen kamen mit geringeren Fehlbeträgen als veranschlagt aus:

- UA 3511, Arbeitsbeschaff.- u. AsSH-Maßnahmen - 1177,6 T-Euro,
- UA 3001, Geschäftsbereichsleitung (GB 2) - 248,6 T-Euro,
- UA 3310, Wuppertaler Bühnen/Tanztheater - 43,7 T-Euro,
- UA 3520, SB Stadtbibliothek - 36,1 T-Euro,
- UA 3500, SB Weiterbildung (VHS) - 34,0 T-Euro.

Die Abweichungen bei den UA 3510 und 3320 einerseits sowie 3511 und 3001 andererseits sind erläuterungsbedürftig. Auf die nachfolgenden Einzelbetrachtungen der UA wird verwiesen. Die prozentualen Abweichungen werden nachfolgend grafisch dargestellt.



Auswirkungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 81 GO

Im Hinblick auf die Bestimmungen zur vorläufigen Haushaltsführung stellt sich die Frage, inwieweit im EP 3 Ausgaben nicht getätigt bzw. Haushaltsmittel eingespart wurden.

Werden für einen Vergleich der Ansätze des Haushaltsplans (ohne Berücksichtigung von Haushaltssoll-Umbuchungen durch Deckungsvermerke) mit den Rechnungsergebnissen die Ausgaben nach folgendem Muster gegliedert, so ergeben sich folgende absolute und relative Veränderungen:

Tabelle 2

Vergleich der Rechnungsergebnisse 2002 mit den Haushaltsansätzen im EP 3 (in Mio. €)

Art der Ausgabe	Rechnungsergebnis	Haushaltsansatz ¹⁾	Differenz RE/Ansatz	Differenz in %
Personalausgaben ²⁾	20.769,2	20.001,2	+ 768,0	+ 3,8
Honorare u.a. ³⁾	6.349,4	7.518,6	- 1.169,2	- 15,6
Sonst. Sachausgaben	3.809,8	4.373,9	- 564,1	- 12,9
Miete u. Betriebskosten (GMW)	7.802,3	7.888,9	- 86,6	- 1,1
Innere Verrechnungen ⁴⁾	1.931,9	1.872,2	+ 59,7	+ 3,2
Kalkulatorische Kosten	96,2	96,2	-	-
Zuweisungen, Zuschüsse	13.828,6	14.634,9	- 806,2	- 5,5
Umsatzsteuer, Spenden u.ä. ⁵⁾	261,1	225,8	+ 35,3	+ 15,6
Insgesamt	54.848,4	56.611,6	- 1.763,2	- 3,1

1) Ohne Haushaltssoll-Umbuchungen durch Deckungsvermerke. 2) Ohne Honorare u.ä.

3) Einschl. Künstlersozialabgaben. Bei den UA 3500, 3510 und 3511 auch Programmkosten und Ausgaben für ABM- u. AsSH-Personal.

4) Untergruppe 679. 5) Verwendung von Spenden u.ä.

Danach wurden von den im EP 3 veranschlagten Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe von ca. 14,6 Mio. € zusammen 0,8 Mio. € bzw. 5,5 % nicht verausgabt. Von den veranschlagten sonstigen Sachausgaben in Höhe von etwa 4,4 Mio. € konnten 564 T-Euro bzw. 12,9 % eingespart werden. Bei den Ausgaben für Honorare und die Bezahlung von Personal in Arbeitsbeschaffungs- und Arbeit statt Sozialhilfe-Maßnahmen ergaben sich die größten Einsparungen. Vom Ansatz in Höhe von 7,5 Mio. € wurden etwa 1,2 Mio. € bzw. 15,6 % nicht benötigt. Dagegen musste für die Stammbesellschaft rd. 768 T-Euro bzw. 3,8 % mehr als veranschlagt aufgebracht werden.

Von den Einsparungen bei den Sachausgaben waren auch Belohnungen für ehrenamtliches Engagement und Fortbildungsmaßnahmen für städtische Bedienstete betroffen.

Im Bereich des EP 3 verfügten das Fuhlrott-Museum, das Historische Zentrum und die Stadtbibliothek über eigene Ansätze mit zusammen 2.250,- €, um ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen zu danken. Davon wurde mit 1.142,- € lediglich die Hälfte ausgegeben.

Auch im Bereich der Fortbildungsausgaben haben die Einrichtungen im EP 3 die zur Verfügung gestellten Haushaltsansätze nur zum Teil in Anspruch genommen. Einsparungen bei den Fortbildungsausgaben wurden dagegen vielfach zur Deckung von Mehrausgaben bei anderen Haushaltsstellen genutzt. Insgesamt standen für die Mitarbeiterfortbildung etwa 51,5 T-Euro zur Verfügung. Für Fortbildungsmaßnahmen benötigt wurden ca. 13,5 T-Euro bzw. 26,2 % des Ansatzes. Rund 21 T-Euro wurden im Wege der gegenseitigen Deckungsfähigkeit in Anspruch genommen, um „Löcher“ an anderen Stellen zu stopfen.

Kasseneinnahmereste

Im EP 3 bestanden am Ende des Rechnungsjahres 2002 Kasseneinnahmereste in Höhe von 471 T-Euro. Zum Ende des Vorjahres hatten die Kasseneinnahmereste 92 T-Euro betragen. Von dieser Summe konnten Beträge in Höhe von zusammen 1 T-Euro endgültig nicht eingezogen werden. Die gegenüber dem RE 2001 erhöhten neuen Kassenreste sind in erster Linie auf nicht rechtzeitig eingegangene Zuwendungen und Kostenerstattungen der Arbeitsverwaltung und eines städtischen Eigenbetriebs in Höhe von zusammen ca. 388 T-Euro für die Durchführung von Beschäftigungs- bzw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im UA 3511 zurückzuführen.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	225.000	202.965	-9,8	240.745	-15,7
Ausgaben	1.617.008	1.346.421	-16,7	1.896.154	-29,0
Differenz	-1.392.008	-1.143.456		-1.655.409	

Bei einer Gegenüberstellung der RE 2002 mit denen des Vorjahres ist zu bedenken, dass der Bereich „Betrieb gewerblicher Art Marketing und Werbung“ dem Ressort 003 Stadtmarketing und Wirtschaftskommunikation organisatorisch zugeordnet wurde und nicht mehr im UA 3001, sondern im UA 7900 finanziell nachgewiesen wird. Außerdem wurde das Projekt „Demokratie und Toleranz“ mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils ca. 102 T-Euro zwar ursprünglich im UA 3001 veranschlagt. Bis auf Einnahmen in Höhe von 7,9 T-Euro und Ausgaben in Höhe von 9,3 T-Euro erfolgte die weitere Verbuchung der Projektmittel und Projektausgaben im UA 4040.

Zu größeren Abweichungen zwischen Veranschlagung und RE ist es auch bei der Finanzierung der Kosten für das Projekt Ostersbaum gekommen. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans war nicht genau bekannt, in welcher Höhe vom Land bewilligte Mittel auch abgerufen werden konnten. Das Ergebnis der Rechnung 2002 für den UA 3001 weist Einnahmen in Höhe von rd. 193,9 T-Euro (Haushaltsansatz: 122,7 T-Euro) aus. Etwa 69,1 T-Euro aus dem Ansatz für das Jahr 2002 wurden bei der Hst. 3001-637.0000.2 verausgabt. Ansonsten wurden die für das Projekt Ostersbaum eingegangenen Drittmittel an andere UA weitergeleitet. Darunter befanden sich Zuschüsse für den Ankauf und Umbau der Kirche am Platz der Republik (839 T-Euro, Hst. 4600-361.0358.4), für Grünanlagen im Schniewindschen Park (210 T-Euro, Hst. 5810-361.0331.4) und für die Schulhofgestaltung der Gesamtschule Elberfeld (155 T-Euro, Hst. 2800-361.0346.1).

UA 3100 SB Von der Heydt-Museum

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	418.700	562.727	34,4	330.702	70,2
Ausgaben	4.589.574	4.799.135	4,6	4.628.285	3,7
Differenz	-4.170.874	-4.236.408		-4.297.583	

Im Jahr 2002 feierte das Von der Heydt-Museum sein 100-jähriges Jubiläum mit einer Reihe von Sonderausstellungen und einer Jubiläumsausstellung, die von September 2002 bis Januar 2003 zu sehen war.

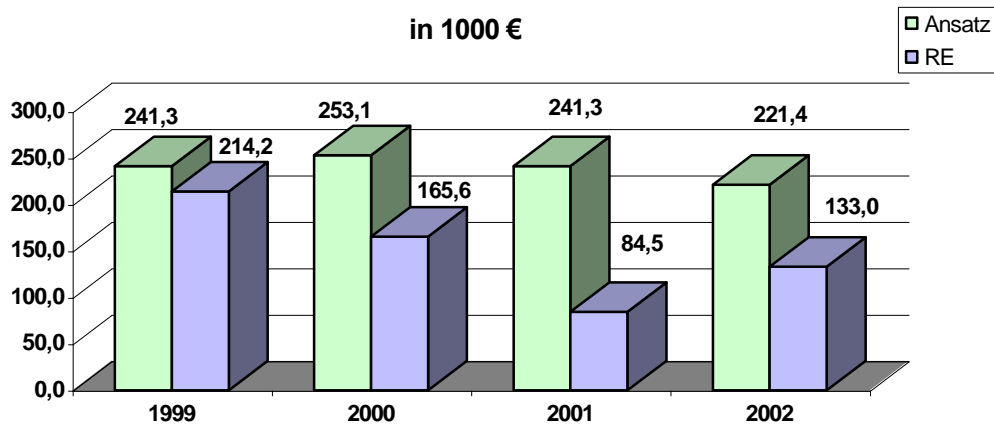
Nach der Rechnung 2002 stiegen die Einnahmen im Vorjahresvergleich um 232 T-Euro bzw. 70,2 %. Da sich die Ausgaben dagegen nur um 171 T-Euro erhöhten (+ 3,7 % gegenüber 2001), fiel der Zuschussbedarf um ca. 61 T-Euro bzw. 1,4 % niedriger aus als im Jahr 2001. Der Zuschussbedarf lag jedoch um ca. 66 T-Euro höher als im Haushaltsplan kalkuliert. Ein günstigeres Bild hätte sich ergeben, wenn der veranschlagte Zuschuss des Kunst- und Museumsvereins für die Kunsthalle Barmen in Höhe von 51,2 T-Euro im Berichtsjahr eingegangen wäre. Doch die vertraglichen Vereinbarungen über die Kunsthalle wurden erst im Jahr 2003 geschlossen, mithin gingen in 2002 auch keine Einnahmen ein.

Maßgebend für diese Entwicklungen waren vor allem die folgenden Gesichtspunkte. Auf der Einnahmeseite konnten die erhofften Erlöse aus dem Eintrittskarten- und Katalogverkauf nicht realisiert werden (s. dazu unten die Darstellung der Einzelaspekte). Mehreinnahmen resultierten in erster Linie aus höheren Landeszuschüssen (+ 113 T-Euro mehr als 2001) und Spendeneinnahmen (+ 9 T-Euro mehr als im Vorjahr) sowie verstärkt eingegangenen Zuwendungen Dritter für Ausstellungen (+ 68 T-Euro gegenüber 2001), die in der Summe die Deckungslücke bei den Eintrittsgeldern und Katalogverkäufen mehr als ausglich.

Die Durchführung der Ausstellungen und Veranstaltungen im Jubiläumsjahr wirkte sich bei der Haushaltsstelle 3100-635.0000.6 „Ausstellungen, Filme, Vorträge, Führungen“ wie folgt aus: Das RE 2002 in Höhe von 360 T-Euro liegt um rund 198 T-Euro höher als das Vorjahresergebnis. Dabei wurden einerseits Haushaltsreste bzw. gesparte Mittel aus Vorjahren in Höhe von ca. 101 T-Euro eingesetzt, andererseits mussten etwa 152 T-Euro als neuer Rest in das Jahr 2003 übertragen werden, um insbesondere die Jubiläumsausstellung endgültig abrechnen zu können. Bei der Haushaltsstelle 3100-636.0000.4 „Verwendung der Landesmittel für Veranstaltungen“ weist die Rechnung 2002 einen Betrag in Höhe von annähernd 145 T-Euro auf, 101 T-Euro mehr als im Vorjahr. Mittel in Höhe von 51 T-Euro wurden als Rest in den Haushalt 2003 eingebracht.

Einzelaspekte:**3100-113.0000.4 Eintrittsgelder und Entgelt für Gruppenführungen**

Entwicklung der Einnahmen aus Eintrittsgeldern und Entgelten für Museumsführungen (ohne Führungsentgelte für Schulklassen):



Im Jubiläumsjahr 2002 wurden im Von der Heydt-Museum insgesamt 80.271 Besucherinnen und Besucher gezählt. Darunter befanden sich 1.634 Personen, die die Ausstellungen in der Kunsthalle Barmen aufsuchten. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Besuchsaufkommen um 34.538 Gäste bzw. 75,5 % (zum Vergleich 1999: 74.654 Besucher/-innen, 2000: 58.981, 2001: 45.733). Mit 133 T-Euro konnte die im Haushaltsplan prognostizierte Einnahmeerwartung in Höhe von ca. 221 T-Euro nicht erreicht werden. Dieses Ziel wurde hingegen bei den vereinnahmten Führungsentgelten für Schulklassen (Ansatz und RE jeweils 5,1 T-Euro) erreicht.

Gegenüber dem RE des Vorjahres wurden bei den Eintrittsgeldern Mehreinnahmen in Höhe von 48,5 T-Euro (+ 57,4 %) erzielt. Hier ist zu berücksichtigen, dass durch eine Änderung der Entgeltordnung zum 1. Januar 2002 der Eintritt für den Besuch der Dauerausstellung erheblich reduziert wurde. Durch die Maßnahme war beabsichtigt, mehr Besucherinnen und Besucher in das Museum zu locken und es auch für Kurzbesucher aus dem Umland attraktiver zu gestalten. Für den Besuch der Wechsellausstellungen wurden die Eintrittsgebühren hingegen leicht angehoben.

Durch Katalogverkäufe konnten Einnahmen in Höhe von ca. 43 T-Euro erzielt werden, etwa 6 T-Euro weniger als im Vorjahr und 21 T-Euro weniger als veranschlagt. Hinter den Erwartungen zurück blieben mit rund 6 T-Euro auch die Einnahmen aus Gastveranstaltungen. Zwar wurde im Berichtsjahr mehr als im Jahr 2001 vereinnahmt, der Haushaltsansatz in Höhe von ca. 26 T-Euro wurde indessen deutlich verfehlt.

UA 3101 SB Fuhlrott-Museum und Forschungsinstitut

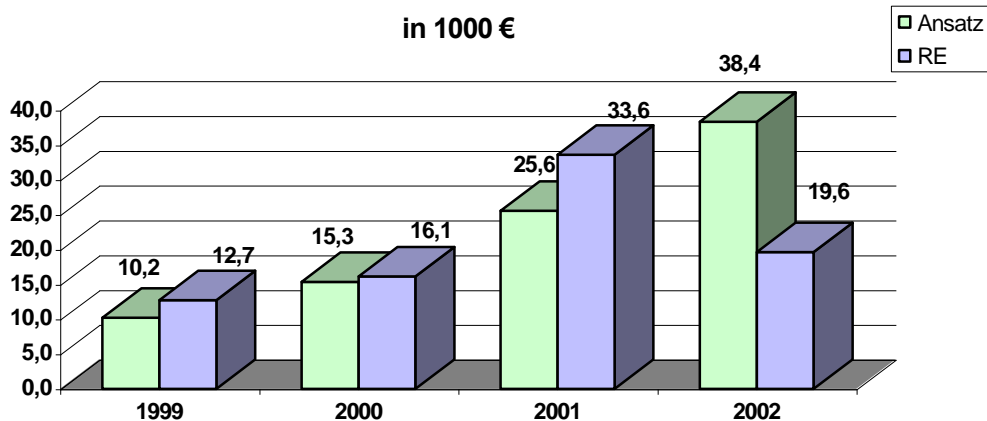
	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	63.950	65.331	2,2	92.831	-29,6
Ausgaben	998.137	1.000.647	0,3	1.021.830	-2,1
Differenz	-934.187	-935.316		-928.999	

Wie in den beiden vorangegangenen Jahren konnte das Fuhlrott-Museum seine Budgetvorgaben einhalten. Mit einem Zuschussbedarf in Höhe von 935 T-Euro wurden lediglich ca. eintausend Euro mehr benötigt als veranschlagt. Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres fällt der prozentuale Rückgang bei den Einnahmen in Höhe von 29,6 % ins Auge.

Zurückzuführen ist der Einnahmeausfall etwa zur Hälfte auf niedrigere Erlöse aus dem Verkauf von Eintrittskarten.

Einzelaspekte:
3101-112.0000.5 Eintrittsgelder

Entwicklung der Einnahmen aus Eintrittsgeldern:



Aus dem Eintrittskartenverkauf konnten im Berichtsjahr 19.615,- € erzielt werden. Dies waren 13.980,- € bzw. 41,6 % weniger als 2001. Gelang es dem Stadtbetrieb in den Jahren 1999 bis 2001 jeweils mehr Eintrittsgelder zu vereinnahmen als geplant, so wurde in 2002 das Haushaltssoll von 38.350,- € nur zur Hälfte erreicht. Lt. Besucherstatistik wurden 18.206 Besucherinnen und Besucher gezählt, 2.782 Personen bzw. 13,3 % weniger als 2001 (20.988). Hier gilt es zu berücksichtigen, dass das RE 2001 vom überdurchschnittlichen Besuchsaufkommen der Sonderausstellung über Fossilien aus China beeinflusst worden ist. Dagegen erhielt die Sonderausstellung „Parasiten“ im Jahr 2002 nicht die erhoffte Publikumsresonanz. Für Sonderausstellungen sind höhere Eintrittsgelder zu entrichten.

Trotz des Besucherrückgangs konnte der Museumsshop seine Einnahmen erhöhen. Nach dem RE 2002 wurden 24,7 T-Euro vereinnahmt, 15,1 T-Euro mehr (+ 155,7 %) als im Vorjahr. Dagegen blieb die Gewinnung von Drittmitteln hinter dem RE 2001 zurück. Während im Jahr 2001 insgesamt 45,2 T-Euro an Spendeneinnahmen u.ä. verzeichnet wurden, weist die Rechnung 2002 lediglich Spenden in Höhe von knapp über 18 T-Euro aus.

Bei den Ausgaben fällt der Rückgang bei den Honorarzahungen auf. Das RE für 2002 in Höhe von 16 T-Euro liegt um 9,3 T-Euro unter dem Wert des Vorjahres. Für ausstehende Arbeiten wurde ein Teilbetrag in das Haushaltsjahr 2003 übertragen. Vermindert wurden auch die Sachausgaben für die AB-Maßnahmen, wofür im Berichtsjahr 875,- € benötigt wurden (zum Vergleich RE 2001: 8.144,- €).

Gespräche mit dem Landschaftsverband Rheinland über eine neue Trägerschaftsform erbrachten nicht das erhoffte Ergebnis. Außerdem wurde das Arbeitsverhältnis mit dem Museumsleiter im gegenseitigen Einvernehmen gelöst. Schließlich laufen im Herbst 2003 die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus, mit deren Hilfe der Museumsbetrieb aufrecht erhalten wurde. Diese Faktoren trugen maßgeblich dazu bei, die Existenz des Museums in Frage zu stellen. Eine Entscheidung darüber liegt gegenwärtig noch nicht vor.

B/3 W Die anlässlich der Prüfung der Jahresrechnung 2001 beanstandete eigenmächtige Festsetzung der Eintrittsgelder wurde bis jetzt nicht durch den erforderlichen Ratsbeschluss legitimiert.

Vom Stadtbetrieb wird zur Begründung auf die nach wie vor ungewisse Zukunft des Fuhlrott-Museums verwiesen. Nach Mitteilung der GBL 2.2 wird eine entsprechende Ratsvorlage vorbereitet, sobald die Zukunft des Fuhlrott-Museums geklärt ist.

UA 3102 Historisches Zentrum

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	20.000	68.430	242,2	144.838	-52,8
Ausgaben	555.484	632.006	13,8	654.108	-3,4
Differenz	-535.484	-563.576		-509.270	

Wie im Vorjahr wurde der Rechnungsabschluss des Historischen Zentrums auch im Berichtsjahr durch die Vorbereitungsarbeiten zur geplanten Museumserweiterung beeinflusst (Eröffnung in 2004 vorgesehen). Seit Dezember 2002 ist das Museum für Frühindustrialisierung zur Durchführung der Umgestaltungs- und Einrichtungsarbeiten in den Räumlichkeiten der ehemaligen Reddehaseschen Remise und des bisherigen Gebäudes geschlossen. Das Engelshaus ist weiterhin für das Publikum geöffnet. Beide Einrichtungen verzeichneten im Berichtsjahr Besucherrückgänge. Das Engelshaus besuchten im Jahr 2002 insgesamt 9.141 Personen (zum Vergleich

2001: 10.454), das Museum für Frühindustrialisierung 9.454 (zum Vergleich 2001: 10.146).

Die vergleichsweise großen Abweichungen beim Vergleich des RE 2002 mit dem Haushaltsansatz und dem Vorjahresergebnis sind in erster Linie durch unterschiedliche Spendeneinnahmen und deren Verwendung zu erklären. Spendeneinnahmen für die Umgestaltung der Remise werden abweichend zum Jahr 2001 nunmehr in Gänze im Vermögenshaushalt dargestellt.

Bei den Eintrittsgeldern wurden mit 7,1 T-Euro fast ebenso viel vereinnahmt wie im Vorjahr (7,2 T-Euro), der Haushaltsansatz in Höhe von 10,3 T-Euro konnte nicht erreicht werden. Zu optimistisch wurden auch die Einnahmen aus der Vermietung von Räumlichkeiten und die Erlöse aus dem Verkauf von Veröffentlichungen etatisiert.

Einnahmen aus zweckgebundenen Spenden in Höhe von zusammen ca. 35,7 T-Euro wurden in das Jahr 2003 übertragen, da die beiden Projekte „Wuppertaler Straßennamen“ und „Geschichte der Fremdarbeiter“ in 2002 noch nicht abschließend abgerechnet werden konnten.

UA 3210 Stadtarchiv

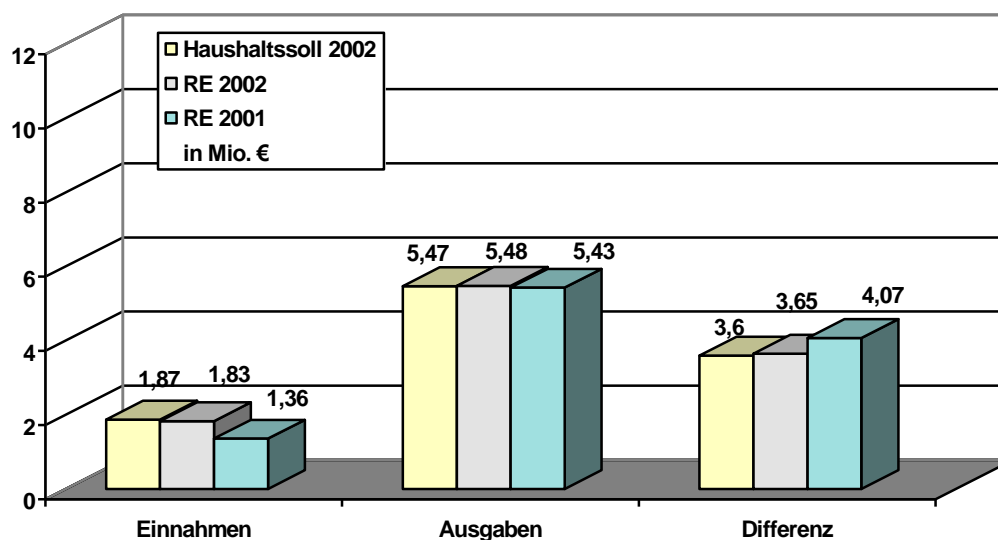
	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	13.250	8.681	-34,5	10.342	-16,1
Ausgaben	434.138	419.483	-3,4	429.629	-2,4
Differenz	-420.888	-410.802		-419.287	

Unter rückläufigen Besucherzahlen hatte auch das Stadtarchiv zu leiden. Mit 1.238 Besucherinnen und Besuchern wurde das Ergebnis des Jahres 2001 (1.720 Personen) um 28 Prozent verfehlt. Dementsprechend gingen die Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien und der Erteilung von schriftlichen Auskünften im Vorjahresvergleich um 1.661,- € bzw. 16,1 % auf 8.681,- € zurück.

Durch Einsparungen insbesondere im Bereich der Sachausgaben gelang es dem Stadtarchiv, seinen Zuschussbedarf sowohl im Vorjahresvergleich als auch gegenüber der Planung zu verringern.

UA 3230 Zoologischer Garten (vorher: UA 3200)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.865.150	1.828.008	-2,0	1.360.936	34,3
Ausgaben	5.465.064	5.479.446	0,3	5.434.310	0,8
Differenz	-3.599.914	-3.651.438		-4.073.374	



Der Zuschussbedarf im UA 3230 ist im Jahr 2002 um rd. 420.000 € gesunken.

Maßgeblich für diese Entwicklung ist die Erhöhung der Einnahmen aus Eintrittsgeldern im Jahr 2002 um rd. 468.000 €, die auf der Entgelterhöhung für den Zoo ab dem 01.01.2002 beruht.

Bei den Ausgaben hat insgesamt eine Erhöhung um rd. 45.000 € stattgefunden, die sich aus Erhöhungen und Verringerungen bei verschiedenen Ausgabepositionen ergibt, die im Einzelnen im Normalbereich liegen.

Besucherzahlen

Nach den statistischen Aufzeichnungen der Zooverwaltung sind die Besucherzahlen 2002 gegenüber 2001 erneut um 9.844 auf 534.955 gesunken.

Großen Anteil am Rückgang der Besucherzahlen hat nach wie vor der Schwebelbahn-Ausbau, der eine Einstellung des Fahrbetriebes an vielen Wochenenden bedingt.

Umfragen zufolge sind ca. 50 % der Zoobesucher Auswärtige, die den Zoobesuch oft mit einer Schwebelbahnfahrt verbinden möchten.

Im Jahr 2002 kam erschwerend hinzu, dass die Schwebelbahnstation Zoo von den Sommerferien an abgebaut wurde.

UA 3310 Wuppertaler Bühnen GmbH, Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH

Am 31. Juli 2002 endete die erste Spielzeit und das erste Geschäftsjahr der Wuppertaler Bühnen GmbH nach der Aufspaltung der Theaterbetriebsgemeinschaft Wuppertal-Gelsenkirchen mbH (Schillertheater NRW). Im UA 3310 werden im Wesentlichen die von der Stadt zu zahlenden jährlichen Betriebskostenzuschüsse nachgewiesen. Die für das Jahr 2002 veranschlagten Betriebskostenzuschüsse für die Wuppertaler Bühnen GmbH in Höhe von 11.049 T-Euro, für die Tanztheater GmbH in Höhe von 1.971 T-Euro und für Energie und Grundabgaben in Höhe von 400 T-Euro wurden in voller Höhe ausbezahlt, zusammen mithin 13.420 T-Euro. Nach dem RE 2001 betrug die Höhe dieser Zuschüsse 14.054 T-Euro. Außerdem werden über den UA 3310 die an den Eigenbetrieb GMW zu leistenden Mieten und Betriebskosten abgewickelt, wofür nach dem RE 2002 zusammen 1.557 T-Euro benötigt wurden (zum Vergleich RE 2001: 1.485 T-Euro).

Ein externer Berater hat zur zukünftigen Entwicklung der Wuppertaler Bühnen und zur Sanierung der beiden Spielstätten Opernhaus und Schauspielhaus ein Gutachten erstellt, dessen Kosten ebenfalls im UA 3310 verbucht worden sind.

UA 3320 SB Orchester und Konzerte

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	541.450	552.933	2,1	485.375	13,9
Ausgaben	6.130.662	6.552.987	6,9	6.680.389	-1,9
Differenz	-5.589.212	-6.000.054		-6.195.014	

Das Sinfonieorchester konnte im Rechnungsjahr 2002 sowohl seine Einnahmen erhöhen als auch Einsparungen bei den Ausgaben erzielen. Im Ergebnis ging der Zuschussbedarf gegenüber der Rechnung 2001 um ca. 195 T-Euro bzw. 3,1 % auf nunmehr 6 Mio. € zurück. Wie auch in den Vorjahren wurden auf der Ausgabenseite die Personalaufwendungen zu niedrig veranschlagt, wodurch sich ein zu optimistisch kalkulierter Zuschussbedarf ergibt und ein Vergleich mit den Rechnungsergebnissen beeinträchtigt wird.

Sowohl im Verhältnis zum Haushaltsansatz als auch im Vergleich zum Rechnungsergebnis des Vorjahres fielen die Einnahmen aus Konzertveranstaltungen und dem

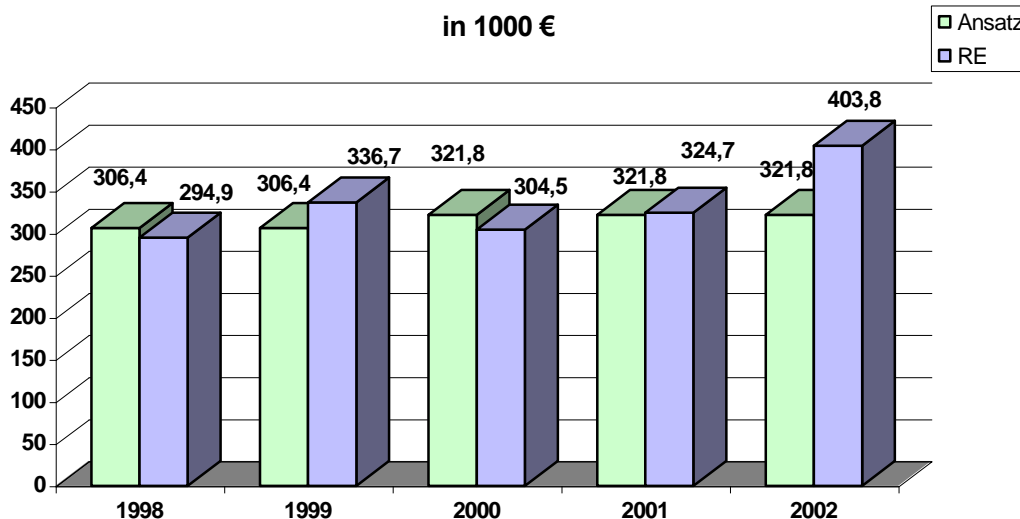
CD-Verkauf höher aus (siehe Einzelaspekte). Hinter den Erwartungen zurück blieben die Einnahmen aus Werbung. Statt der veranschlagten 31,8 T-Euro weist die Rechnung 2002 nur Einnahmen in Höhe von 10,5 T-Euro aus. Abweichungen in ähnlicher Höhe wurden auch in den Jahren 2000 und 2001 registriert. Gegenüber der Rechnung 2001 gingen die Werbeeinnahmen um 1,3 T-Euro bzw. 11,0 % zurück.

Bei den Ausgaben sind folgende Entwicklungen gegenüber den Rechnungsergebnissen des Jahres 2001 herauszustellen. Für die Unterhaltung und Beschaffung von Instrumenten und Noten (Hst. 3320-522.0000.0) weist das RE Ausgaben in Höhe von 56,4 T-Euro auf. Das waren 27,7 T-Euro bzw. 32,9 % weniger als im Vorjahr. Für die Anmietung von Veranstaltungsräumen in der Stadthalle (Hst. 3320-531.0000.1) mussten 73,4 T-Euro aufgebracht werden, 19,2 T-Euro bzw. 20,7 v.H. weniger als 2001. Für die Konzertdurchführung (Hst. 3320-631.0000.9) wurden mit 182 T-Euro ca. 64,4 T-Euro bzw. 26,1 % weniger als 2001 benötigt. Die Ausgaben für Werbung und Marketing (Hst. 3320-630.0000.1) betragen im Berichtsjahr 105,4 T-Euro und damit 33,7 T-Euro oder 24,2 % weniger als im Vorjahr. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass für ein Gutachten über die Positionierung und das Marketing des Sinfonieorchesters im Jahr 2002 außerplanmäßig 48 T-Euro bezahlt werden mussten.

Einzelaspekte:

3320-116.0000.1 Konzerte und CD-Verkauf

Vergleich der Konzerteinnahmen mit dem Haushaltsansatz seit 1998

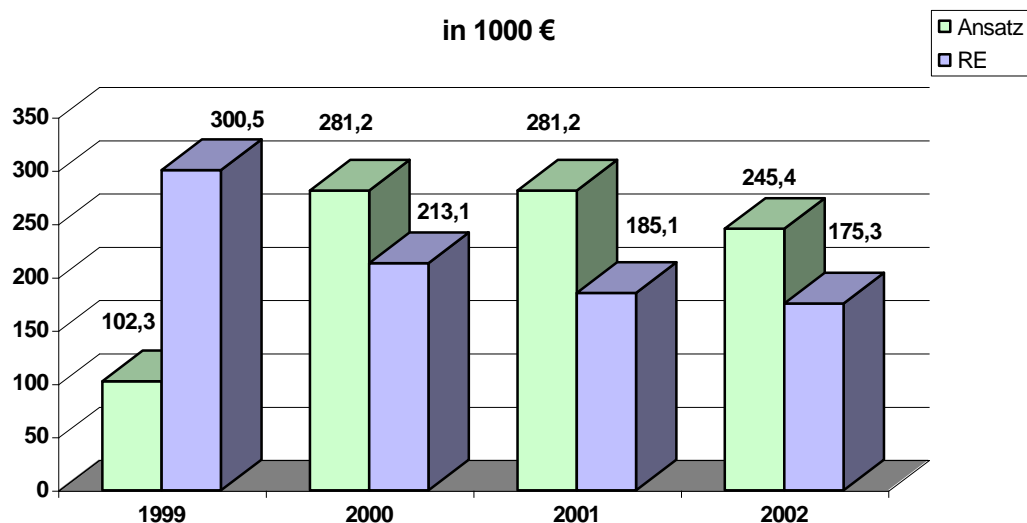


Auf der Einnahmeseite stiegen insbesondere die Erlöse aus der Haushaltsstelle 3320-116.0000.1 „Konzerte und CD-Verkauf“. Gegenüber den geplanten 321,8 T-Euro konnten im Berichtsjahr 403,8 T-Euro eingenommen werden, etwa 82 T-Euro oder 25,5 % mehr als veranschlagt. Im Vergleich zum RE des Vorjahres fielen die Konzerteinnahmen um etwa 79 T-Euro bzw. 24,4 % höher aus.

3320-416.0100.3

Aushilfen und Verstärkungen

Ausgaben für Aushilfen und Verstärkungen im Vergleich zum Haushaltsansatz



Ein niedrigeres RE als geplant und gegenüber dem Vorjahr konnte der Stadtbetrieb bei den Ausgaben für Aushilfen und Verstärkungen erzielen. Es wurden ca. 70 T-Euro weniger als veranschlagt benötigt. Im Vergleich zum RE 2001 gingen die Aufwendungen um 9,8 T-Euro bzw. 5,3 % zurück. Bezüglich dieser Haushaltsstelle betont der Stadtbetrieb den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Veränderungen der Aushilfskosten bei Vakanzen im Sinfonieorchester Wuppertal einerseits und dem Personalkostenbudget der Stammebelegschaft andererseits, wobei z.B. höhere Aushilfskosten zu einem geringeren Personalkostenbudget führen würden und umgekehrt.

UA 3330 SB Bergische Musikschule

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.120.350	1.012.000	-9,7	995.071	1,7
Ausgaben	3.092.638	3.051.367	-1,3	3.091.727	-1,3
Differenz	-1.972.288	-2.039.367		-2.096.656	

Geringfügig erhöhte Einnahmen und Einsparungen bei den Ausgaben bewirkten, dass der Zuschussbedarf für die Musikschule im Vorjahresvergleich um ca. 57 T-Euro bzw. 2,7 % niedriger ausfiel. Der budgetierte Zuschussbedarf wurde indessen um 67 T-Euro (+ 3,4 %) verfehlt.

Haupteinnahmequelle der Musikschule stellen die Schulgelder dar, wobei gegenüber der Rechnung 2001 Mehreinnahmen in Höhe von ca. 21 T-Euro bzw. 2,2 % erzielt werden konnten (Näheres siehe unter Einzelaspekte). Aus Veranstaltungen konnten

Einnahmen in Höhe von etwa 7,8 T-Euro erlöst werden, 2,7 T-Euro bzw. 25,6 % weniger als 2001.

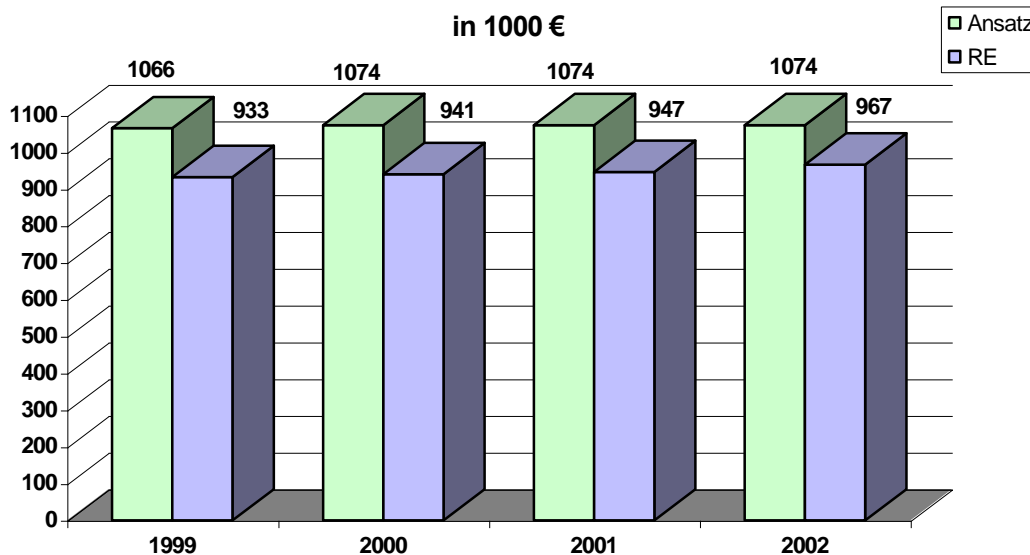
In der Planung wurden die Einnahmen aus der Vermietung des Tonstudios und der erwartete Landeszuschuss zu optimistisch beurteilt. Es wurden im Jahr 2002 keine Einnahmen durch die Vermietung des Tonstudios erzielt (Ansatz: 5,1 T-Euro). Vom veranschlagten Landeszuschuss zu den laufenden Schulbetriebskosten in Höhe von 29,5 T-Euro gingen lt. RE nur 23,7 T-Euro ein – dies entspricht in etwa der Zuschusshöhe des Vorjahres. Gegenüber der veranschlagten Ausgabenhöhe bei den Sachausgaben (ohne Honorare, Mieten und Betriebskosten des GMW bzw. des BgA Kolkmannhaus, innere Verrechnungen) in Höhe von ca. 105,7 T-Euro gelang es dem Stadtbetrieb, Einsparungen in Höhe von ca. 11,5 T-Euro bzw. 10,9 % zu erzielen.

Beim Vergleich der RE 2002 mit denen des Vorjahres gingen die Ausgaben für Instrumente und sonstiges Lehrmaterial (Hst. 3330-522.0000.8) um 8,4 T-Euro bzw. 41,4 % zurück (RE 2002: 12,0 T-Euro, RE 2001: 20,4 T-Euro). Dagegen betragen die Fernmeldegebühren mit 19,5 T-Euro ca. 7 T-Euro (+ 55,9 %) mehr als im Jahr 2001.

Einzelaspekte:

3330-111.0000.0 Schulgeld

Vergleich der Schulgeldeinnahmen mit dem Haushaltsansatz:

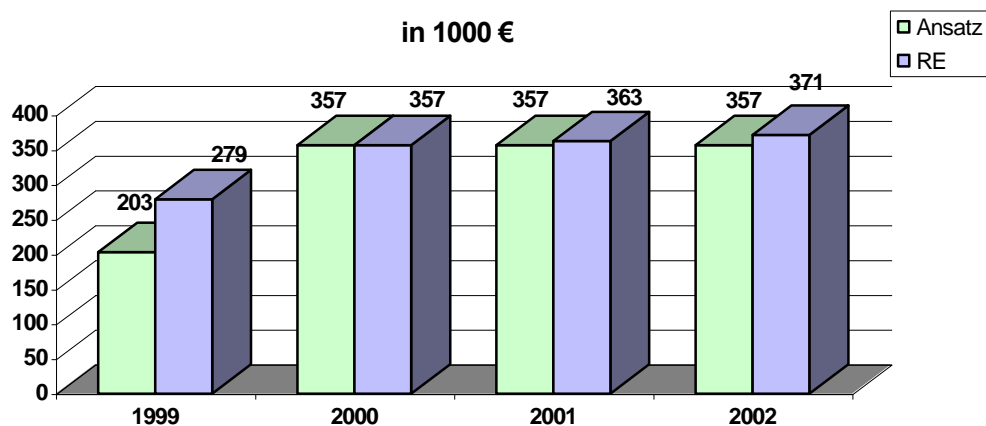


Zwar konnten gemäß Rechnungsergebnis die Schulgeldeinnahmen um ca. 21 T-Euro (+ 2,2 %) gegenüber dem Vorjahr verbessert werden. Jedoch gelang es dem Stadtbetrieb nicht, die veranschlagten Einnahmen in Höhe von 1.073,7 T-Euro zu erzielen. Das Rechnungsergebnis von 967,3 T-Euro liegt um 106,4 T-Euro bzw. 9,9 v.H. unter den Erwartungen. Damit ist eine ähnliche Entwicklung wie in den vorausgegangenen drei Jahren eingetreten. Die Entgelte wurden mit Beginn des neuen Musikschuljahres ab dem 1. Oktober 2002 um ca. 10 % erhöht. Andererseits verzeichnet die Musikschule abnehmende Belegungszahlen. Nach 3.224 Belegungen in

2000 und 3.144 in 2001 wurden zum Stichtag 01.10.2002 insgesamt 3.057 Belegungen der angebotenen Unterrichtsfächer verzeichnet.

3330-417.0000.1 Stundenhonorare und dergl.

Entwicklung der Honorarkosten:



Einerseits konnte die Musikschule den Personalaufwand für die Stammebelegschaft vermindern, andererseits stiegen die Ausgaben für die Beschäftigung von Honorarkräften an. Mit ca. 371,3 T-Euro kosteten die Vertragskräfte 8,8 T-Euro (+ 2,4 %) mehr als im Jahr 2001. Der Haushaltsansatz in Höhe von 356,9 T-Euro wurde um 14,4 T-Euro (+ 4,0 %) verfehlt.

UA 3400 Kulturbüro/Kulturreferat

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	889.350	883.000	-0,7	783.257	12,7
Ausgaben	1.878.362	1.916.829	2,0	1.774.047	8,0
Differenz	-989.012	-1.033.829		-990.790	

Ab 2002 werden in diesem UA auch die Bereiche „Literatur- und Autorenförderung“ (bisherig UA 3520 Stadtbibliothek, Umfang ca. 12,9 T-Euro) und „Internationale Kulturarbeit“ (bisherig UA 3500 VHS, Volumen 25,6 T-Euro) berücksichtigt.

Der Zuschussbedarf für das Kulturbüro hat sich gegenüber dem Vorjahr um 43 T-Euro bzw. 4,3 % erhöht. In ähnlicher Höhe (45 T-Euro) lag das RE auch über dem Haushaltsansatz, wobei die Abwicklung der neu übernommenen Aufgaben das Ergebnis beeinflusst hat.

Auf der Einnahmeseite wurden unter den Haushaltsstellen 3400-112.0500.2 „aus Veranstaltungen des Kulturbüros“ und 3400-113.0000.1 „aus Veranstaltungen des

Kulturreferates“ im Wesentlichen keine Erlöse aus dem Eintrittskartenverkauf und keine ähnlichen Entgelte verbucht, sondern - entgegen den Zuordnungsvorschriften zum Gruppierungsplan der kommunalen Haushalte - auch bestimmte Erstattungen und Zuweisungen Dritter.

B/4 Einige Erstattungen und Zuweisungen wurden nicht bei den vorgeschriebenen Haushaltsstellen, sondern an anderer Stelle vereinnahmt.

Mit dem Hinweis, dass ein Einnahmeverlust durch die teilweise nicht korrekte Zuordnung nicht entstanden ist, wurde die Beanstandung anerkannt. Zukünftig wird lt. GBL 2.2 vermehrt auf die richtige Zuordnung der Einnahmen auf die Einnahmehaushaltsstellen geachtet.

Die in diesem Unterabschnitt bei der Untergruppe 718 veranschlagten Zuschüsse an Dritte in Höhe von 230,1 T-Euro (ohne Hst. 3400-718.0000.7 „Verwendung der Spenden“) wurden tatsächlich in einer Höhe von 223,2 T-Euro verausgabt und lediglich 6,9 T-Euro (3,0 % des Haushaltsansatzes) eingespart. Dabei wurden im Bereich der institutionellen Förderung die Zuwendungen in der veranschlagten Höhe auf Vorjahresniveau ausgezahlt.

Beim Vergleich der RE 2002 mit denen des Vorjahres sollen folgende Entwicklungen herausgestellt werden: Für die Anmietung von Probe-, Atelier- und Ausstellungsräumen (Hst. 3400-531.0400.6) wurden 21,2 T-Euro ausgegeben, ca. 6,6 T-Euro (- 23,7 %) weniger als im Jahr 2001. Zur Förderung der Rockmusik (Hst. 3400-633.0200.4) waren 5,8 T-Euro erforderlich und damit 1,1 T-Euro (- 15,9 %) weniger als im Vorjahr. Während bei der Haushaltsstelle 3400-634.0000.6 „Förderung der bildenden Kunst“ im Berichtsjahr keine Ausgaben anfielen (Ansatz: 7,7 T-Euro), wurden aus der Haushaltsstelle 3400-634.0500.5 „für Aktivitäten des Kulturbüros“ mit 149,5 T-Euro 1,4 T-Euro (+ 0,9 %) mehr als im Jahr 2001 verausgabt. Die Projektförderung des Kulturreferates (Hst. 3400-636.0000.1) erforderte Ausgaben in Höhe von 152,2 T-Euro gegenüber 43,1 T-Euro im Vorjahr. Hier wurden u.a. die Ausgaben für die Veranstaltungsreihe „Die 3. Art“ verbucht, zu deren Durchführung Landesmittel in Höhe von 75 T-Euro und Gelder einer Rundfunkanstalt in Höhe von 13 T-Euro geflossen sind. Für die Beteiligung an Projekten des Kultursekretariats NRW (Hst. 3400-638.0000.7) wurden 14,2 T-Euro aufgewandt und damit weniger als die Hälfte des Vorjahresbetrags in Höhe von 32,1 T-Euro.

UA 3500 Allgemeine und berufliche Weiterbildung (VHS)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.378.650	2.313.610	-2,7	2.307.816	0,3
Ausgaben	3.949.532	3.850.500	-2,5	4.019.373	-4,2
Differenz	-1.570.882	-1.536.890		-1.711.557	

Einnahmen und Ausgaben für den Bereich der internationalen Kulturarbeit werden ab dem Jahr 2002 nicht mehr im UA 3510, sondern im UA 3400 nachgewiesen.

Der nach dem RE 2002 ausgewiesene Zuschussbedarf im UA 3500 liegt um 34 T-Euro bzw. 2,2 % niedriger als im Haushaltsplan veranschlagt, wobei sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben um 2,7 % bzw. 2,5 % geringer als budgetiert ausfallen. Im Vergleich zum Zuschussbedarf des Vorjahres konnte die Volkshochschule beim UA 3500 eine Verbesserung um ca. 175 T-Euro bzw. 10,2 % erreichen.

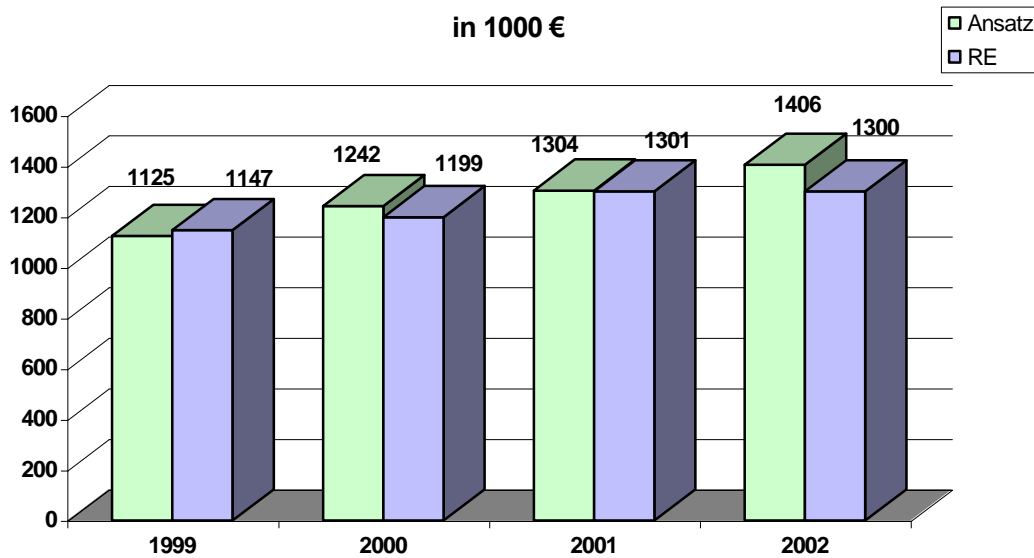
Wie im Vorjahr betrug der Landeszuschuss nach dem Weiterbildungsgesetz NRW etwa 952 T-Euro; dies entspricht einem Anteil in Höhe von 41,15 % an allen Einnahmen (RE 2001: 41,25 %). Aus Teilnehmerentgelten stammten im Rechnungsjahr 2002 ca. 56,2 % der Einnahmen (siehe auch Einzelaspekte).

Bei den Ausgaben wirkte sich die zurückgegangene Anzahl der Kursbelegungen in erster Linie auf die Ausgaben für die Programmdurchführung (Hst. 3500-416.0100.5) aus (siehe Einzelaspekte). Des Weiteren sind folgende Veränderungen im Vergleich zum RE 2001 berichtenswert.

Für Publikationen und Werbung (Hst. 3500-630.0000.3) wurden im Jahr 2002 die veranschlagten 76,7 T-Euro ausgegeben. Aus dieser Haushaltsstelle wurden die Programminformationen des Stadtbetriebs finanziert, die aus Beilagen und Werbeanzeigen in der Wuppertaler Rundschau und der Westdeutschen Zeitung bestanden. Gegenüber dem RE 2001 wurden 19,9 T-Euro bzw. 20,6 % weniger ausgegeben. Beim Betriebsbedarf und den Programmnebenkosten (Ausgaben zusammen 20 T-Euro) waren hingegen 4 T-Euro bzw. 25,1 % mehr erforderlich als im Vorjahr. Um etwa 67,5 T-Euro entlastet wurde das Budget der VHS durch geringere Zahlungen an den Eigenbetrieb GMW für Mieten und Betriebskosten. Eine weitere spürbare Budgetentlastung ergab sich durch niedrigere Fernmeldegebühren. Musste dafür im Jahr 2001 ein Betrag in Höhe von 40,6 T-Euro aufgebracht werden, wurden gemäß der Rechnung 2002 insgesamt 12,7 T-Euro verausgabt.

Einzelaspekte:**3500-111.0000.4 Teilnehmerentgelte**

Vergleich der Einnahmen aus Teilnehmerentgelten mit dem Haushaltsansatz:

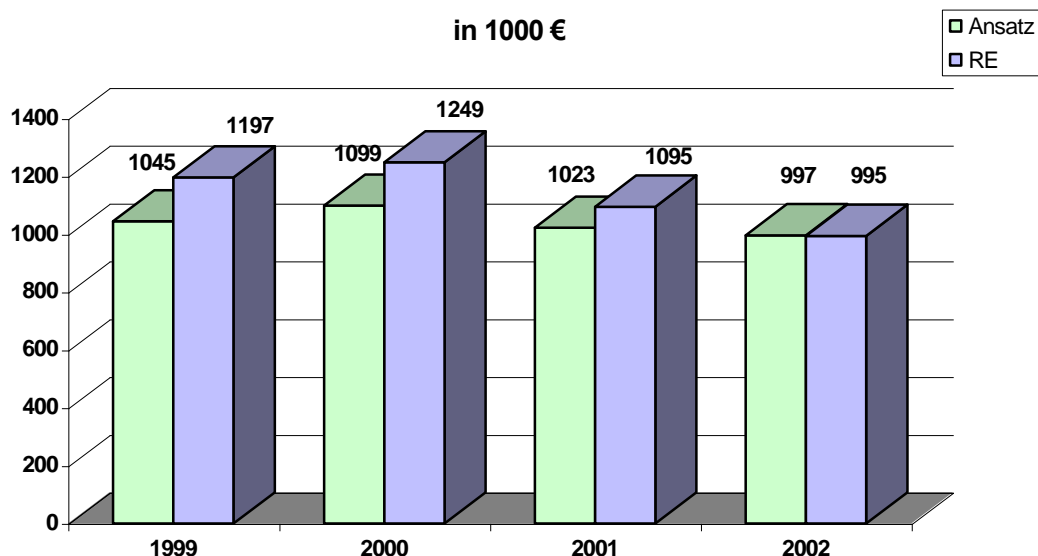


Mit Einnahmen in Höhe von 1,3 Mio. € lagen die Teilnehmerentgelte auf Vorjahresniveau. Die prognostizierten Einnahmen in Höhe von rd. 1,4 Mio. € wurden nicht erreicht, obwohl seit Herbst 2001 für die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen eine um durchschnittlich 25 % höhere Kursgebühr zu entrichten war. Die VHS-Statistik weist aus, dass die Anzahl der Belegungen gegenüber dem Jahr 2001 zurückgegangen ist. Konnten im Vorjahr noch 35.485 Belegungen gezählt werden, waren es im Berichtsjahr 32.290. Die entspricht einem Rückgang um 3.195 Belegungen bzw. 9,0 %.

3500-416.0100.5

Programmdurchführung, insbesondere Honorare

Vergleich der Ausgaben für die Programmdurchführung mit dem Haushaltsansatz:



Für die Programmdurchführung, worunter vor allem die Honorarzahungen an frei- und nebenberufliche Dozentinnen und Dozenten fallen, wurden annähernd 995 T-Euro ausgegeben. Der Haushaltsansatz in Höhe von 997 T-Euro wurde nahezu ausgeschöpft. Gegenüber dem RE 2001 kam die VHS mit 101 T-Euro bzw. 9,2 % weniger aus – eine Auswirkung des geringer gewordenen Programmangebots.

UA 3510 Beschäftigung und Qualifizierung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.476.400	2.123.821	-14,2	5.398.990	-60,7
Ausgaben	3.821.938	3.975.553	4,0	10.778.997	-63,1
Differenz	-1.345.538	-1.851.732		-5.380.007	

Durch Herauslösen der Bereiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Arbeitstatt Sozialhilfemaßnahmen (AsSH) aus dem UA 3510 und deren finanzielle Nachweisung in einem eigenen UA 3511 ist die Vergleichbarkeit der Rechnungsergebnisse mit den Vorjahresresultaten beeinträchtigt. Aber auch beim Vergleich mit dem Haushaltsansatz, insbesondere bei den Ausgaben im Personalbereich und für übergreifende Sachausgaben sowie Verrechnungen, erschwert eine teilweise nicht eindeutige Trennung eine Analyse. Ferner ist zu berücksichtigen, dass das RE 2001 durch eine nicht zeitgerecht verbuchte innere Verrechnung die Einnahmen und den Zuschussbedarf in einer Größenordnung von ca. 1,7 Mio. € fehlerhaft, d.h. zu Lasten des UA 3510, wiedergibt (vgl. Schlussbericht 2001 des RPA zur Prüfung der Rechnung).

Im Berichtsjahr wurden die im Haushaltsplan veranschlagten 744 T-Euro Fördermittel des Arbeitsamtes zur Weiterleitung an Kooperationspartner nicht in Anspruch genommen. Gemäß einer Vereinbarung mit zwei anderen Trägern nimmt jährlich eine andere Stelle die Funktion der Abrechnungsstätte gegenüber der Arbeitsverwaltung wahr. Im Jahr 2002 wurde diese Aufgabe nicht vom SB 207 abgewickelt, was bei der Aufstellung des Haushalts noch nicht bekannt war.

Gegenüber den Rechnungsergebnissen 2001 fallen folgende Veränderungen bei ausgewählten Fördermaßnahmen auf: Für das Projekt „Informations- und Motivationslehrgang“ fielen Sachkosten in Höhe von 74 T-Euro an (zum Vergleich RE 2001: 44 T-Euro); vom Arbeitsamt wurden für diese Maßnahme Zuwendungen in Höhe von 443 T-Euro ausgezahlt (RE 2001: 178 T-Euro). Bei den ausbildungsbegleitenden Hilfen betragen die Sachausgaben 26 T-Euro (RE 2001: 32 T-Euro), während die Arbeitsverwaltung für dieses Förderprogramm Zuwendungen in einer Höhe von 384 T-Euro gewährte (2001: 768 T-Euro). Die Qualifizierung von ausländischen Erwerbspersonen (sog. Migrantinnen-Netzwerk) erforderte Sachausgaben in Höhe von 56 T-Euro (zum Vergleich RE 2001: 24 T-Euro). Hierfür konnten Drittmittel in Höhe von insgesamt 169 T-Euro vereinnahmt werden (2001: 120 T-Euro). Für das Projekt „UNE – Unternehmerin in Europa“ betragen die Sachausgaben (einschl. Unterhaltsgeld und Qualifizierungsgeld für die Teilnehmerinnen) 194 T-Euro gegenüber 238 T-Euro im Vorjahr. Das RE 2002 weist für diese Qualifizierungsmaßnahme Drittmittel von zusammen 295 T-Euro auf (zum Vergleich Einnahmen gem. RE 2001: 309 T-Euro).

UA 3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	5.709.150	4.758.899	-16,6	-	-
Ausgaben	8.503.592	6.375.771	-25,0	-	-
Differenz	-2.794.442	-1.616.872		-	

Die vom Stadtbetrieb 207 Weiterbildung durchgeführten Arbeitsbeschaffungs- und Arbeit statt Sozialhilfe-Maßnahmen wurden mit dem Jahr 2002 erstmals in einem eigenen UA dargestellt (s. auch Erläuterungen zum UA 3510).

Für das Personal in AB-Maßnahmen mussten 2,94 Mio. € aufgebracht werden und damit nur unwesentlich mehr als nach dem RE 2001 (+ 7 T-Euro bzw. 0,3 %). Im Haushaltsplan war dafür ein Betrag in Höhe von 3,38 Mio. € veranschlagt worden. Die Arbeitsverwaltung gewährt aufgrund einer geänderten Förderungspraxis keine Zuwendungen mehr für die Bestreitung von Sachausgaben bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dafür waren ursprünglich Einnahmen in Höhe von 230 T-Euro erwartet worden.

Hinter dem Ansatz zurück blieben auch die Personalausgaben für die im Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ beschäftigten Personen. Im Jahr 2002 wurden für das AsSH-

Personal 1,66 Mio. € verausgabt, geringfügig weniger als im Vorjahr (RE 2001: 1,67 Mio. €), aber deutlich weniger als kalkuliert (Ansatz: 2,31 Mio. €).

Niedriger als nach dem RE 2001 fielen die Sachkosten für Beschäftigungsprojekte aus. Im Jahr 2002 wurden dafür 311 T-Euro benötigt, 52 T-Euro weniger als ein Jahr zuvor. Der Ansatz 2002 sah Ausgaben in Höhe von rd. 486 T-Euro vor.

Gegenüber dem Vorjahr konnte das Cafeteria-Projekt ausgeweitet werden. Die Abgabe von Speisen und Getränken u.a. für Kindertageseinrichtungen und die im Gebäude Bachstraße untergebrachten Beschäftigten erbrachte Einnahmen in Höhe von ca. 104 T-Euro (zum Vergleich 2001: 84,4 T-Euro). Auf der Ausgabenseite stiegen die Sachmittelaufwendungen für diese Qualifizierungsmaßnahme von 36 T-Euro nach der Rechnung 2001 auf nunmehr 54 T-Euro.

Das RE weist zum Jahresschluss 2002 im UA 3511 vergleichsweise hohe Kasseneinnahmereste in Höhe von 388 T-Euro auf. Dabei handelte es sich um ausstehende Zuwendungen der Arbeitsverwaltung und noch nicht vollzogene Zahlungen eines städtischen Eigenbetriebs. Nach Mitteilung der Dienststelle sind die Gelder bis auf ca. 22 T-Euro zwischenzeitlich eingegangen. Etwa 79 T-Euro (vom Arbeitsamt) mussten nach Vorliegen der endgültigen Abrechnungen abgesetzt werden (z.B. wegen nachträglich bekannt gewordener Fehlzeiten der Leistungsempfänger/-innen).

UA 3520 SB Stadtbibliothek

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	285.600	272.354	-4,6	289.352	-5,9
Ausgaben	5.389.078	5.339.772	-0,9	5.650.880	-5,5
Differenz	-5.103.478	-5.067.418		-5.361.528	

Auch im Jahr 2002 konnte die Stadtbibliothek die Budgetvorgaben einhalten. Der nach der Rechnung festgestellte Zuschussbedarf in Höhe von 5.067 T-Euro lag um ca. 36 T-Euro unter dem kalkulierten Defizit. Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres fällt der Zuschussbedarf um rd. 294 T-Euro bzw. 5,5 % niedriger aus. Bei diesem Vorjahresvergleich gilt es zu berücksichtigen, dass bei der haushaltsmäßigen Abwicklung der Veranstaltungen und Fördermaßnahmen im Bereich der Literatur die organisatorische Zuständigkeit geändert worden ist. Diese Geschäfte werden nicht mehr im Budget der Stadtbibliothek, sondern ab dem Haushaltsjahr 2002 im UA 3400 des Kulturbüros abgerechnet. Außerdem sind die Ausgaben für das städtische Personal in den Schulbibliotheken nicht mehr im Personalkostenbudget 2002 der Stadtbibliothek enthalten. Dessen ungeachtet beteiligt sich der Stadtbetrieb an der weiteren Finanzierung der Schulbibliotheken.

Im Jahr 2002 verzeichnete die Stadtbibliothek 1.156.319 Entleihungen. Gegenüber dem Vorjahr (1.190.332 Ausleihen ohne Schulbibliotheken) ging die Anzahl der Entleihungen um ca. 34.000 bzw. 2,9 % zurück.

Auf der Einnahmeseite konnte bei den Benutzungsentgelten mit 234 T-Euro ca. 6,6 T-Euro bzw. 2,9 % mehr eingenommen werden. Der Haushaltsansatz in Höhe von etwa 250 T-Euro wurde aber um 16 T-Euro verfehlt. Durch eine Erhöhung der Gebühren für den Jahresausweis von 16,- € auf 20,- € wurden Mehreinnahmen in Höhe von 20 T-Euro erwartet. Im Vorjahresvergleich erneut erhöht haben sich die Einnahmen durch die Ausleihe sog. Bestseller. Hier konnten mit 15,1 T-Euro rd. 2,3 T-Euro (+ 17,9 %) mehr als 2001 vereinnahmt werden. Rückläufige Einnahmen gegenüber dem RE 2001 gab es bei Fotokopien und der Internetnutzung: Nach 7,9 T-Euro in 2000 und 6,9 T-Euro in 2001 konnte die Stadtbibliothek im Berichtsjahr 4,8 T-Euro aus der Anfertigung von Ablichtungen Erlösen; das „Internetgeschäft“ erbrachte im Jahr 2002 Einnahmen in Höhe von 2,8 T-Euro (zum Vergleich 2000: 4,3 T-Euro, 2001: 8,9 T-Euro). Nach Auskunft des SB 214 verläuft die Inanspruchnahme der Kopiergeräte tendenziell rückläufig, u.a. beeinflusst durch verstärkte Internetnutzung. Die Schaffung neuer Internetplätze wurde vom Bund mit der Maßgabe gefördert, die Stationen den Nutzerinnen und Nutzern befristet kostenlos bereit zu stellen.

Im Bereich der Ausgaben verzeichnet der Stadtbetrieb bei den Personalaufwendungen eine „Punktlandung“: Der Haushaltsansatz in Höhe von 3,5 Mio. € wurde lediglich um 4 T-Euro bzw. 0,1 % verfehlt. Während für die Dienstleistungen anderer städtischer Stellen ca. 15 T-Euro mehr als veranschlagt ausgegeben wurden, konnte die Stadtbibliothek bei den übrigen Sachausgaben (ohne Mieten und Betriebskosten für den Eigenbetrieb GMW) Einsparungen gegenüber der Planung erzielen. Die Haushaltsstelle 3520-417.0000.1 „für Honorarkräfte und Aushilfen“ wurde überhaupt nicht in Anspruch genommen, bei den weiteren Sachausgaben wurden im Verhältnis zum Ansatz ca. 37,4 T-Euro bzw. 5,1 % eingespart.

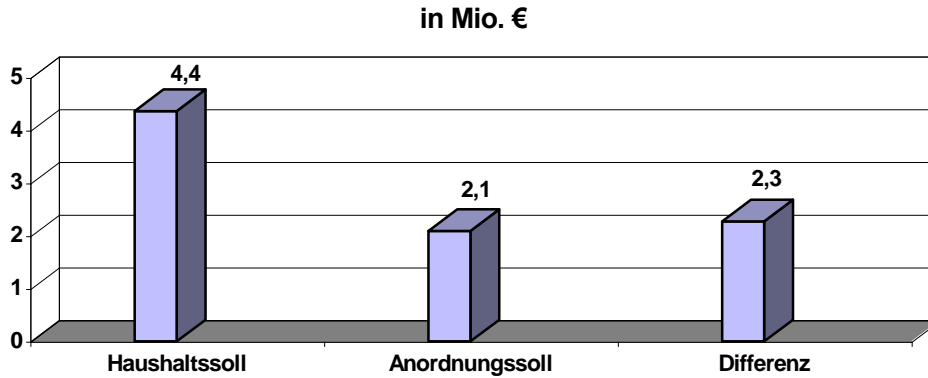
Gegenüber den Rechnungsergebnissen des Vorjahres konnten die Sachausgaben vor allem bei den folgenden Positionen verringert werden: für die Beschaffung von Büchern und anderen Medien (Hst. 3520-651.0200.1) wurden 211 T-Euro benötigt, 26,7 T-Euro bzw. 11,2 % weniger als nach dem RE 2001, die stadtbezirksbezogenen Medienbeschaffungen kosteten zusammen ca. 189 T-Euro und damit etwa 18 T-Euro bzw. 8,7 % weniger; bei Buchbinderarbeiten und Betriebsbedarf wurden mit 72 T-Euro rd. 9,4 T-Euro bzw. 11,5 % weniger als im Vorjahr ausgegeben.

Höhere Ausgaben als 2001 weist das Rechnungsergebnis 2002 für die Wartung und Pflege des ADV-Systems (Hst. 3520-533.0100.3) aus, wofür bei Gesamtausgaben in Höhe von 62 T-Euro etwa 9 T-Euro (+ 17,0 %) mehr als im Vorjahr erforderlich waren. Gestiegen sind vor allem auch die Portoausgaben. Kam der Stadtbetrieb im Jahr 2001 noch mit 1,3 T-Euro aus, wurden in 2002 etwa 9,9 T-Euro benötigt, mithin mehr als sieben Mal so viel.

5.3.2 Vermögenshaushalt

Grafik zu **Tabelle 1**:

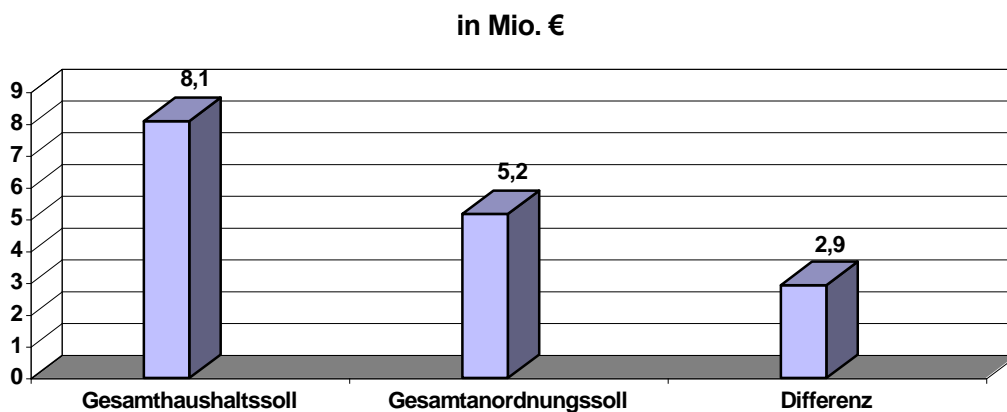
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 47,9 % (1999 = 55,6 %, 2000 = 23,7 % und 2001 = 56,0 %).

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 63,8 % (1999 = 58,3 %, 2000 = 27,3 % und 2001 = 49,3 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	204.517	204.517	0	100,0
3100 SB Von der Heydt-Museum	119.785	100.079	19.706	83,5
3101 SB Fuhlrott-Museum	63.950	12.178	51.772	19,0
3102 Historisches Zentrum	477.441	438.108	39.333	91,8
3210 Stadtarchiv	5.100	0	5.100	0,0
3230 SB Zoologischer Garten	2.192.700	658.841	1.533.859	30,0
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH, Tanztheater GmbH	153.400	153.400	0	100,0
3320 SB Orchester und Konzerte	12.800	4.113	8.687	32,1
3330 SB Bergische Musikschule	29.150	9.402	19.748	32,3
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	207.157	42.000	165.157	20,3
3500 SB Weiterbildung (VHS)	32.560	6.479	26.081	19,9
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	15.900	532	15.368	3,3
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	10.750	0	10.750	0,0
3520 SB Stadtbibliothek	67.450	35.903	31.547	53,2
3650 Denkmalschutz und -pflege	306.800	97.400	209.400	31,7
3700 Synagoge Barmen	468.500	329.358	139.142	70,3
Summe EP	4.367.960	2.092.310	2.275.650	47,9

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	206.354	206.354	0	100,0
3100 Von der Heydt-Museum	132.729	113.023	19.706	85,2
3101 SB Fuhlrott-Museum	118.633	57.441	61.192	48,4
3102 Historisches Zentrum	564.357	525.024	39.333	93,0
3210 Stadtarchiv	5.406	306	5.100	5,7
3230 SB Zoologischer Garten	3.211.606	1.392.520	1.819.086	43,4
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH/Tanztheater GmbH	153.400	153.400	0	100,0
3320 SB Orchester u. Konzerte	18.183	9.496	8.687	52,2
3330 SB Bergische Musikschule	66.847	47.099	19.748	70,5
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	307.754	104.324	203.430	33,9
3500 SB Weiterbildung (VHS)	36.139	10.058	26.081	27,8
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	18.456	3.088	15.368	16,7
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	10.750	0	10.750	0,0
3520 SB Stadtbibliothek	84.711	53.165	31.546	62,8
3650 Denkmalschutz und -pflege	411.564	202.164	209.400	49,1
3700 Synagoge Barmen	2.733.524	2.280.410	453.114	83,4
Summe EP	8.080.413	5.157.872	2.922.541	63,8

Die bereitgestellten Mittel des Haushaltsjahres 2002 für vermögenswirksame Maßnahmen sind teilweise nicht der Planung entsprechend ausgegeben worden. Gemessen am gesamten Investitionsvolumen im EP 3 von 8,08 Mio. € wurde im Jahr 2002 nur über einen Betrag von 5,16 Mio. € verfügt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Realisierungsgrad von 49,3 % auf 63,8 % verbessert, wobei sich vor allem die Baumaßnahmen für die neue Synagoge in Barmen und im Zoologischen Garten sowie für die Umgestaltung des Historischen Zentrums durch Renovierung der Redehaseschen Remise auswirkten.

Im Vermögenshaushalt für das Jahr 2002 standen 3,8 Mio. € Haushaltsreste aus Vorjahren zur Verfügung. Im Laufe des Berichtsjahres wurden von diesen Resten 3,07 Mio. € verausgabt und 88 T-Euro endgültig eingespart. Die übrigen 647 T-Euro

alte Haushaltsreste wurden zusammen mit etwa 1,2 Mio. € neuen Resten in den Haushalt 2003 übertragen. Binnen Jahresfrist hat sich die Gesamtsumme der Haushaltsreste um 1,94 Mio. € verringert.

Bei den vermögenswirksamen Ausgaben ist zu berücksichtigen, dass die Bauausgaben für Hochbaumaßnahmen mit Ausnahme der UA 3230 Zoologischer Garten und UA 3700 Synagoge Barmen ab dem Haushaltsjahr 2000 grundsätzlich im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs GMW veranschlagt werden. Im Vermögenshaushalt des Einzelplans 3 werden weiterhin die Landeszuweisungen, deren Weiterleitung an das Gebäudemanagement sowie Ausgaben für Einrichtungen, Kunstwerke usw. dargestellt.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 3101 Fuhlrott-Museum

Für die vom Eigenbetrieb GMW im Berichtsjahr durchgeführten Baumaßnahmen an dem von einer benachbarten Firma angemieteten ehemaligen Lagergebäude ging die Rechnung nicht termingerecht in 2002 ein. Zur Bezahlung wurde ein Haushaltsrest in Höhe von 25 T-Euro nach 2003 übertragen.

UA 3210 Stadtarchiv

Geplante Beschaffungen für den Betrieb (hier: Erneuerung der Bestuhlung im Leseaal) wurden nicht durchgeführt.

UA 3230 Zoologischer Garten (vorher: UA 3200)

Die Realisierungsquote im UA 3230 ist 2002 im Verhältnis zum Vorjahr (11,4 %) erheblich gestiegen und zwar auf 43,4 %.

Die bestehende Realisierungsdifferenz beruht vor allem darauf, dass für verschiedene Maßnahmen Mittel zur Verfügung standen, in 2002 aber noch nicht mit den Maßnahmen begonnen werden konnte bzw. zeitliche Verzögerungen bei der Umsetzung der Maßnahmen eintraten. Daher sind auch die Zahlungen noch nicht im erwarteten Umfang angefallen. Zudem werden die Baumaßnahmen seit dem Jahresbeginn 2000 durch das Gebäudemanagement aus seiner Rechnung vorgeleistet und dem Stadtbetrieb Zoologischer Garten dann in Rechnung gestellt. Die Abrechnung einer Baumaßnahme wirkt sich also mit Verzögerung in den Haushaltsstellen des Stadtbetriebs Zoologischer Garten aus.

Im Jahr 2002 hat vor allem die Baumaßnahme „Erneuerung der Außenanlage für Orang Utans“ zur Realisierungsdifferenz beigetragen. Im Umfang von rd. 780.000 € standen hier Mittel zur Verfügung, die 2002 noch nicht verbraucht wurden, da die Anlage erst im Juli 2003 fertiggestellt wurde und sich die entsprechenden Zahlungen durch die Abrechnung mit dem GMW verzögern.

Die Erneuerung der Außenanlagen am alten Elefantenhaus hat sich durch den Konkurs der ausführenden Firma und Beauftragung einer neuen Firma verzögert. Mit der Fertigstellung wird im Spätsommer 2003 gerechnet. Als Folge konnten Mittel in Höhe von rd. 230.000 € in 2002 noch nicht verausgabt werden.

Der Beginn der Maßnahme „Erneuerung der Außenanlagen am alten Affenhaus“ hat sich verzögert, der Zoo rechnet mit einer Umsetzung ab Ende 2003. Es wurden dadurch vorhandene Mittel in Höhe von rd. 424.000 € nicht realisiert. Mit der „Erneuerung der Außenvolieren für Eulen“ konnte ebenfalls noch nicht begonnen werden, wodurch Mittel in Höhe von rd. 230.000 € nicht verausgabt wurden.

UA 3320 SB Orchester und Konzerte

Die für die Neuanschaffung einer Harfe vorgesehenen Mittel wurden zunächst eingespart. Die Mittel werden ggf. in 2003 überplanmäßig bereitgestellt, wenn die Gesamtfinanzierung für das Instrument unter Einsatz von Drittmitteln gewährleistet ist.

UA 3330 SB Bergische Musikschule

Für die Herrichtung von Unterrichtsräumen in Vohwinkel wurden Restmittel in Höhe von ca. 38 T-Euro ausgegeben. Die für die Beschaffung von Musikinstrumenten veranschlagten 23 T-Euro wurden in einer Höhe von 4 T-Euro in Anspruch genommen und ansonsten eingespart.

UA 3400 Kulturbüro/Kulturreferat

Zwar wurden die baulichen Maßnahmen für das Forum im ehemaligen Rex-Theater in 2002 begonnen und werden nach Auskunft des Kulturbüros voraussichtlich im August 2003 enden. Rechnungen wurden vom Kulturbüro jedoch im Jahr 2002 nicht bezahlt. Die dafür erforderlichen Mittel wurden als Rest nach 2003 übertragen. Mit den Renovierungsarbeiten an der Oberbarmer Immanuelkirche wurde - von Einrüstungsarbeiten abgesehen - noch nicht begonnen. Auch in diesem Fall wurden die Mittel in das Jahr 2003 als Haushaltsrest übertragen.

UA 3500 SB Weiterbildung (VHS)

Die Mittel für die Beschaffung von audiovisuellen Geräten wurden nur teilweise in Anspruch genommen. Außerplanmäßig bereitgestellte Gelder für die Herstellung und Ausstattung von IT-Schulungsräumen wurden in 2002 nicht verausgabt. In Höhe von 30 T-Euro wurden für denselben Zweck Mittel im Vermögenshaushalt 2003 außerplanmäßig bereitgestellt.

UA 3510 Beschäftigung und Qualifizierung

Die vorgesehenen Beschaffungen audiovisueller Geräte und im Bereich der beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen wurden im Rechnungsjahr 2002 nicht realisiert und die Mittel eingespart.

UA 3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen

Auf die geplanten Beschaffungen wurde verzichtet und die Mittel eingespart.

UA 3520 SB Stadtbibliothek

Wegen des beabsichtigten Wechsels des EDV-Systems wurde die Einführung von Selbstverbuchungsanlagen in der Zentralbibliothek und im Bücherschiff noch nicht im Berichtsjahr umgesetzt. Der dafür vorgesehene Betrag in Höhe von ca. 26 T-Euro wurde in das Haushaltsjahr 2003 als neuer Rest übertragen.

UA 3650 Denkmalschutz und -pflege

Als Folge knapper Haushaltsmittel hat das Land seine Förderung um 46 % reduziert. Deshalb wurden die Zuschüsse der Stadt Wuppertal an Dritte zur Erhaltung denkmalwerter Bauten (Stadt/Land-Programm) um den gleichen Prozentsatz gekürzt.

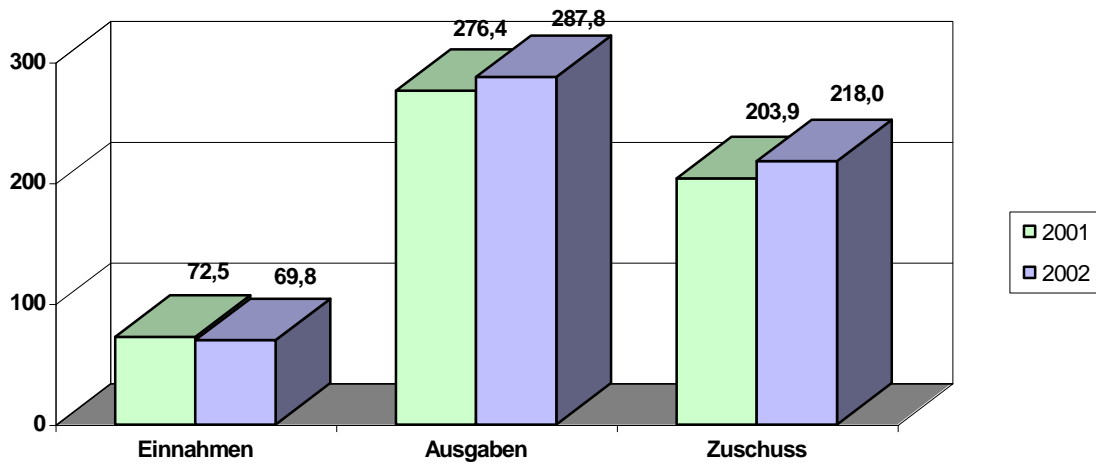
UA 3700 Synagoge Barmen

Anfang Dezember 2002 konnte die Synagoge eröffnet und ihrer Bestimmung zugeführt werden. Die Baumaßnahme ist weitgehend abgeschlossen. Eine Schlussabrechnung liegt noch nicht vor. In das Haushaltsjahr 2003 wurden Restmittel in Höhe von 453 T-Euro übertragen.

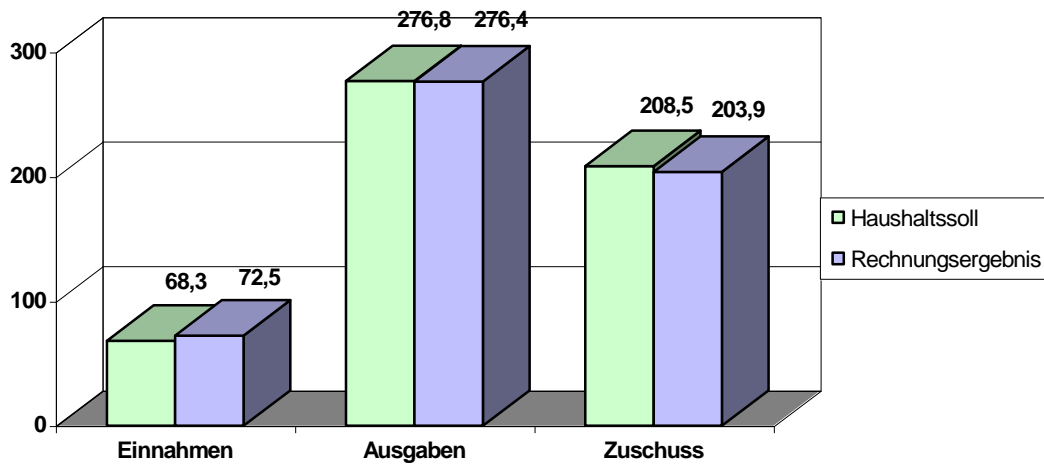
5.4 Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

5.4.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 4000 Verwaltung der Sozialhilfe

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	38.850	31.744	18,2	24.727	28,4
Ausgaben	14.847.999	15.507.532	4,4	15.096.444	2,7
Differenz	-14.809.149	-15.475.788		-15.071.717	

Gegenüber dem Vorjahr ist eine Ausgabenerhöhung von 2,7 % zu verzeichnen. Begründet wird dies durch gestiegene Personalkosten (Tariferhöhungen). Der Zuschussbedarf beläuft sich auf rd. 15,5 Mio. €.

Die Anregung des RPAs aus dem Vorjahr bezüglich des Landeszuschusses für Ortsnahe Koordinierung ist hinfällig. Das Land hat den Zuschuss gestrichen.

UA 4020 Verwaltung der Vertriebenen- und Flüchtlingsangelegenheiten

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	5.850	244	-95,8	5.531	-95,6
Differenz	-5.850	-244		-5.531	

Bei den eingestellten Mitteln handelt es sich um eine Zuweisung an den Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen. Der Ausschuss Schutz und Ordnung hat in der Sitzung vom 19.03.03 beschlossen, dass nach Ablauf der Ratsperiode kein Beirat mehr gebildet wird.

UA 4040 Allgemeine Aufgaben Zuwanderung und Integration

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	385.850	356.300	-7,7		
Ausgaben	1.693.071	1.865.638	10,2		
Differenz	-1.307.221	-1.509.338			

Mit Gründung des Ressorts Zuwanderung und Integration (ehemals Stadtbetrieb Flüchtlinge) wurden zum Haushalt 2002/2003 zwei neue Unterabschnitte eingerichtet: UA 4040 sowie UA 4515.

Der UA 4040 beinhaltet neben den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben des Ressorts 204 (vorher UA 4370) auch die Kosten des Ausländerreferates, welches dem neuen Ressort angegliedert wurde (ehemals der GB 2-Geschäftsstelle zugeordnet und im UA 3001 berücksichtigt). Die bislang vorhandenen Mittel wurden haushaltsneutral verschoben.

UA 4070 Verwaltung der Jugendhilfe (ohne eigene Einrichtungen)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	50	295	490,0	12.782	-97,7
Ausgaben	7.439.626	7.190.852	-3,3	5.691.613	26,3
Differenz	-7.439.576	-7.190.557		-5.678.831	

Der Zuschussbedarf hat sich um 1.512 T-Euro (26,6 %) erhöht.

Es sind Mehrausgaben von 1.499 T-Euro entstanden. Sie basieren überwiegend auf veranschlagten Persönlichen Ausgaben, die bis 2001 im UA 4550 - Hilfen zur Erziehung - dargestellt waren (2001 = 1.162 T-Euro). Das Budget des Ressorts Jugendamt und Soziale Dienste wird hierdurch nicht zusätzlich belastet. Hervorzuheben sind daneben erstmals nachgewiesene Portokosten in Höhe von rd. 278 T-Euro.

Auf der Einnahmeseite sind im Vergleich zum Vorjahr die zweckgebundenen Spenden zugunsten eines Kongresses in Stadthalle weggefallen.

UA 4100 Hilfe zum Lebensunterhalt (Ressort 201)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	11.437.550	11.959.615	4,6	10.315.080	15,9
Ausgaben	61.813.000	70.530.524	14,1	65.296.228	8,0
Differenz	-50.375.450	-58.570.909		-54.981.148	

Die Kosten bei der Hilfe zum Lebensunterhalt sind im Berichtsjahr um rund 8,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ursache hierfür ist der Anstieg der Bezieher von finanziellen Hilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) im Jahr 2002.

Den Einnahmen in Höhe von 11.959.615 € standen Ausgaben in Höhe von 70.530.524 € gegenüber. Der Zuschuss beläuft sich somit auf 58.570.909 €.

Einzelaspekte:**4100-241.0000.1 Kostenbeiträge, Aufwendungs-/Kostenersatz für Hilfen außerhalb von Einrichtungen**

Das RE 2002 bleibt mit 51.000,- € deutlich unter dem Haushaltsansatz von 1.022.600,- € zurück (- 95 %). Auch das RE des Vorjahres i.H.v. 206.404,- € konnte nicht erreicht werden (- 75 %).

Begründet wird dies durch die verschlechterte wirtschaftliche Lage sowie den eingeschränkten Arbeitsmarkt. Beide Aspekte trugen erheblich zu einer verminderten Leistungsfähigkeit der Zahlungspflichtigen bei.

4100-243.0000.7 Von Unterhaltungspflichtigen für Hilfen außerhalb von Einrichtungen

Die Einnahmen sind im Vergleich zum Vorjahr von 1,7 Mio. € auf 2,2 Mio. € gestiegen, unterschreiten jedoch den Haushaltsansatz i.H.v. 3,2 Mio. € um 34 %.

Die Sonderaktion des Vorjahres zur verstärkten Kontenbereinigung durch Niederschlagungen wurde zum Jahresende 2002 fortgesetzt, so dass die Kasseneinnahmereste aus Vorjahren um 1,3 Mio. € verringert werden konnten. Damit reduzierten sich die pauschalen Abschreibungen auf ein Minimum.

Die im Berichtsjahr neu entstandenen Kassenreste i.H.v. 1 Mio. € werden ebenfalls auf die eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Pflichtigen zurückgeführt.

An der Fertigstellung der neuen Dienstanweisung für die Unterhaltsheranziehung wird noch gearbeitet.

4100-245.0000.2**Von Sozialleistungsträgern für Hilfen außerhalb von Einrichtungen**

Das RPA berichtete in den vergangenen Jahren, dass die Einnahmen des Bereiches „Soziale Sicherheit“ nicht in ausreichendem Maße zum Soll gestellt werden. Im Jahre 2001 verringerten sich die Überzahlungen (Ist-Eingänge ohne zugehörige Sollstellung) von 1,97 Mio. € im Jahre 2000 auf 0,66 Mio. € in 2001. In 2002 stiegen diese auf rund 1,27 Mio. €.

Von dem Gesamtbetrag entfallen auf den Bereich der Sozialhilfe Überzahlungen in Höhe von rund 189.000 € (Vorjahr 312.000 €).

Durch das Ressort 201 wurden im Vorjahr spezielle Schulungen für die BSD-Mitarbeiter/innen zum Verfahren der Sollstellungen durchgeführt, so dass sich die Überzahlungen in diesem Bereich kontinuierlich verminderten.

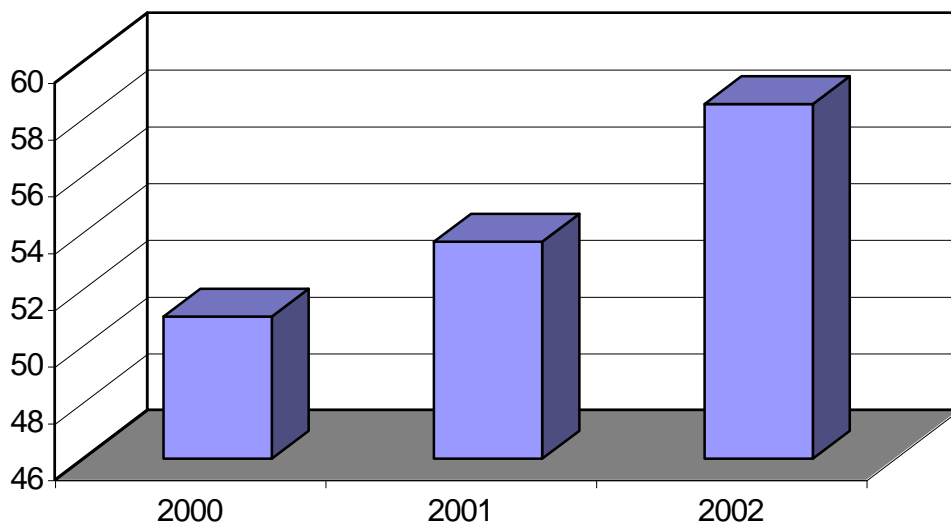
4100-249.0000.4**Rückzahlung gewährter Hilfen (Tilgung und Zinsen)**

Das RE weist im Berichtsjahr mit - 63.000,- € ein negatives Resultat auf und weicht damit um 108 % vom Haushaltsansatz (818.050,- €) bzw. um 118 % vom RE 2001 (342.000,- €) ab.

Ursächlich für das negative RE ist der Abbau von Kassenresten aus Vorjahren i.H.v. insgesamt 986.000,- €, wodurch das Anordnungssoll des Berichtsjahres i.H.v. 923.000,- € um oben genannte 63.000,- € unterschritten wurde.

4100-730.0000.3**Laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen**

Entwicklung der RE in Mio. €



Im Berichtsjahr 2002 ist erneut ein Anstieg der Sozialhilfefzahlungen zu verzeichnen. Es entstanden Mehrausgaben von rund 9 % gegenüber dem Vorjahr.

Seit Ende 2001 musste bei den Fall- und Personenzahlen eine dramatische Steigerung verzeichnet werden. So betrug im 3. Quartal 2002 die Zunahme fast 10 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Zum Stichtag 01.10.02 bezogen 22.979 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG).

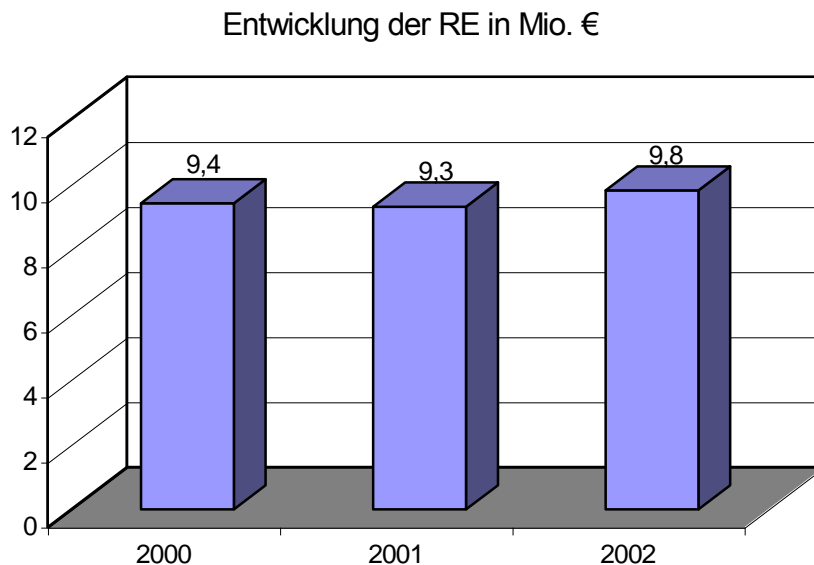
Es fehlte die im Sommer regelmäßig vorliegende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, so dass weder die weitere Intensivierung kommunaler Beschäftigungsförderung noch die umfassende Auswegberatung diese Entwicklung umkehren konnte. Der Anstieg sowohl bei Personen- als auch Fallzahlen spiegelt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2002 wieder.

Das vorliegende Rechnungsergebnis der Ausgaben erhöht sich nochmals um 173.776 €. Durch Abstimmungsprobleme zwischen der Kämmerei und der Stadtkasse ist eine genehmigte überplanmäßige Ausgabe nicht in die Jahresrechnung 2002 eingeflossen.

4100-730.0200.0

Einmalige Leistungen in laufenden und in nicht laufenden Fällen

4100-730.0210.8



Der Ausgabenanstieg spiegelt auch hier den Trend steigender Fall- und Personenzahlen des Jahres 2002 wider.

UA 4101 Hilfe zum Lebensunterhalt (Ressort 105)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	25.550	-34.954	-236,8	72.918	-147,9
Ausgaben	284.159	100.408	-64,7	196.920	-49,0
Differenz	-258.609	-135.362		-124.002	

Die Abteilung Wohnungswirtschaft des Ressorts: 105 gewährt Hilfen verschiedener Art zur Wiedereingliederung Obdachloser in Wohnverhältnisse und zur Vermeidung drohender Wohnungsräumungen. Im Berichtsjahr wurden einmalige Hilfen in Höhe von rund 92 T€ gewährt, das entspricht noch ungefähr der Hälfte der Vorjahresbewilligung. Es handelte sich im wesentlichen um die Leistung von Kautionen und Begleichung von Mietrückständen.

Die Fachdienststelle setzt verstärkt ihren Tätigkeitsschwerpunkt auf Beratungen und Anregungen zur Selbsthilfe.

Auf der Einnahmeseite entstanden aus der Darlehenstilgung durch die Vereinbarung von Ratenzahlungen zum Jahresende kaum neue Kasseneinnahmereste. Der Bestand der Kasseneinnahmereste aus Vorjahren reduzierte sich durch verfügte Niederschlagungen um 75 T€ auf rund 292 T€. Obwohl sich das Ressort im Berichtsjahr weiter bemüht hat, die seit Jahren hohen Einnahmereste abzubauen, bestehen noch 80% der alten Reste.

- A** **Das RPA empfiehlt, die Kasseneinnahmereste weiterhin kritisch zu überprüfen und die Forderungen bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen niederzuschlagen.**

UA 4102 Hilfe zum Lebensunterhalt (Ressort 204)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.612.800	3.904.849	8,1	3.784.758	3,2
Ausgaben	4.192.600	3.737.374	-10,9	2.831.329	32,0
Differenz	-579.800	167.475		953.429	

Einzelaspekte:**4102-161.0200.5 Vom Land für Flüchtlinge mit Hilfen nach BSHG**

Die Anzahl der Kontingentflüchtlinge ist im Berichtsjahr im Jahresverlauf um 15,5 % gesunken. Die Zahl der Aussiedler stieg um 33,71 %.

An Mehreinnahmen konnten rund 6 % realisiert werden.

4102-730.0000.1 Hilfen für Flüchtlinge mit Leistungen nach dem BSHG

Gegenüber dem Haushaltsansatz ist ein Ausgabenrückgang von rund 11 % zu verzeichnen.

UA 4103 Hilfe zur Arbeit

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.227.100	1.772.390	44,4	1.612.326	9,9
Ausgaben	12.334.250	12.325.848	-0,1	8.514.913	44,8
Differenz	-11.107.150	-10.553.458		-6.902.587	

Einzelaspekte:**4103-162.0200.2 Von anderen Trägern für Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen**

Die Einnahmen dieser Haushaltsstelle resultieren aus Kostenerstattungsansprüchen der Stadt Wuppertal im Rahmen des § 107 BSHG. Aufwendungen für Hilfeempfänger, die in Wuppertal neu zugezogen sind und in das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ vermittelt wurden, sind von dem Träger des vorherigen Wohnortes für die Dauer von 2 Jahren zu erstatten.

Der Haushaltsansatz i.H.v. 255.650,- € wurde im Jahr 2002 um 359 % überschritten; das RE beträgt knapp 1,2 Mio. € (RE 2001: 750.000,- €).

Aufgrund annähernder Differenzen im Vorjahr hat das RPA im Schlussbericht des Jahres 2001 bereits angeregt, den Ansatz angemessen zu erhöhen. Eine Umsetzung war wegen des derzeitigen Doppelhaushalts für 2003 naturgemäß nicht möglich. Für den Haushaltsplan 2004/2005 sollte jedoch eine Anpassung des Ansatzes erfolgen.

4103-735.0000.9 Lfd. Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit - Landesprogramm –

Das RE weist im BJ mit rund 2 Mio. € ein im Vergleich zu den Vorjahren nahezu unverändertes Ergebnis auf (RE 2001: 1,99 Mio. € (korrigiert), RE 2000: 2,1 Mio. €). Der Haushaltsansatz wird damit erneut deutlich unterschritten (2002: 2,8 Mio. €). Auch hier sollte die Anregung des RPA aus dem Vorjahr aufgegriffen werden, die Höhe des Haushaltsansatzes zu prüfen und ggfls. zu senken.

4103-735.0100.7**Lfd. Leistungen städt. Programm Hilfe zur Arbeit**

Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr von 6,8 Mio. € auf 9,4 Mio. € gestiegen. Als Begründung wird zum einen die verspätet eingegangene Abrechnung der Stellen aus dem Jahr 2001 genannt, die dadurch erst im Berichtsjahr zur Auszahlung kommen konnten. Darüber hinaus gab es Probleme mit der Währungsumstellung von DM auf Euro, woraus ebenfalls Nachzahlungen aus dem Haushaltsjahr 2002 entstanden sind.

Trotz Senkung des Ansatzes von 13 Mio. € im Haushaltsplan-Entwurf auf nunmehr 12 Mio. € im Haushaltsplan-Reindruck wurden die veranschlagten Mittel – wie bereits in den Vorjahren - nicht voll ausgeschöpft. Ursache ist, dass für alle eingerichteten AsSH-Stellen die finanziellen Mittel verfügbar sein müssen, da im Vorfeld nicht abzu-sehen ist, ob bzw. wie viele Stellen unbesetzt bleiben.

Die nicht verausgabten Gelder i.H.v. 2,6 Mio. € wurden im Rahmen der Deckungsfähigkeit anderen Unterabschnitten des Ressorts übertragen.

Die Anzahl der Direktvermittlungen in den 1. Arbeitsmarkt konnte nicht auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden; sie sank aufgrund der allgemein verschlechterten Marktlage sowie steigender Vermittlungshemmnisse der Hilfeempfänger auf 320 Personen.

UA 4110 Hilfe zur Pflege

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.740.550	2.884.976	5,3	3.401.844	-15,2
Ausgaben	10.323.980	10.785.516	4,5	8.740.250	23,4
Differenz	-7.583.430	-7.900.540		-5.338.406	

Die Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr lassen sich in erster Linie erklären durch die nicht realisierte Einnahme des veranschlagten Härteausgleichs des Landschaftsverbandes (LV) i. H. v. 342.000 € .

Zur teilweisen Kompensation von überdurchschnittlichen Belastungen aus dem Übergang von Leistungen im Bereich der Hilfe zur Pflege vom überörtlichen (Landschaftsverband) auf die örtlichen Träger ab dem 01.01.2001 (2. Verwaltungsmodernisierungsgesetz) war die Gewährung eines „Härteausgleichs“ vorgesehen.

Im Verwaltungshaushalt 2002/2003 wurden hierfür jährlich 342.550 € veranschlagt. Ende November 2002 wurde durch den LV Rheinland mitgeteilt, dass Wuppertal für das Jahr 2001 keine Ausgleichszahlung erhält.

Die Anregung des Vorjahres, Einnahmen und Ausgaben nach dem Landespflegegesetz in einem Unterabschnitt zusammenzuführen, ist überholt. Die Novellierung des Landespflegegesetzes sieht den Fortfall der bisher gewährten Fallpauschale (rd. 4 € pro Einwohner über 65 Jahre, die der Stadt über den überörtlichen Träger der Sozialhilfe für die Durchführung von Beratung, Planung und Pflegekonferenz jährlich zur Verfügung gestellt wurde) vor.

UA 4141 Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	61.350	48.432	-21,1	50.423	-3,9
Ausgaben	112.450	64.219	-42,9	76.251	-15,8
Differenz	-51.100	-15.787		-25.828	

In diesem Unterabschnitt sind Mittel für die Sprachbehindertenhilfe, Erholungs- und Kurmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, Müttererholung und Genesung sowie sonstige Heil- und Genesungskuren bereitgestellt.

Da die Ausgaben für die Sprachbehindertenhilfe fast zu 100% durch Einnahmen von Versicherungsträgern gedeckt sind, resultiert der Zuschuss aus den Ausgaben für die o.a. Kuren etc, die für nicht krankenversicherte Sozialhilfeempfänger übernommen werden müssen.

UA 4200 Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	5.640.550	4.728.475	-16,2	6.189.455	-23,6
Ausgaben	12.948.348	12.277.675	-5,2	14.181.463	-13,4
Differenz	-7.307.798	-7.549.200		-7.992.008	

Die Zahl der Asylbewerber/Geduldeten nahm im Berichtszeitraum um rund 25 % ab. Hieraus resultieren der Ausgabenrückgang sowie entsprechende Mindereinnahmen.

Des weiteren entstanden Einnahme- und Ausgabeabweichungen gegenüber der Haushaltsansätze durch die Einstellung neuer Haushaltsstellen sowie die Verschiebung von Haushaltsstellen auf andere Unterabschnitte.

UA 4311 Soziale Einrichtungen für Ältere (ohne Pflegeeinrichtungen)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	30.500	38.996	27,9	44.621	-12,6
Ausgaben	415.890	517.982	24,5	502.050	3,2
Differenz	-385.390	-478.986		-457.429	

Die Ausgaben haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 3 % erhöht, die Einnahmen sind um rd. 13 % rückläufig. Der Zuschussbedarf ist somit gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Die Ausgabensteigerung ist in erster Linie durch Mehraufwendungen im Bereich der Personalkosten (Angestelltenvergütungen) begründet.

B/5 W Eine Überarbeitung der aus dem Jahr 1966 stammenden Dienstanweisung ist auch in 2002 nicht erfolgt.

Die in den Vorjahren aufgeführte Beanstandung bezüglich der nicht überarbeiteten Dienstanweisung für die Führung der Einrichtungen wurde in 2002 nicht ausgeräumt.

Im Jahre 2003 wechselte die Zuständigkeit vom Ressort 201 auf den Eigenbetrieb Alten- und Altenpflegeheime (APH).

Die Beanstandung wurde anerkannt.

Mit Stellungnahme vom 04.09.03 teilte der Geschäftsbereichleiter mit, dass 201 nicht mehr tätig geworden ist, da der Auftrag des Ausschusses Soziales und Gesundheit bestanden hat, ein Gesamtkonzept bezüglich der offenen Altenarbeit zu erstellen. Die Arbeit der offenen Altenhilfe ist zum 01.04.03 auf den städtischen Eigenbetrieb APH übergegangen. Diese Neustrukturierung wird Auswirkungen auf die Arbeit der städtischen Seniorentreffs haben, die in einer Dienstanweisung berücksichtigt werden müssen.

Der Leiter des Eigenbetriebes APH wird eine entsprechende Dienstanweisung vorbereiten.

UA 4350 Soziale Einrichtungen für Wohnungslose (Ressort 105)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	164.300	126.990	-22,7	163.769	-22,5
Ausgaben	1.478.599	1.391.076	-5,9	1.661.337	-16,3
Differenz	-1.314.299	-1.264.086		-1.497.568	

Der Verwaltungs- und Unterhaltungsaufwand für die Obdachloseneinrichtungen der Stadt ist durch die zum Teil bereits realisierte Auflösung diverser Standorte tendenziell rückläufig. Der Zuschussbedarf des Unterabschnittes reduzierte sich im diesjährigen Vergleich der Rechnungsergebnisse um rund 233 T€.

Die Ausgaben sanken vor dem Hintergrund der Aufgabe weiterer Obdachlosenunterkünfte und der im Vorjahr eingeleiteten Prozessoptimierung durch geringere Miet- und Betriebskostenzahlungen an GMW um ca. 160 T€ und durch Personalkostenersparungen um ca. 100 T€.

Die Gebühreneinnahmen für die Belegung der Obdachlosenunterkünfte sind proportional gesunken.

Das Ressort hat sich den Ergebnissen der Haushaltsrechnung zufolge nicht mehr ernsthaft bemüht, die seit Jahren hohen Einnahmereste ausstehender Gebühren weiter abzubauen. Die Ergebnisse der letzten Jahre weisen einen konstanten Restbestand von rund 750 T€ aus.

B/6 Gebührenforderungen über 750 T€ werden seit Jahren nicht realisiert. Das vorgeschriebene Verfahren der pauschalen Restebereinigung für ausstehende Forderungen wurde nicht praktiziert.

Das Rechnungsprüfungsamt beanstandete zuletzt im Schlussbericht 1998, Seite: 97, dass das Verfahren der pauschalen Restebereinigung gemäß der Verwaltungsvorschriften zu § 41 GemHVO, Ziffer 4 für die ausstehenden Gebührenforderungen nicht angewandt wurde. Das Ressort hatte daraufhin begonnen, die noch ausstehenden Forderungen hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit zu überprüfen und einen kleinen Teil niederzuschlagen.

Inzwischen muss bezweifelt werden, dass sich die Situation grundlegend ändern wird. Die bisherigen Anregungen und Forderungen des RPA hinsichtlich Niederschlagung, Restebereinigung oder Beitreibung wurden nicht in der gebotenen Weise umgesetzt.

Die Reste haben sich über einen nicht mehr nachvollziehbaren Zeitraum entwickelt. Ressort 105.3 räumte bereits vor Jahren ein, dass ihre Entwicklung, bedingt auch durch verschiedene Umstrukturierungsprozesse, nicht beachtet wurde. Die Forderungen wären in der Regel uneinbringlich oder ihre Beitreibung störe den Wiedereingliederungsprozess der Zahlungspflichtigen. Deshalb ist nach Überzeugung des

RPA eine komplette Bestandsaufnahme mit Ressort 403.3 und eine Beurteilung jedes Einzelfalles im Hinblick auf die gesetzlichen Voraussetzungen unabdingbar. Die Prüfungsbemerkung wurde anerkannt. Erste Gespräche wurden zur Lösung der Angelegenheit zwischen 105.3 und 403.3 vereinbart.

UA 4370 Soz. Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	4.085.200	4.727.481	15,7		
Ausgaben	6.467.327	5.515.246	-14,7		
Differenz	-2.382.127	-787.765			

Der UA 4370 beinhaltet seit der Neugründung des Ressorts 204 nur noch die Verwaltung der Übergangseinrichtungen. Ein Vergleich der Gesamteinnahmen und -ausgaben zum Vorjahresergebnis ist im Berichtsjahr aufgrund der Verschiebung diverser Haushaltsstellen in andere Unterabschnitte nicht aussagekräftig.

Bei den Einnahmen konnte im Bereich der Gebühren und Nutzungsentgelte – trotz Aufgabe diverser Übergangsheime - eine Steigerung zum Vorjahr um 370.000 € auf 4,6 Mio. € verzeichnet werden; der Ansatz wurde damit um 650.000,- € überschritten. Zunächst wirkte sich im Berichtsjahr die Anpassung der Nutzungsentgelte durch die zum 01.08.01 in Kraft getretene Gebührensatzung aus. Des weiteren trägt die Reduzierung bestehender Kasseneinnahmereste aus Vorjahren zu dem positiven Ergebnis bei.

Die im Vergleich zum Haushaltsansatz erheblichen Minderausgaben resultieren aus der zuvor erwähnten Schließung mehrerer Übergangsheime, wodurch Kosten im Bereich Personal, Miete und Betriebskosten sowie Mieterrenovierungen und Ersatz von Einrichtungsgegenständen eingespart werden konnten.

UA 4400 Kriegsofferfürsorge nach dem BVG (örtlicher Träger)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	553.150	283.859	48,7	420.001	32,4
Ausgaben	397.950	322.559	18,9	475.024	32,1
Differenz	155.200	-38.700		-55.023	

Der Trend der rückläufigen Fallzahlen setzt sich im Berichtsjahr fort. Gegenüber dem Vorjahr sind Mindereinnahmen und Minderausgaben von rd. 32 % festzustellen.

Das Rechnungsergebnis weicht bei den Einnahmen um rd. 49 % und bei den Ausgaben um rund 19 % vom Haushaltsansatz ab.

- A Die Anregung des Vorjahres, die Haushaltsansätze in Folgejahren entsprechend der Fallzahlentwicklung zu bilden, wird aufrecht erhalten.**

UA 4510 Jugendarbeit

	Ansatz 2002 €	RE 2002 €	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002 %	RE 2001 €	Differenz RE 2001/ RE 2002 %
Einnahmen	28.550	106.692	273,7	329.123	-67,6
Ausgaben	1.203.683	1.305.136	8,4	1.760.688	-25,9
Differenz	-1.175.133	-1.198.444		-1.431.565	

Geringere Einnahmen von 222 T-Euro und Minderausgaben von 456 T-Euro haben zu einer erheblichen Zuschussreduzierung von 233 T-Euro geführt (-16,28 %).

Allerdings ist das Geschäftsbereichsbudget nicht im gleichen Umfang entlastet worden. Vielmehr sind die Einnahmen und Ausgaben für die von der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher wahrgenommenen Aufgaben seit 2002 in dem neu eingerichteten UA 4515 veranschlagt. Daneben wurden die Einnahme- und Ausgabeansätze für die Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zum UA 4040 sowie die Projektmittel der Initiative für Demokratie und Toleranz zum UA 3001 verlagert. Rechnerisch verringern sich bei UA 4510 allein hierdurch die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 193 T-Euro und die Ausgaben um 349 T-Euro.

Wesentliche weiterhin aus dem UA 4510 ablesbare Entwicklungen stellen sich wie folgt dar.

Der Zuschussbedarf für Lehrgänge und kulturelle Veranstaltungen hat sich um rd. 18 T-Euro verbessert. Die Mindereinnahmen betragen ca. 17 T-Euro, die Minderausgaben rd. 35 T-Euro.

Bei den Jugendbegegnungsmaßnahmen sind höhere Entgelte von 11 T-Euro erzielt worden. Ihnen stehen geringere Ausgaben von rd. 12 T-Euro gegenüber, so dass der Zuschuss um 23 T-Euro gesunken ist.

Die Förderung der Jugendorganisationen fällt bei einem Volumen von rd. 150 T-Euro um rd. 13 T-Euro geringer aus als im Vorjahr.

Die Zuschüsse für Jugendfahrten und –wanderungen liegen 18 T-Euro unter dem Vorjahresergebnis.

UA 4515 Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	60.300	70.246	16,5		
Ausgaben	314.000	251.253	-20,0		
Differenz	-253.700	-181.007			

Die „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ (RAA) wurde zum 01.01.02 aus dem Stadtbetrieb Jugend und Freizeit (SB 208) ausgegliedert und dem neu gegründeten Ressort für Zuwanderung und Integration (R. 204) zugeordnet. Die Verschiebung der zur Verfügung stehenden Mittel erfolgte haushaltsneutral aus den UA 4510 bzw. 4600. Sie werden nunmehr in dem neu eingerichteten UA 4515 verwaltet.

UA 4520 Jugendberufshilfe

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	210.350	188.457	-10,4	191.438	-1,6
Ausgaben	252.650	374.393	48,2	318.208	17,7
Differenz	-42.300	-185.936		-126.770	

Der Zuschuss hat sich um 59 T-Euro verschlechtert (46,7 %). Der Fehlbedarf übersteigt deutlich den Ansatz.

Ursächlich sind bei den Einnahmen rückläufige Landeszuschüsse (- 3 T-Euro). Die Mehrausgaben von 56 T-Euro sind insbesondere auf höhere Personalkosten zurückzuführen, überwiegend infolge der Wiederbesetzung vakanter Stellen im Laufe der Jahre 2001 und 2002.

UA 4521 Kinder- und Jugendschutz, politische Bildung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.000	64.541	6354,1	110.119	-41,4
Ausgaben	71.424	135.020	89,0	173.509	-22,2
Differenz	-70.424	-70.479		-63.390	

Weniger-Einnahmen von 45 T-Euro und Minderausgaben von 38 T-Euro führen zu einem um 7 T-Euro (11,18 %) höheren Zuschuss.

Die Veränderungen beruhen im Wesentlichen darauf, dass die Entgelteinnahmen und die sächlichen Ausgaben für das Medienprojekt bis auf die Abwicklung der Kas- senreste nicht mehr nachgewiesen werden. Diese ehemals vom Stadtbetrieb Jugend & Freizeit durchgeführten Aufgaben werden seit 2002 von einem Verein wahrge- nommen. Er wurde im Berichtsjahr aus Mitteln des Verwaltungshaushalts mit 43,5 T- Euro gefördert (insges. haushaltsneutral).

Wenn die Einnahmen und Ausgaben im Berichtsjahr nicht gleichermaßen gesunken sind, resultiert das aus neu veranschlagten inneren Verrechnungen.

UA 4550 Hilfe zur Erziehung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.776.600	3.724.714	34,1	2.929.227	27,2
Ausgaben	33.358.348	34.919.283	4,7	36.260.746	-3,7
Differenz	-30.581.748	-31.194.569		-33.331.519	

Der Zuschuss hat sich um 2.137 T-Euro (6,4 %) verbessert. Die Mehreinnahmen be- tragen 796 T-Euro. Die Ausgaben sind um 1. 341 T-Euro gesunken.

Die konsequente Restebereinigung führte 1991 ausnahmsweise zu erheblich gerin- geren Soll-Einnahmen aus der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen; einzelne Po- sitionen wiesen sogar negative RE aus. Neue Forderungen im Berichtsjahr kehren das Ergebnis wieder um, wenngleich die Zuwächse früherer Jahre nicht erreicht wer- den konnten.

Die Ausgaben stagnieren, soweit sie die sog. wirtschaftlichen Hilfen zur Erziehung nach dem Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) betreffen. Die Zahl der Einzelfallhilfen für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige ist weiter- hin leicht rückläufig und stellt sich nach den Kennzahlenberichten des Ressorts 201 im Jahresvergleich wie folgt dar.

Fallzahlen	2002	2001	Entwick- lung	%
Kinder und Jugendliche in				
Heimen einschl. Inobhutnahmen	474	500	-26	-5,2
Pflegestellen / Verwandtenpflege	379	395	-16	-4,1
Ambulanten, teilstationären und indi- vidualpädagogischen Maßnahmen	840	918	-78	-8,6
Summe	1.693	1.813	-120	-6,6

Werden die zahlreichen Ausgabepositionen des UA 4550 entsprechend zusammengefasst, ergibt sich nachstehendes Bild.

Wirtschaftliche Hilfen	RE 2002	RE 2001	mehr / weniger (-)	%
	T-Euro	T-Euro	T-Euro	
Hilfen in Heimen	21.744	22.555	-811	-3,6
Pflege durch Fremde oder Verwandte	3.264	2.821	443	15,7
Ambulante Hilfen zur Erziehung	7.147	7.299	-152	-2,1
Vom LV zu erstattende Hilfen	755	588	167	28,2
Summe	32.910	33.263	-353	-1,1

Prozentual bleiben die RE teilweise deutlich hinter der Fallzahlentwicklung zurück. Die jährlichen Pflegesatzanpassungen können hierfür nicht allein ursächlich sein. Vielmehr lassen beispielsweise die Steigerungen bei der Familienpflege auf neue kostenintensive Einzelfälle schließen.

Die vorgenannten Minderausgaben von 353 T-Euro reduzieren sich um rd. 210 T-Euro infolge höherer Ausgaben für einzelfallübergreifende Jugendhilfeprojekte. Damit sind die Hilfen im Jahresvergleich nahezu unverändert geblieben. Sie überschreiten den Ausgabeansatz um 1.561 T-Euro.

Die sich dennoch rechnerisch gegenüber 2001 ergebende Differenz der Ausgaben von -1.341 T-Euro resultiert aus der Verlagerung der Personalkosten zum UA 4070 (2001 = rd. 1.162 T-Euro). Das Gesamtbudget des Ressorts wurde hierdurch nicht entlastet.

UA 4581 Einrichtungen für Drogenproblematik

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	86.900	86.900	0,0	86.920	0,0
Ausgaben	1.372.623	1.372.348	0,0	1.320.148	4,0
Differenz	-1.285.723	-1.285.448		-1.233.228	

Zur Deckung gesteigener Personalkosten sind dem Verein Beratungsstelle für Drogenprobleme e.V. rd. 16 T-Euro (4,3 %) mehr bewilligt worden. Aus demselben Grund hat der Verein Freundes- und Förderkreis Suchtkrankenhilfe e.V. einen höheren Zuschuss von rd. 36 T-Euro (4,5 %) erhalten.

UA 4600 Einrichtungen der Jugendarbeit

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	515.600	807.516	56,6	971.788	-16,9
Ausgaben	8.033.624	8.339.672	3,8	8.544.272	-2,4
Differenz	-7.518.024	-7.532.156		-7.572.484	

Der Zuschuss hat sich um 40 T-Euro (0,5 %) verbessert. Geringeren Ausgaben von 204 T-Euro stehen Mindereinnahmen von 164 T-Euro gegenüber.

Erstmals sind die Betriebseinnahmen und die sächlichen Betriebsausgaben von 17 Einrichtungen einzeln veranschlagt worden, so dass die Entwicklungen künftig transparenter werden.

Ohne das Haus der Jugend Barmen verzeichnet das RE insgesamt einen um 111 T-Euro (25,4 %) niedrigeren Zuschussbedarf für den Betrieb der Einrichtungen. Die Mehreinnahmen betragen rd. 20 T-Euro (10 %). Die sächlichen Ausgaben sind um 91 T-Euro (-14,4 %) gesunken. Entsprechend verbessert sich auch das Gesamtergebnis der Einrichtungen. Denn die bei UA 4600 gesondert summarisch nachgewiesenen Personalkosten haben sich im Jahresvergleich nur geringfügig verändert (-12 T-Euro = -0,07 %).

Das Haus der Jugend Barmen nimmt als Betrieb gewerblicher Art eine Sonderstellung ein. Die Einnahmen sind hauptsächlich wegen zeitweiser Umbauarbeiten mit -62 T-Euro (-25,6 %) stärker zurückgefallen als die Ausgaben (-38 T-Euro = -11,1 %). Hierdurch ist der Zuschuss um 24 T-Euro gestiegen (24,4 %). Zur Deckung hatte der Stadtbetrieb Jugend & Freizeit eine höhere Vorsteuerentlastung für 2002 und Vorjahre erwartet, die jedoch im Berichtsjahr noch nicht durchgebucht wurde.

Aus dem Betrieb der Skateranlage Rudolfstraße resultiert bei Minderausgaben von 78 T-Euro und Weniger-Einnahmen von 44 T-Euro ein Überschuss von 34 T-Euro. Er ist eingesetzt worden, um das mehrjährig vorhandene Personalkostendefizit des Stadtbetriebs teilweise zu decken. Ausgabenseitig konnten vorwiegend Haushaltsreste aus 1991 verwendet werden, die das RE 2002 nicht belasten. Wegen der Brandschutzaufgaben ist zu befürchten, dass die Einnahmen nicht mehr die Vorjahresergebnisse erreichen werden.

Für die Unterhaltung und Instandhaltung von Spielplätzen weist das RE Ausgaben von rd. 131 T-Euro (-19 %) weniger aus.

Die an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement abgeführten Mieten, etc. sind im Berichtsjahr um rd. 86 T-Euro gestiegen. Mit weiteren 27 T-Euro schlägt die Steuerungsumlage zu Buche.

H Der Anstieg der Telefonkosten um 60 % erfordert Kontrollmaßnahmen.

Die inneren Verrechnungen für Telefonkosten liegen 60 % (18 T-Euro) über dem Vorjahresergebnis. Von den Mehrkosten entfallen 8 T-Euro auf Hauptanschlüsse außerhalb des städtischen Netzes und rd. 7 T-Euro auf die darüber abgewickelten Internetkosten. Um evtl. Missbräuchen vorzubeugen, sollten die Einrichtungen Kontrollmaßnahmen ergreifen.

UA 4620 Einrichtungen der Familienförderung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	421.950	467.461	10,8	455.611	2,6
Ausgaben	541.650	618.755	14,2	688.779	-10,2
Differenz	-119.700	-151.294		-233.168	

Einerseits gelang es der Familienbildungsstätte (FBS), die vom Landschaftsverband Rheinland (LV) mit Bestätigungsschreiben vom 25.03.02 formal als Weiterbildungseinrichtung gemäß § 15 des Weiterbildungsgesetzes NRW anerkannt worden ist, nicht, den budgetierten Zuschussbedarf zu erreichen. Andererseits bedeutet der nach dem RE 2002 ausgewiesene Fehlbedarf in Höhe von 151 T-Euro eine Verbesserung um ca. 82 T-Euro bzw. 35,1 % gegenüber dem Vorjahresergebnis. Die Einnahmen lagen über dem Haushaltsansatz und auch um 2,6 % höher als 2001. Trotz einer Verminderung um 10,2 % gegenüber dem Vorjahr konnte die FBS bei den Ausgaben die angestrebte Reduzierung nicht erzielen.

Zu 56,0 % stammten die Einnahmen des Jahres 2002 aus den Teilnehmerentgelten; der LV überwies 191 T-Euro und trug zu 40,9 % zu den Erlösen bei. Die Teilnehmerentgelte führten insgesamt zu Einnahmen in Höhe von 261,9 T-Euro und blieben in etwa auf Vorjahresniveau (+ 1,3 T-Euro bzw. + 0,5 %), obwohl die Kursgebühren deutlich erhöht worden waren.

Im UA 4620 wurden bei der Hst. –150.0000.4 vermischte Einnahmen in Höhe von 8,8 T-Euro gebucht. Nach § 7 Abs. 3 Satz 5 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) dürfen im Verwaltungshaushalt geringfügige Beträge für verschiedene Zwecke als vermischte Einnahmen bzw. Ausgaben zusammengefasst werden. Die einzelnen Beträge sind bis zu 3,6 T-Euro hoch und sind mithin nicht mehr als geringfügig anzusehen.

H Einnahmen wurden entgegen § 7 Abs. 3 Satz 5 GemHVO unter „Vermischte Einnahmen“ gebucht.

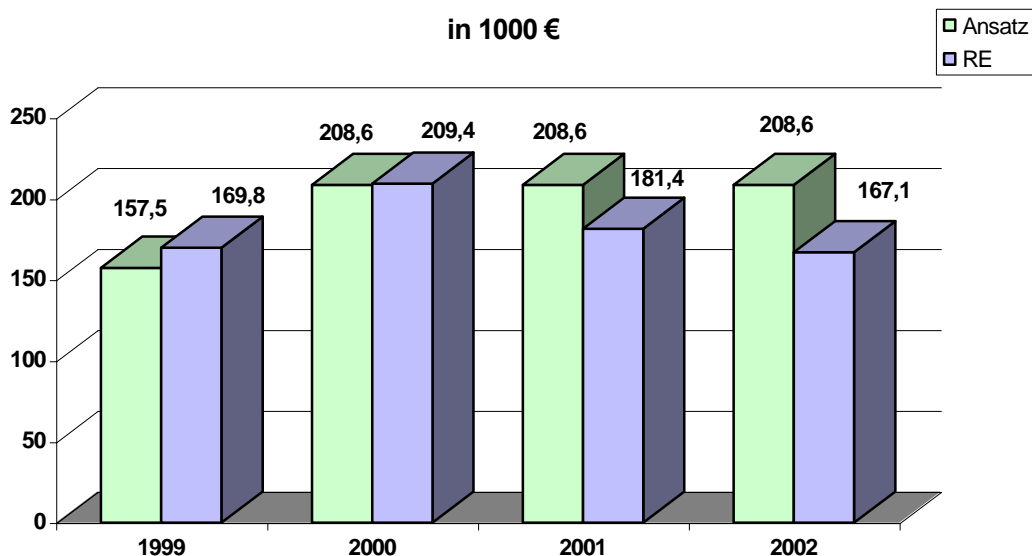
Nach Auskunft des Stadtbetriebs handelte es sich teilweise um Monats-Abrechnungen für in verschiedenen Kindertagesstätten verkaufte Broschüren, wobei die höchste Monatssumme im Dezember zum Soll gestellt wurde. Ungeachtet dessen hätte nach Auffassung des RPA eine eigene Haushaltsstelle eingerichtet werden müssen. Die GBL 2.2 teilt mit, dass im Verwaltungshaushalt 2003/2004 eine Einnahme-Außerplanstelle 4620-113.0100 „Für Projekte der Familienbildungsstätte“ eingerichtet wurde.

Auf der Ausgabenseite gingen vor allem die an den Eigenbetrieb GMW zu entrichtenden Mieten und Betriebskosten zurück (zusammen rd. 38,6 T-Euro weniger als 2001). Reduziert werden konnten auch Honorarzahungen und ähnliche Ausgaben (siehe nachfolgend Einzelaspekte).

Einzelaspekte:

4620-417.0100.6 Honorare und dergleichen

Vergleich der Ausgaben für Honorarzahungen u.ä. mit dem Haushaltsansatz:



Mit 167,1 T-Euro lagen die Ausgaben für Honorarkräfte u.ä. um 14,4 T-Euro bzw. 7,9 % unter denen des Rechnungsjahres 2001. Gegenüber dem Haushaltsansatz in Höhe von 208,6 T-Euro ergibt sich eine Einsparung in Höhe von 41,5 T-Euro bzw. 19,9 %. Die Grafik verdeutlicht, dass die Honorarerausgaben im zweiten Jahr nacheinander gesenkt werden konnten und unter dem Betrag des Jahres 1999 lagen.

UA 4640 Tageseinrichtungen für Kinder

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	28.459.650	27.203.180	-4,4	29.631.377	-8,2
Ausgaben	60.430.800	60.554.172	0,2	60.341.769	0,4
Differenz	-31.971.150	-33.350.992		-30.710.392	

Der UA gibt Aufschluss über die Betriebseinnahmen und -ausgaben der städtischen Tageseinrichtungen für Kinder. Daneben wird die öffentliche Betriebskostenfinanzierung zugunsten der Einrichtungen in nichtstädtischer (freier) Trägerschaft nachgewiesen.

Nach den Kennzahlen des Stadtbetriebs 202 verfügten städtische und freie Träger Ende 2002 über insgesamt 11.129 Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder. Das waren 165 Plätze weniger als Ende 2001 (-1,5 %), zurückzuführen auf Schließungen und Platzumwandlungen. Die Zahl der Plätze in den städtischen Einrichtungen stieg im selben Zeitraum um 165 auf 4.400 an (3,9 %). Das städtische Angebot wurde um die Einrichtungen Marienstr. und Carl-Schurz-Str. erweitert. Ferner übernahm die Stadt die Einrichtung eines freien Trägers – einschließlich Personal.

Bei Mindereinnahmen von 2.428 T-Euro und Mehrausgaben von 212 T-Euro hat sich der Zuschuss 2002 erheblich um 2.640 T-Euro verschlechtert (-8,6 %).

Die RE weisen rd. 1.916 T-Euro (-26,7 %) weniger Elternbeiträge für den Besuch der Einrichtungen und ca. 168 T-Euro (-15 %) weniger Verpflegungsentgelte aus. Mit 881 T-Euro bzw. 140 T-Euro ist das einerseits auf die pauschale Bereinigung der Kasseneinnahmereste in Form vorläufiger Absetzungen zurückzuführen. Sie sind zutreffend konsequenter als bisher vorgenommen worden und gleichen damit die in Vorjahren evtl. zu hohen Einnahmeerwartungen wieder aus.

Zum anderen waren 2001 außergewöhnlich hohe Soll-Einnahmen durch Neu- und Nachveranlagungen entstanden. Ob und inwieweit sich außerdem die finanzielle Situation der Eltern seit dem Kindergartenjahr 2002 / 2003 so geändert hat, dass künftig mit geringeren Beiträgen gerechnet werden muss, ist von der Prüfung nicht untersucht worden.

Des Weiteren sind die Zuschüsse des Landes zu den Betriebskosten um rd. 405 T-Euro (-2 %) gesunken. Die jährlichen Schwankungen beruhen vorwiegend auf dem System von Vorauszahlungen und Spitzabrechnungen.

Die Gesamtausgaben liegen nur geringfügig über dem Vorjahresergebnis. Im Einzelnen weichen sie jedoch teilweise erheblich ab.

Beachtlich sind die um 1.094 T-Euro (4,9 %) höheren Persönlichen Ausgaben, die an das Gebäudemanagement abzuführenden Mehrausgaben von 329 T-Euro sowie die um 158 T-Euro gestiegene Steuerungsumlage. Andererseits werden diese aus dem Betrieb der städtischen Einrichtungen resultierenden Mehrkosten rechnerisch im Jahresvergleich fast aufgefangen. Denn mit 944 T-Euro wirkt sich hier der Wegfall der freiwilligen Sonderzuschüsse ab August 2002 und die um 432 T-Euro geringere gesetzliche Betriebskostenförderung der nichtstädtischen Träger entsprechend aus.

Unter Berücksichtigung der zusätzlichen Plätze im städtischen Bereich errechnen sich im Übrigen wie in Vorjahren tendenziell Einsparungen bei den sächlichen Betriebsausgaben. Einzelergebnisse hinsichtlich der Betriebskosten pro Platz können insofern von den künftigen Kosten- und Leistungsrechnungen erwartet werden.

UA 4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen

	Ansatz 2002 €	RE 2002 €	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002 %	RE 2001 €	Differenz RE 2001/ RE 2002 %
Einnahmen	198.100	208.126	5,1	200.304	3,9
Ausgaben	1.377.550	1.451.494	5,4	1.259.048	15,3
Differenz	-1.179.450	-1.243.368		-1.058.744	

Die Mehreinnahmen aus Landesmitteln betragen rd. 8 T-Euro. Die Ausgaben sind um 192 T-Euro gestiegen. Der Zuschuss hat sich um 184 T-Euro (17,4 %) verschlechtert.

Die Erziehungsberatungsstellen und der schulpsychologische Dienst (vormals UA 2000) wurden organisatorisch zu einer Leistungseinheit zusammengefasst. Die teilweise Verlagerung der Persönlichen Ausgaben führt im UA 4650 zu rd. 177 T-Euro höheren Personalkosten.

Ferner wuchsen die inneren Verrechnungen um rd. 7 T-Euro an.

UA 4660 Einrichtungen für Hilfe zur Erziehung und für junge Volljährige; Inobhutnahme

	Ansatz 2002 €	RE 2002 €	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002 %	RE 2001 €	Differenz RE 2001/ RE 2002 %
Einnahmen			0,0		
Ausgaben	230.100	172.875	-24,9	325.948	-47,0
Differenz	-230.100	-172.875		-325.948	

Die Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal werden seit 1999 organisatorisch und wirtschaftlich selbständig entsprechend den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geführt.

Der bereits gegenüber den Vorjahren erheblich gekürzte Betriebskostenzuschuss wurde in Absprache mit dem Kämmerer gegenüber dem Planansatz nochmals um 25% auf EUR 172.875 gekürzt.

Es ist geplant, den Betriebskostenzuschuss in 2003 weiter auf EUR 127.800 zu senken. Ab dem Jahr 2004 soll kein Betriebskostenzuschuss mehr geleistet werden.

UA 4810 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

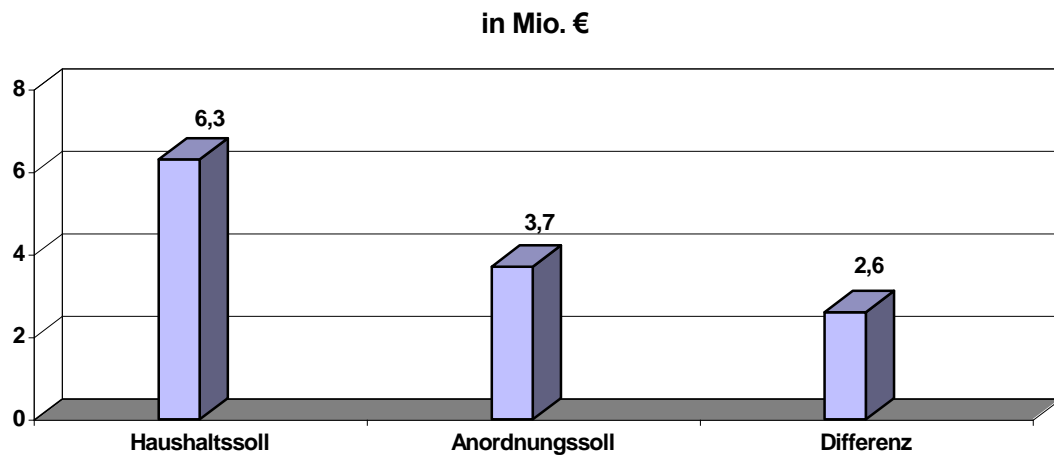
	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.186.950	3.426.466	7,5	4.686.022	-26,9
Ausgaben	5.214.200	4.920.395	-5,6	5.398.497	-8,9
Differenz	-2.027.250	-1.493.929		-712.475	

Durch die Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes NRW zum 01.01.2002 ist die Kostenbeteiligung der Kommunen an der UVG-Finanzierung von bislang 33,3 % auf 53,3 % gestiegen. Der Einnahmeverlust im Bereich „Erstattungen vom Land“ beträgt im Vergleich zum Vorjahresergebnis rund 1 Mio. € (RE 2002: 2,1 Mio. €, RE 2001: 3,1 Mio. €).

5.4.2 Vermögenshaushalt

Grafik zur **Tabelle 1**:

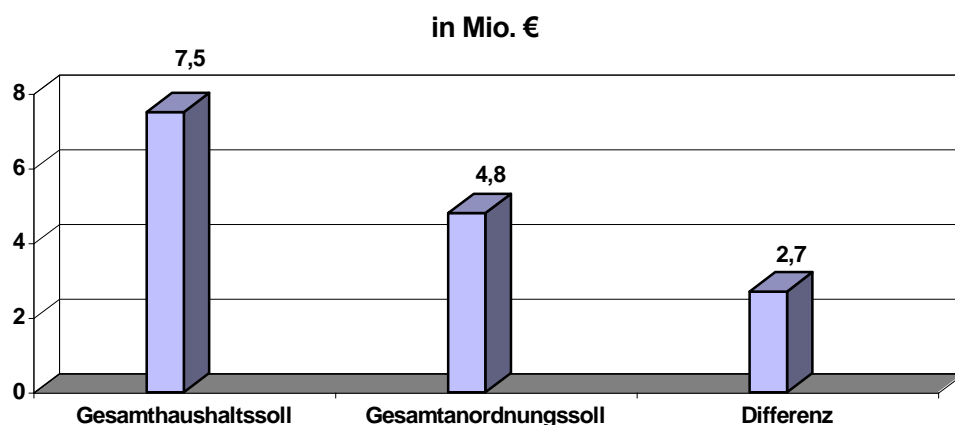
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 59 % (2001 = 51 %).

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 64 % (2001 = 59 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
4000 Verwaltung der Sozialhilfe	5.100	0	5.100	0,0
4110 Hilfe zur Pflege	0	0	0	0,0
4311 Soziale Einrichtungen für Ältere - ohne Pflegeeinrichtungen	1.550	300	1.250	19,4
4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge	50.000	7.076	42.924	14,2
4400 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG - örtlicher Träger	28.650	1.473	27.177	5,1
4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	13.300	0	13.300	0,0
4600 Einrichtungen der Jugendarbeit	2.013.822	1.014.462	999.360	50,4
4620 Einrichtungen der Familienförderung	2.550	867	1.683	34,0
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	3.025.765	1.558.259	1.467.506	51,5
4650 Erziehungs-, Jugend- und Beratungsstellen	2.050	0	2.050	0,0
4680 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	23.000	928	22.072	4,0
4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	17.550	5.800	11.750	33,0
4710 Leistungen nach dem Landespflegegesetz	1.067.600	1.066.964	636	99,9
Summe EP	6.250.937	3.656.129	2.594.808	58,5

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
4000 Verwaltung der Sozialhilfe	24.318	7.368	16.950	30,3
4110 Hilfe zur Pflege	32.088	7.748	24.340	24,1
4311 Soziale Einrichtungen für Ältere - ohne Pflegeeinrichtungen	1.550	300	1.250	19,4
4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge	109.310	26.722	82.588	24,4
4400 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG - örtlicher Träger	28.650	1.473	27.177	5,1
4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	13.300	0	13.300	0,0
4600 Einrichtungen der Jugendarbeit	2.725.626	1.701.868	1.023.758	62,4
4620 Einrichtungen der	5.106	3.423	1.683	67,0
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	3.502.764	1.993.151	1.509.613	56,9
4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	3.073	1.023	2.050	33,3
4680 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	38.339	16.267	22.072	42,4
4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	17.550	5.800	11.750	33,0
4710 Leistungen nach dem Landespflegegesetz	1.067.600	1.066.964	636	99,9
Summe EP	7.569.274	4.832.107	2.737.167	63,8

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 4000 Verwaltung der Sozialhilfe

Einzelaspekte:

4000-935.0075.1 Technikunterstützte Informationsverarbeitung

Zum 01.01.02 wurden die Tul-Investitionsmittel aller Leistungseinheiten in einer zentralen Beschaffungshaushaltsstelle im UA 0610 zusammengefasst und Ressort 402 zur Bewirtschaftung zugeordnet.

Das negative Rechnungsergebnis i.H.v. 22.308,- € durch Abgänge auf Haushaltsreste resultiert aus vorgenannter Neuorganisation. Mittel für Maßnahmen, die Ressort 201 im Jahr 2001 nicht termingerecht realisieren konnte, wurden antragsgemäß in das Haushaltsjahr 2002 übertragen. Der Bedarf wurde jedoch aufgrund der seit Jahresbeginn geltenden zentralen Beschaffung nicht mehr aus der Haushaltsstelle des Ressorts 201 finanziert.

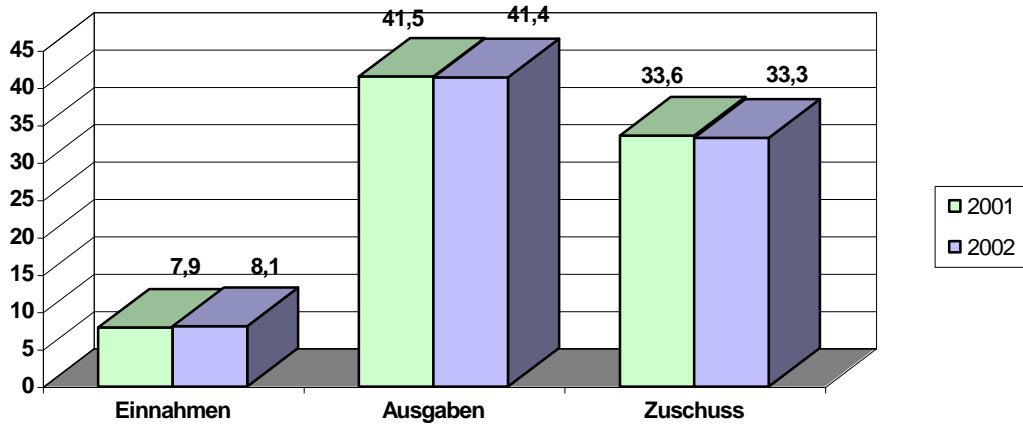
UA 4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Die im Jahr 2002 außerplanmäßig bewilligten Mittel i.H.v. 50.000,- € waren überwiegend für die Ausstattung des neuen Dienstgebäudes des Ressorts 204 „Am Clef“ (Einrichtung der Sicherheitsbereiche, Betrieb neuer Geldautomaten) verplant. Der Umzug fand jedoch mangels vorheriger Bezugsfertigkeit des Gebäudes erst im Dezember 2002 statt, so dass die Rechnungslegung entsprechend in 2003 erfolgt.

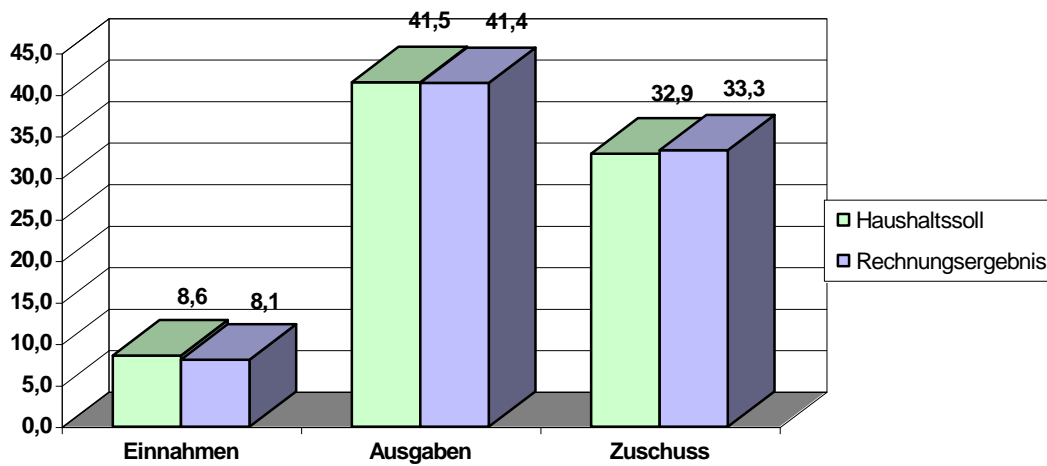
5.5 Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung

5.5.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 5000 Gesundheitsverwaltung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	355.200	360.071	1,4	367.498	-2,0
Ausgaben	4.024.229	4.250.869	5,6	4.221.563	0,7
Differenz	-3.669.029	-3.890.798		-3.854.065	

Einnahmen und Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Die Ansatzüberschreitung bei den Ausgaben ist wie im Vorjahr auf die Überschreitung der Ansätze bei den Personalausgaben zurückzuführen, die aus der Besetzung vakanter Stellen im Jahr 2000 resultiert.

Vor dem Hintergrund der rechtlichen Anforderungen an die vorläufige Haushaltsführung hält das Rechnungsprüfungsamt die Überprüfung der Ansätze folgender Haushaltsstellen für erforderlich:

5000.718.0000.6	An den Stadtsportbund	27.600 €
5000.718.0100.4	Zuschuss an das Aser-Institut	30.700 €
5000.718.0200.2	An den Verein Aids-Hilfe Wuppertal e.V.	100.850 €

Der Stadtsportbund wird zudem noch aus der Haushaltsstelle 5500.718.0000.1 bezuschusst.

Nach dem Erlass des Innenministers vom 04.06.03 ist der bisherige Umfang freiwilliger Leistungen schrittweise zu reduzieren, dabei ist die Kündigung bestehender rechtlicher Verpflichtungen einzubeziehen.

UA 5100 Klinikum Wuppertal GmbH

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	610.000	388		817	-52,5
Ausgaben	610.000	610.000	0,0	0	
Differenz	0	-609.612		817	

Die Kliniken der Stadt Wuppertal wurden gemäß Ratsbeschluss vom 20.06.1994 zu Drs. 2322/94 rückwirkend zum 01.01.1994 in die Rechtsform der GmbH überführt.

In dem Unterabschnitt sind ab 1995 nur noch Ausgleichsbeträge auf die bis 1993 entstandenen Verluste sowie Zinserstattungen für die noch nicht ausgeglichenen Verluste veranschlagt worden.

Mit der letzten Ausgleichszahlung des Trägers in 1998 (3,5 Mio. DM) wurden diese Verluste ausgeglichen.

Trotz intensiver Bemühungen gelang es nicht, die seit 1995 entstandenen Bilanzverluste der Klinikum Wuppertal GmbH zu verringern; vielmehr stiegen sie bis 2001 auf insgesamt rd. 32 Mio. €.

Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Wirtschaftslage hat der Rat in seiner Sitzung am 24.09.2001 die Verwaltung beauftragt, einen Mitgesellschafter zu suchen. Für die Vorfinanzierung von Beratungsleistungen bei der Suche eines Mitgesellschafters wurden im Berichtsjahr 610.000 € außerplanmäßig bereitgestellt, die aus den Transaktionserlösen gedeckt werden sollten.

Die erwarteten Erlöse konnten jedoch nicht realisiert werden.

In seiner Sitzung am 16.12.2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, die Helios Kliniken GmbH als Mitgesellschafter aufzunehmen. Helios hat einen Anteil von 94,9 % der Klinikum Wuppertal GmbH erworben, die Stadt Wuppertal bleibt mit einem Anteil von 5,1 % Minderheitsgesellschafter und kann auch in Zukunft bei wichtigen strategischen Entscheidungen die kommunalen Interessen einbringen.

UA 5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	90.050	121.216	34,6	114.321	6,0
Ausgaben	1.427.622	1.422.647	-0,3	1.453.003	-2,1
Differenz	-1.337.572	-1.301.431		-1.338.682	

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 37.000 € (-2,8 %) geringfügig verbessert, resultierend aus Mehreinnahmen von rd. 7.000 € und Minderausgaben von rd. 30.000 €.

Die Minderausgaben betreffen u.a. mit rd. 31.000 € (-68 %) die Ausrüstungsgegenstände und Sportgeräte in Schulen und Turnhallen, Schulsportveranstaltungen mit ca. 4.300 € (49 %) sowie Angestelltenvergütungen in Höhe von rd. 17.800 € (-14 %). Dem gegenüber stehen die Mehrausgaben für die Zuschüsse an Sportvereine für besondere Zwecke. Es handelt sich hier bei um überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 30.950 € für die Förderung der Jugendarbeit WSV (Pachtvertrag) und des SV Borussia.

UA 5610 Sportplätze, Turnhallen usw.

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	95.900	119.603	24,7	100.473	19,0
Ausgaben	4.840.067	4.353.485	-10,1	4.986.622	-12,7
Differenz	-4.744.167	-4.233.882		-4.886.149	

Mehreinnahmen von ca. 19.500 € und Minderausgaben von rd. 633.000 € im Vergleich zum Vorjahr führten zu einer Zuschussreduzierung von 652.267 €.

Verschiedene Gebäude sind nicht in das Eigentum des Eigenbetriebes GMW übergegangen, sondern werden auch weiter vom SB 209 über die bisherigen Haushaltsstellen bewirtschaftet. GMW wird bei Bedarf als Dienstleister tätig.

Die Mehreinnahmen beruhen hauptsächlich auf erzielten Einnahmen für Miete und Pacht in Höhe von rd. 17.000 € (Laut Ansatz 2002 sogar rd. 28.500 €) und aus den Dienstmietwohnungen für die Platzwärter der Vereine in Höhe von 7.500 €.

Ursächlich für die Mindereinnahmen sind im Wesentlichen die Abweichungen bei den Einnahmen für die Benutzung der städtischen Tennisplätze. Seit 2002 wurde der Verkauf der Einzelkarten für die städtischen Tennisplätze aufgegeben.

Die wesentlichen sonstigen Abweichungen beruhen auf niedrigeren Ausgaben für die bauliche Unterhaltung des SB 209, für die im Eigentum des Stadtbetriebes verbliebenen Objekte von rd. 219.000 € (99 %). Bei der Ausgabe position Unterhaltung der Sportplätze stehen noch, im Vergleich zum Vorjahr um 43.400 € geminderte, Haushaltsreste in Höhe von 20.500 € zur Verfügung. Der SB 209 gab als Erklärung an, dass bei dieser Finanzposition die Mittel des Jahres 2002 in fast vollem Umfang nicht verbraucht wurden, d.h. nicht an das GMW ausgezahlt wurden, weil die Leistungen anhand der vorgelegten Rechnungen nicht detailliert nachvollzogen werden konnten. Unzweifelhaft wurden jedoch gemäß SB 209 Leistungen in einem Umfang erbracht, die nach überschlägiger Rechnung das Unterhaltungsbudget erreichen, wenn nicht sogar überschreiten. Mit der zuständigen Produktmanagerin des GMW wurde daraufhin vereinbart, die gesamten Mittel erst nach Vorlage einer schriftlichen Begründung des GMW's zu übertragen. Diesen Nachweis hat das GMW nicht vorgelegt. Ferner betreffen die Minderausgaben von rd. 372.000 € die Mieten und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement. Diese berücksichtigen auch Anteile an Schulturn- bzw. Sporthallen im Umfang der Nutzung durch Sportvereine (die dem SB Schulen bei verschiedenen Unterabschnitten als Einnahmen vom GMW erstattet werden).

UA 5700 Bäder

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.552.500	2.491.086	-2,4	2.444.365	1,9
Ausgaben	12.779.143	12.472.511	-2,4	12.811.079	-2,6
Differenz	-10.226.643	-9.981.425		-10.366.714	

Resultierend aus Mindereinnahmen von rd. 61.000 € und Minderausgaben von rd. 306.600 € im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Zuschuss um ca. 245.000 € verbessert.

Ursächlich für die Mindereinnahmen sind u.a. die Abweichungen bei den Einnahmen für sonstige Gebühren und Entgelte von rd. 16.000 € (-18 %), der Ansatz für das Jahr 2002 wurde jedoch bei dieser Haushaltsposition um 40.000 € (-36 %) verfehlt, sowie für Benutzungsgebühren vom Unterabschnitt 2000 (Schulverwaltung) und UA 5500 von rd. 26.000 €.

Ferner sind 21.400 € (+ 49 %) Mehreinnahmen aus Vermietungen und Verpachtungen entstanden. Die Mindereinnahmen bei dieser Haushaltsstelle beruhen im HJ 2001 hauptsächlich auf nicht erzielten Pachteinnahmen aus der Cafeteria im Hallenbad Cronenberg und Freibad Eckbusch.

Hervorzuheben sind Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Badeutensilien usw. von rd. 3.000 € (+ 121 %).

Die Minderausgaben beruhen im Wesentlichen auf gesunkenen Personalkosten von rd. 342.100 € (7,5 %), Aufwendungen für Reinigungsmaterialien von rd. 7.600 € (- 17 %) (im Vergleich zum Jahr 2001 sind die Aufwendungen jedoch um 15.000 € gestiegen), sowie für Dienst- und Schutzkleidung von ca. 4.800 € (- 35 %).

Die Mehrausgaben entfallen hauptsächlich auf die Ausgabepositionen Steuerumlage mit ca. 53.800 € (+16 %), Fernmeldegebühren in Höhe von 3.400 € (+30 %) sowie auf den Beitrag an den Wupperverband mit rd. 25.500 € (+7 %).

Es konnten keine detaillierten Aussagen, beispielweise hinsichtlich der Entwicklung der Kostendeckungsgrade in den einzelnen Bädern bzw. Abteilungen oder inwieweit sich die Inbetriebnahme des Schwimmsportleistungszentrums (SSLZ) auf die Ausgaben bzw. die Betriebskosten ausgewirkt hat, getroffen werden, da die Betriebsabrechnung seit dem Jahr 2000 nicht mehr erstellt wird.

Die Jahresstatistik des Stadtbetriebes Sport & Bäder verzeichnet in den Hallenbädern 38.589 Besucher mehr und in den Freibädern 27.672 Besucher weniger als im Vorjahr (= Mindereinnahmen von 54.795 €).

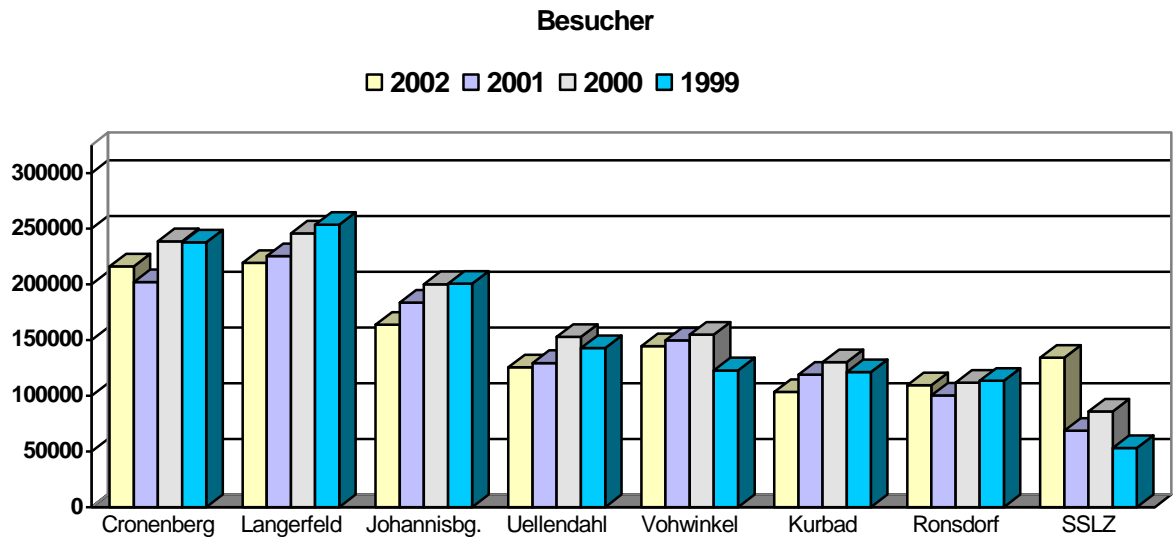
Im Bereich der Hallenbäder weisen die Bäder SSLZ (+95,4%), Ronsdorf (+9,2%) und Cronenberg (+7%) höhere Auslastungen auf. Hingegen haben die Bäder Kurbad (-13%), Johannisberg (-10,7%), Vohwinkel (-3,6%), Uellendahl (-3%) und Langerfeld (-2,6%) in der Gunst der Besucher geringfügig an Attraktivität verloren.

In allen Freibädern ist ein Rückgang der Besucherzahlen zu verzeichnen (wetterbedingt schlechte Freibadsaison): Eckbusch (-35,5%), Mählersbeck (-31,4) und Mirke (-17,8%).

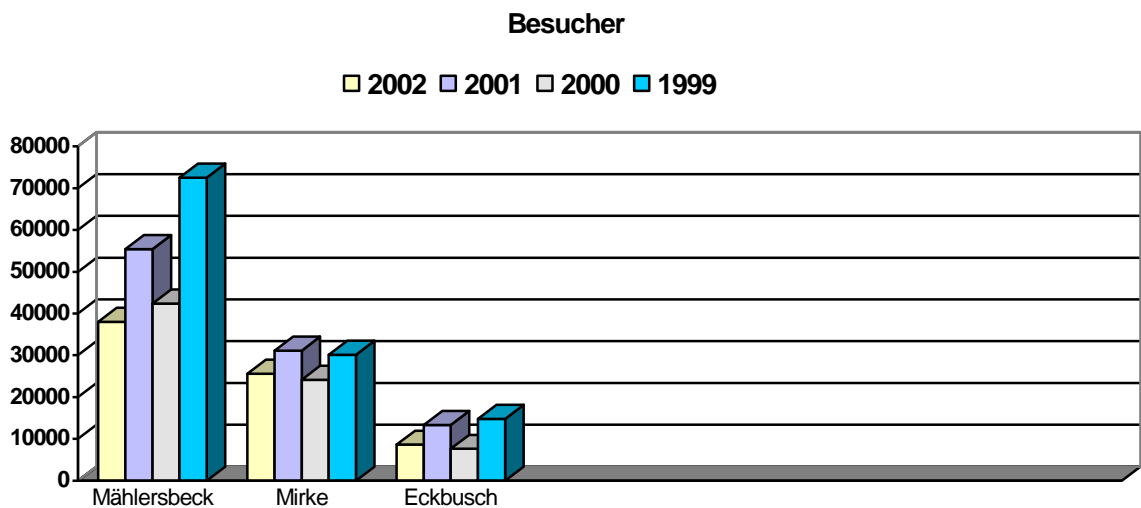
Die seit 1994 geringsten festgestellten Besucherzahlen lassen von dem „Regen-sommer 2002“ sprechen.

Wie sich die Besucherzahlen seit 1999 im Einzelnen entwickelt haben, ist nachstehend grafisch dargestellt.

Hallenbäder



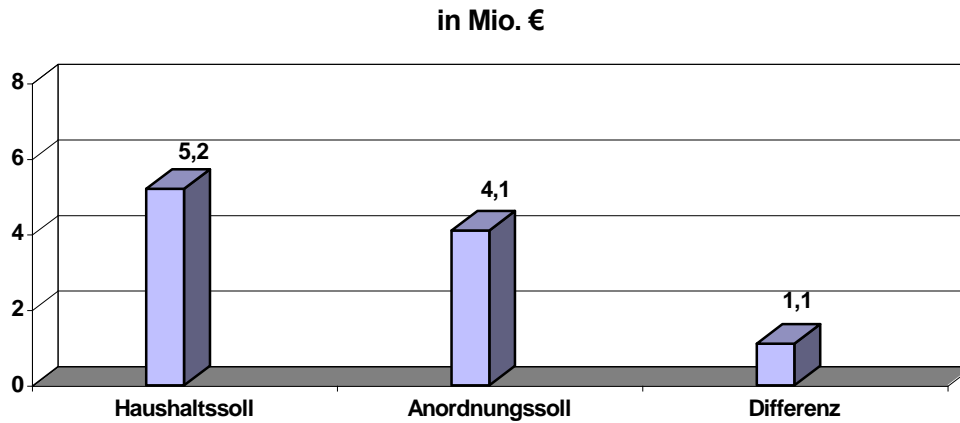
Freibäder



5.5.2 Vermögenshaushalt

Grafik zur **Tabelle 1**:

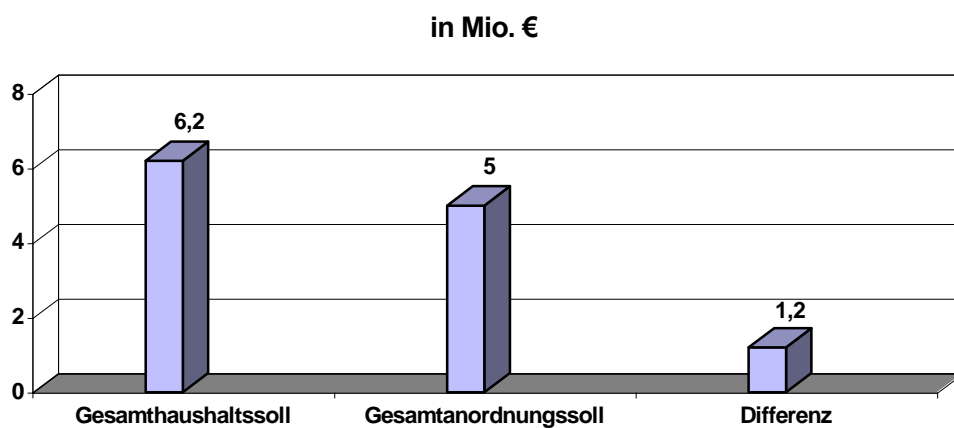
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 79,7 % (2001 = 30 %).

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 79,8 % (2001 = 70 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
5000 Gesundheitsverwaltung	33.250	19.018	14.232	57,2
5100 Klinikum Wuppertal GmbH	1.654.154	1.654.154	0	100,0
5460 Chem. Untersuchungsinstitut	89.500	71.940	17.560	80,4
5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports	259.678	150.000	109.678	57,8
5600 Stadion	3.550	1.722	1.828	48,5
5610 Sportplätze, Turnhallen, usw.	2.086.150	1.970.684	115.466	94,5
5620 Uni-Halle	58.800	6.760	52.040	11,5
5700 Bäder	55.700	3.658	52.042	6,6
5800 Grün- und Parkanlagen	303.700	71.340	232.360	23,5
5810 Freiraum, Landschaftspflege	507.005	177.369	329.636	35,0
5900 Kleingärten	127.850	2.249	125.601	1,8
Summe EP	5.179.337	4.128.894	1.050.443	79,7

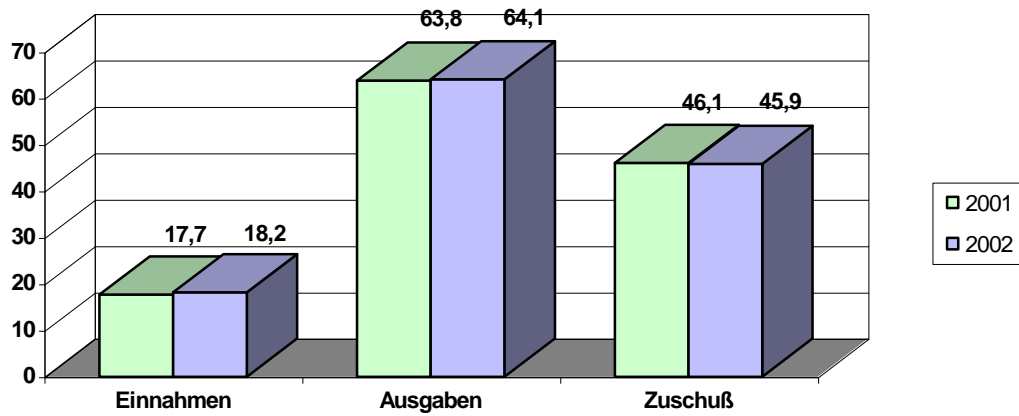
Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
5000 Gesundheitsverwaltung	37.802	23.570	14.232	62,4
5100 Klinikum Wuppertal GmbH	1.654.154	1.654.154	0	100,0
5460 Chem. Untersuchungsinstitut	89.500	71.940	17.560	80,4
5500 Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports	584.298	399.180	185.118	68,3
5600 Stadion	3.550	1.722	1.828	48,5
5610 Sportplätze, Turnhallen, usw.	2.296.027	2.156.561	139.466	93,9
5620 Uni-Halle	58.800	6.760	52.040	11,5
5700 Bäder	70.886	10.844	60.042	15,3
5800 Grün- und Parkanlagen	355.270	122.910	232.360	34,6
5810 Freiraum, Landschaftspflege	871.772	481.532	390.240	55,2
5900 Kleingärten	190.509	26.508	164.001	13,9
Summe EP	6.212.568	4.955.681	1.256.887	79,8

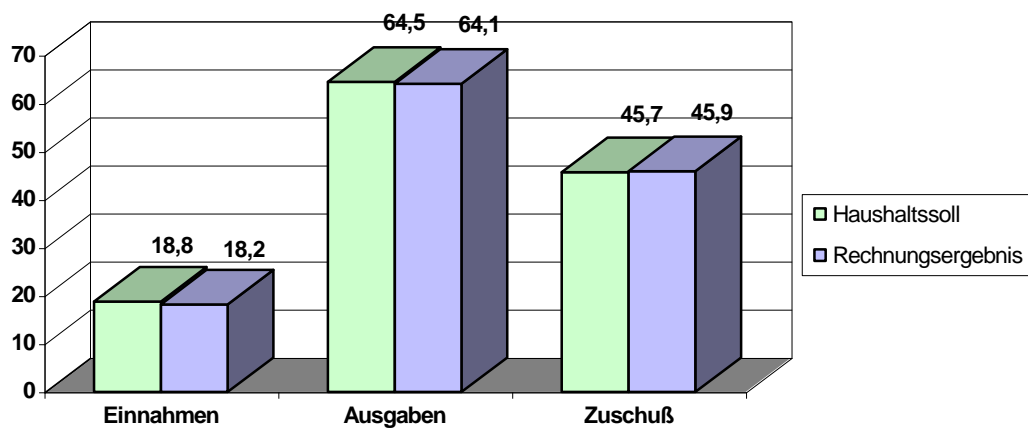
5.6 Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

5.6.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



Der Zuschussbedarf im Einzelplan: 6 des Verwaltungshaushaltes hat sich sowohl im Vergleich des Rechnungsergebnisses zum Vorjahr als auch im Vergleich zwischen Ergebnis und Ansatz nur unwesentlich verändert.

Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr wurden im Zusammenhang mit den zu Lasten des Einzelplanes: 6 verbuchten höheren Verrechnungsgebühren über 342 T€ für die Ableitung von Regenwasser an den Gebührenhaushalt der Stadtentwässerung (UA: 7000) aufgrund des angehobenen Regenwassergebührensatzes registriert. Aus Nachkalkulationen vergangener Jahre erhöhten sich daneben die Ausgaben für die Straßenreinigung um rund 850 T€.

Minderausgaben entstanden durch die bereits im Vorjahr rechnungswirksam gewordene Einmalrückzahlung von Wohnungsbauförderungsmitteln an die WfA für ein gefördertes Objekt in Höhe von 460 T€ im UA: 6200.

Im Planungsressort reduzierten sich ferner die Ausgaben um ca. 500 T€ aufgrund noch nicht realisierter Projekte.

Schließlich sanken die kalkulatorischen Kosten im Bereich der seit dem Jahr 2000 als kostenrechnende Einrichtung geführten Verkehrssteuerungstechnik um 430 T€.

Mehreinnahmen von insgesamt 650 T€ konnten gegenüber dem Vorjahr durch die Erhöhung der Gebührensätze für die Straßenreinigung und die Straßenbenutzung sowie durch eine Steigerung der Zahl der gebührenpflichtigen Sondernutzungen erzielt werden.

Die Parkgebühreneinnahmen stiegen um 158 T€, was aus einer Erweiterung des bewirtschafteten Parkraums resultiert.

Mindereinnahmen entstanden gegenüber dem Vorjahr aus der Erstattung des Landes für die Verwaltung der Fehlbelegungsausgleichszahlung, aus dem Rückgang der vermessungstechnischen Arbeiten im Bereich des Wuppersammlers und fehlender Sollstellung der Zinszahlungen für erhaltene städtische Aufwendungsbeihilfen in Höhe von jeweils rund 200 T€ (vgl. auch Teilbericht im VmH, UA:6220).

Die Einnahmeerwartungen aus der Haushaltsplanung für den Einzelplan sind nicht vollständig erfüllt worden, was in erster Linie auf ein um 600 T€ geringeres Baugebührenaufkommen zurück zu führen ist.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 6010 Gebäudemanagement Wuppertal

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	796.500	796.500	0,0	730.675	9,0
Ausgaben	498.450	0	0,0	29.655	0,0
Differenz	298.050	796.500		701.020	

Der Unterabschnitt dient der Verrechnung mit dem nach Eigenbetriebsrecht geführten GMW. Die Gewinnabführung des Betriebes an die Stadt erhöhte sich im Berichtsjahr auf knapp 800 T€.

Die Zahlungen an das GMW für Mieten, Nebenkosten und Entgelte aus den Unterabschnitten erfolgten durch die städtischen Leistungseinheiten nicht nach dem vom Kämmerer verfügbaren Lastschriftverfahren.

H Das RPA weist darauf hin, dass die mit der Einrichtung des GMW im Mieter- Vermietermodell geschaffene dezentrale Ressourcenverantwortung durch fehlende Akzeptanz nicht zu dem beabsichtigten Effekt der Wirtschaftlichkeitssteigerung beiträgt.

Schwierigkeiten bereitete den zahlungspflichtigen Leistungseinheiten immer noch der Nachvollzug der geforderten Beträge, weil ihnen die Bemessungsgrundlagen nicht hinreichend bekannt waren und die Abrechnungen nicht detailliert aufgeschlüsselt worden waren. Aus diesen Gründen verweigerten diverse Leistungseinheiten nicht nur die Unterzeichnung vorbereiteter Nutzungsvereinbarungen mit dem GMW, sondern auch die Abgabe von Einzugsermächtigungen per allgemeiner Zahlungsanordnung. Die Anordnung der Beträge erfolgte deshalb im Rahmen der „Ersatzvornahme“ durch die Kämmerei.

Eine effektive dezentrale Ressourcenverantwortung und die damit bezweckte Wirtschaftlichkeit des Nutzerverhaltens im Bereich der Gebäudebewirtschaftung setzt aber voraus, dass die mittelbewirtschaftenden Stellen Kenntnis über die Zusammensetzung der Leistungen und Beträge erhalten, um im Rahmen der ihnen zukommenden Verantwortung Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können. Das im Berichtsjahr praktizierte Verfahren trägt dieser Zielsetzung nicht ausreichend Rechnung.

H Das RPA weist noch mal darauf hin, dass es zur Beurteilung, ob mit dem installierten Wirtschaftsbetrieb Synergien, Kosteneinsparungen und Qualitätssteigerungen zu erzielen sind, eines Kennzahlensystems bedarf.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt fehlen im Gebäudemanagement noch die Kennzahlen, um die innerbetriebliche Wirtschaftlichkeit des GMW beurteilen zu können.

Die Prüfungsbemerkung des Rechnungsprüfungsamtes aus dem Vorjahresbericht wurde aber insoweit aufgegriffen, als die Beteiligungsverwaltung erste Finanzkennzahlen vom Gebäudemanagement erhalten hat. Inzwischen liegt auch der erste Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des GMW vor, in dem der Wirtschaftsprüfer diverse Kennzahlen für das Prüfungsjahr 2000 präsentiert hat.

Ein Gespräch zwischen GMW und RPA zur weiteren Behandlung der Thematik fand im Juni 2003 statt. Danach soll ein Abgleich von Kennzahlen zum Aufbau eines Controllings im Herbst stattfinden.

Der Bereich der Unternehmenssteuerung wird im Betrieb zur Zeit weiter aufgebaut.

UA 6100 Stadtentwicklung und -planung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002 %	RE 2001		Differenz RE 2001/ RE 2002 %
	€	€		DM	€	
Einnahmen	36.300	82.938	128,5	142.630	72.926	13,7
Ausgaben	3.807.848	3.388.280	-11,0	7.609.074	3.890.458	-12,9
Differenz	-3.771.548	-3.305.342		-7.466.444	-3.817.532	

Bedingt durch außerplanmäßige Einnahmen vom Land und DB für „Nutzungs- u. Vermarktungskonzept Gewerbeparks“ sind die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes gegenüber dem Vorjahr und dem Ansatz deutlich gestiegen.

Die Ausgaben blieben unter den Vorjahresausgaben und dem Ansatz.

Bei den Angestelltenvergütungen brauchte wegen des plötzlichen Ausscheidens aus dem Dienst eine Vergütung nach BAT II nicht gezahlt werden – Stelle wurde bisher nicht neu besetzt .

Die Untersuchungen im Bauleitplanverfahren reduzierten sich anzahlmäßig, ebenso verringerte sich auch die entsprechende Summe zweckgebundener Zuschüsse durch das Land.

Von der Haushaltstelle Moderationsverfahren DB- Flächen erfolgten keinerlei Auszahlungen, weil das RPA erhebliche Beanstandungen zu Finanzierung, Beauftragung, zeitlichem Ablauf und Auftragshöhe des Moderationsverfahren ausgesprochen hatte. Die Klärung dieser Beanstandungspunkte ist bisher nicht vollständig durchgeführt worden.

Auf Wunsch der Kämmerei wurde der nicht in Anspruch genommene Betrag (Haushaltsrest aus Vorjahr) als Abgang verbucht und für das Jahr 2003 als über-/ außerplanmäßige Ausgabe bereitgestellt.

UA 6110 Vermessungs- und Katasterverwaltung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002 %	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002 %
	€	€		€	
Einnahmen	2.658.350	2.338.181	-12,0	2.209.826	5,8
Ausgaben	9.018.815	9.171.623	1,7	9.117.158	0,6
Differenz	-6.360.465	-6.833.442		-6.907.332	

Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres hat sich der Kostendeckungsfaktor des Unterabschnittes geringfügig auf 25,5 % erhöht.

Die für das Jahr 2002 geplanten Einnahmeverbesserungen konnten nicht erreicht werden.

Gründe hierfür sind:

- Die im Jahr 2002 rückläufige Baukonjunktur, die zu einer geringeren Nachfrage nach vermessungstechnischen Leistungen des Ressorts geführt hat.
- Ein Rückgang der Kontrollvermessungsarbeiten für den Wuppersammler. Das Rechnungsergebnis in dieser Haushaltsstelle blieb mit 104.233 € um 37 % unter dem Planungsansatz. Die Maßnahme ist inzwischen fast abgeschlossen, so dass zukünftig für diese Tätigkeiten keine Einnahmen mehr erzielt werden.

In den Haushaltsansätzen für die Jahre 2004/5 sind die veränderten Marktbedingungen berücksichtigt, indem die entsprechenden Einnahmepositionen angepasst wurden.

UA 6130 Bauordnungsamt

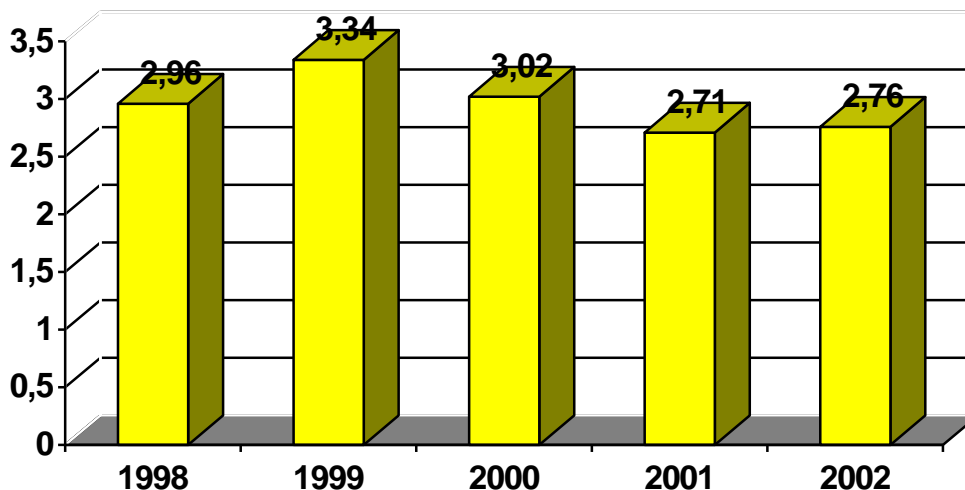
	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.455.300	2.792.376	-19,2	2.768.994	0,8
Ausgaben	3.307.180	3.387.474	2,4	3.364.318	0,7
Differenz	148.120	-595.098		-595.324	

Das Rechnungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Gebühreneinnahmen stiegen um 1 %, blieben aber unter den geplanten Werten.

Einzelaspekte:

6130-100.0000.1 Gebühren

Baugebührenaufkommen in Mio. €:



Insgesamt wurden 2.821 Verfahren von der Bauordnungsbehörde in 2002 registriert.

Das sind rund 20 % weniger Vorgänge als im Vorjahr. Die Zahl der von einer Genehmigung rechtlich freigestellten Bauvorhaben betrug 123 (Vorjahr: 77). 2.114 Fälle (Vorjahr: 2.945) wurden im sogenannten vereinfachten Genehmigungsverfahren und 487 Fälle (Vorjahr: 450) im normalen Genehmigungsverfahren abgewickelt. Es fand seit der letzten Änderung der Landesbauordnung eine deutliche zahlenmäßige Verlagerung von den normalen zu den vereinfachten Genehmigungsverfahren statt. Trotz gesunkener Fallzahlen hat sich das Gebührenaufkommen nicht reduziert. Das liegt zum einen an der Erhöhung der vom Land festgesetzten Tarife für die Tätigkeiten der Bauordnungsbehörde und zum anderen an der gestiegenen Zahl normaler Genehmigungsverfahren, für die im Vergleich zu den vereinfachten Genehmigungsverfahren deutlich höhere Gebühren zu entrichten waren.

Einnahmen aus Bußgeldern wurden nach einigen Jahren wieder registriert. Der in der Vergangenheit angedeuteten Entwicklung, dass der „baupolizeilichen“ Tätigkeit im Ressort weniger Bedeutung zukommt, wird damit entgegengetreten.

UA 6200 Bauförderung und Wohnungswesen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	395.200	299.588	-24,2	636.181	-52,9
Ausgaben	2.693.157	2.786.913	3,5	3.076.067	-9,4
Differenz	-2.297.957	-2.487.325		-2.439.886	

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr noch mal um mehr als die Hälfte gesunken.

Das beruht primär auf einer geringeren Erstattung des Landes für die Erhebung der Ausgleichszahlung, die für den Betrachtungszeitraum um rund 200 T€ niedriger ausfiel. Die Stadt erhält vom Land für die Erhebung der Ausgleichszahlung einen Verwaltungskostenbeitrag, dessen Höhe sich aus der Zahl der Erstbescheide und dem Wohnungsbestand der entsprechenden Jahrgangsguppe errechnet. Im Berichtsjahr nahm die Zahl der Erstbescheide deutlich ab, nicht zuletzt, weil die Abteilung Bauförderung und Wohnen in einigen größeren Wohnanlagen von dem nach dem 4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung möglichen Verzicht auf die Erhebung der Ausgleichszahlung Gebrauch gemacht hat.

Ferner reduzierten sich die sonstigen Verwaltungsgebühren um 140 T€, weil zum einen die Zahl der geförderten Wohnungsbauvorhaben zurückgegangen ist und zum anderen das Rechnungsergebnis des Jahres 2001 wegen der noch am Ende des Jahres 2000 geförderten Vorhaben, die erst 2001 zum Soll gestellt wurden (vgl. Schlussbericht 2001, Seite: 127) überhöht gewesen war.

Minderausgaben wurden in Höhe von rund 460 T€ durch die bereits im Vorjahr rechnerisch wirksam gewordene anteilige Rückzahlung von Wohnungsbauförderungsmiteln an die WfA für das Objekt Hofaue 47/49 (vgl. Drucksache Nr.1504/02 zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 26.02.02) verzeichnet.

Einzelaspekte:

6200-100.0000.3
6200-161.0000.5

Sonstige Verwaltungsgebühren
Vom Land für die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe

A Das RPA regt erneut eine Anpassung der Haushaltsstellentexte an.

Die bisherigen Bezeichnungen der o.g. Einnahmehaushaltsstellen entsprechen nicht mehr dem Grundsatz der Haushaltsklarheit.

Die Haushaltsstelle: 6200-100.0000.3 mit der Bezeichnung: Sonstige Verwaltungsgebühren war mit einem Rechnungsergebnis von rund 370 T€ die größte Gebührenposition des Unterabschnittes und diente der Vereinnahmung aller Gebühren aus der Wohnungsbauförderung. Sie ist deshalb nicht nur eine Buchungsstelle für „sonstige“ Gebühren, die in der Regel auch unter einer anderen Gruppierungsziffer (150) auszuweisen sind.

Der bisherige Begriff der sogenannten Fehlbelegungsabgabe unter der Haushaltsstelle: 6200-161.0000.5 wurde rechtlich durch den Begriff der Ausgleichszahlung abgelöst.

Eine entsprechende Anpassung hat das Ressort für die nächste Haushaltsplanung zugesichert.

UA 6750 Straßenreinigung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.836.500	6.724.985	-1,6	6.544.474	2,8
Ausgaben	6.800.200	7.333.370	7,8	6.484.157	13,1
Differenz	36.300	-608.385		60.317	

Die Veranschlagung der Straßenreinigungsgebühren und die Weiterleitung an den Eigenbetrieb Straßenreinigung Wuppertal (ESW) wird über den UA 6750 abgewickelt. Seit der Übertragung der Abfallwirtschaft auf die Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (AWG) zum 01.01.1999 wird im Unterabschnitt auch die Gewinnausschüttung des ESW veranschlagt.

Die Gebührensätze bei den Straßenreinigungsgebühren sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,9% erhöht worden.

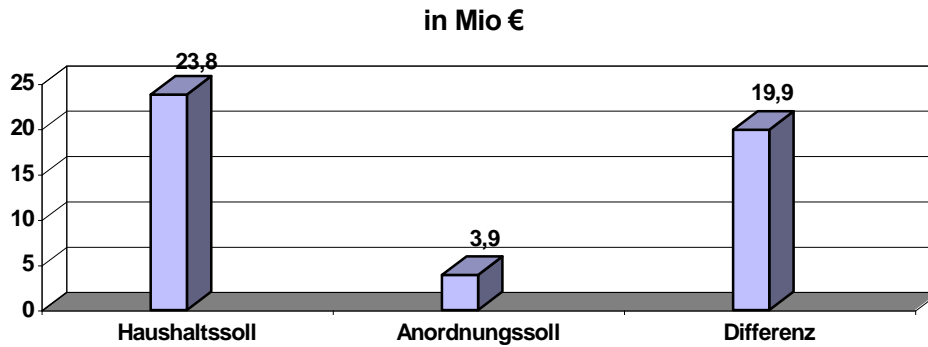
Über die Abschlagszahlungen auf den Ausgabeansatz hinaus wurde auf Basis der Nachkalkulationen für die vergangenen Jahre eine außerplanmäßige Ausgabe von rd. 533 T-Euro bewilligt und an den ESW gezahlt.

Der Rat der Stadt hat am 27.05.2002 über den Jahresabschluss des ESW zum 31.12. 2000 und am 16.12.2002 über den Jahresabschluss zum 31.12.2001 beschlossen. Der Fehlbetrag aus dem Jahr 2000 und der Überschuss aus dem Jahr 2001 sind jeweils auf neue Rechnung vorgetragen worden.

5.6.2 Vermögenshaushalt

Grafik zu **Tabelle 1**:

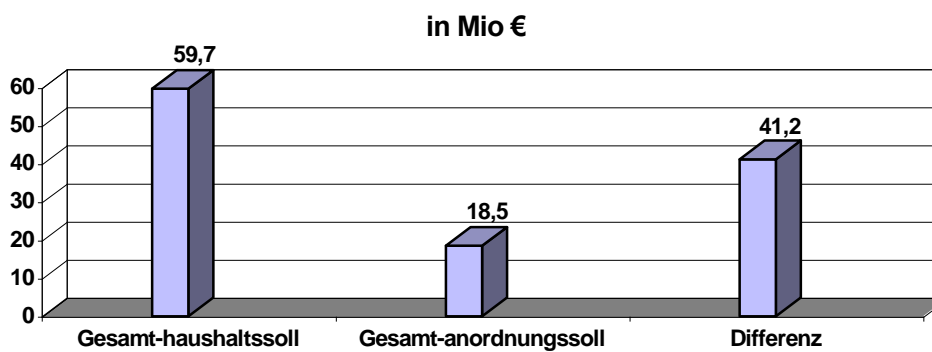
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz + üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 16 % (2001 = 16 %).

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 31 % (2001 = 36 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
6010 Gebäude- management	5.224.950	1.360.981	3.863.969	26,0
6100 Stadtentwicklung und Planung	276.100	1.052	275.048	0,4
6110 Vermessungs- u. Katasterverwaltg	558.400	290.098	268.302	52,0
6130 Bauordnungsamt	20.450	0	20.450	0,0
6150 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsm.	2.250.550	1.239.583	1.010.967	55,1
6220 Förderung des Wohnungsbaues aus gemeindl. Mitteln	150.000	0	150.000	0,0
6301 Straßenunterhaltung	920.334	131.666	788.668	14,3
6302 Verkehrslenkung	97.700	30.316	67.384	31,0
6303 Straßenbau	3.378.705	409.756	2.968.949	12,1
6304 Ingenieurbau	1.817.657	294.902	1.522.755	16,2
ÜBERTRAG	14.694.846	3.758.354	10.936.492	

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
Übertrag	14.694.846	3.758.354	10.936.492	
6305 Verkehrssteuerungstechnik	588.000	37.933	550.067	6,5
6306 Verkehrsentwicklung und Planung	25.550	0	25.550	0,0
6600 Bundes-und Landesstraßen	7.547.300	4.464	7.542.836	0,1
6700 Straßenbeleuchtung	357.900	133.312	224.588	37,2
6800 Parkraumbewirtschaftung	328.650	0	328.650	0,0
6900 Wasserläufe, Wasserbau und Gewässerschutz	316.454	0	316.454	0,0
Summe EP	23.858.700	3.934.063	19.924.637	16,5

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
6010 Gebäudemanagement	18.702.232	6.890.608	11.811.624	36,8
6100 Stadtentwicklung und Planung	526.124	11.615	514.509	2,2
6110 Vermessungs- und Katasterverwaltung	874.029	596.425	277.604	68,2
6130 Bauordnungsamt	20.672	222	20.450	1,1
6150 Städtebauliche Sanierungs- und Ent- wicklungsmaßnahmen	2.895.700	1.586.524	1.309.176	54,8
6200 Bauförderung und Wohnungswesen	13.595	13.595	0	100,0
6220 Förderung des Wohnungsbaues aus gemeindl. Mitteln	150.000	0	150.000	0,0
6301 Straßenunterhaltung	3.474.148	1.708.302	1.765.846	49,2
6302 Verkehrslenkung	168.201	100.816	67.385	59,9
6303 Straßenbau	8.305.787	2.156.862	6.148.925	26,0
ÜBERTRAG	35.130.488	13.064.969	22.065.519	

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
Übertrag	35.130.488	13.064.969	22.065.519	
6304 Ingenieurbau	7.759.894	2.785.109	4.974.785	35,9
6305 Verkehrssteuerungs- technik	2.997.346	712.692	2.284.654	23,8
6306 Verkehrsentwicklung und Planung	46.002	12.171	33.831	26,5
6600 Bundes-und Landesstraßen	11.891.336	1.502.809	10.388.527	12,6
6700 Straßenbeleuchtung	425.771	200.243	225.528	47,0
6800 Parkraumbewirt- schaftung	968.406	190.872	777.534	19,7
6900 Wasserläufe, Wasserbau und Gewässerschutz	452.957	18.223	434.734	4,0
Summe EP	59.672.200	18.487.088	41.185.112	31,0

Bei der Prüfung einzelner Unterabschnitte im Vermögenshaushalt des Einzelplanes: 6 ist zwar die seit Jahren aufgezeigte Problematik erneut aufgetreten, dass die in den Haushaltsplan eingestellten Ansätze zum überwiegenden Teil nicht oder nur in geringem Umfang in Anspruch genommen und die durch- bzw. weitergeführten Maßnahmen häufig aus Haushaltsresten der Vorjahre finanziert wurden. Insgesamt bezieht sich diese Differenz zwischen Ansatz und Ergebnis aber auf ein deutlich gesunkenes Haushaltsvolumen.

Die Realisierungsgrade lagen weiterhin auf niedrigem Niveau (die Gesamtrealisierung betrug 16,5 % bzw. 31,0 % mit Haushaltsrestbedienung).

Die erste Tabelle weist rund 20 Mio. € aus, die für die vorgesehenen Projekte nicht eingesetzt werden konnten. Das ist jedoch eine um 11 Mio. € niedrigere Differenz gegenüber dem Vorjahr. Unter Berücksichtigung nicht in Anspruch genommener Haushaltsreste beläuft sich die Differenz auf rund 41 Mio. €, was einer Verringerung der nicht in Anspruch genommenen Mittel von 15 Mio. € gegenüber 2001 entspricht.

Die Finanzverwaltung hat mittlerweile spürbar Haushaltsansätze und -reste reduziert.

Die Fachverwaltung weist zu Recht darauf hin, dass die Realisierung vieler Projekte determiniert wurde von:

- noch ausstehenden Zuwendungsbescheiden des Landes
- noch einzuholenden Durchführungsbeschlüssen
- den sich aus der vorläufigen Haushaltsführung ergebenden Restriktionen.

Deshalb wird sich systembedingt aus ihrer Sicht das Problem mangelnder Realisierung von Investitionsvorhaben auch künftig nicht vermeiden lassen. Dies gilt umso mehr, als es zur Umsetzung von geförderten Baumaßnahmen zunächst immer einer Darstellung in den Haushaltsplänen bedarf.

Eine abschließende Lösung der Problematik zeichnet sich nicht ab.

Die größten Abweichungen zwischen den geplanten und den tatsächlich verausgabten Summen entstanden wieder bei den Unterabschnitten: 6010, 6150, 6301, 6303, 6304, 6305 und 6600.

Nennenswerte Planabweichungen von insgesamt rund 29 Mio. € ergaben sich bei den nachstehenden Maßnahmen:

UA 6010

Weiterleitung der Kredite an den Eigenbetrieb GMW

Sammelposition aus Maßnahmen des Investitionsplanes. Projekte konnten wegen veränderter oder noch offener Beschlusslagen z.T. nicht in Angriff genommen werden

UA 6150

Zukunftsinvestitionen im Rahmen der Regionale 2006

Nicht in Anspruch genommener Reservebetrag. Die Beschlussfassung zur Budgetaufteilung der Regionaleprojekte erfolgt erst im Jahr 2003

UA 6301

Ausbau und Neubefestigung von
Gemeindestraßen

Fehlende Personalkapazitäten und umfangreiche Koordinierungen mit den WSW sowie keine konkret geplanten Projekte

UA 6303

Begleitmaßnahmen für den ÖPNV

Unrealistischer Mittelabfluss aufgrund fehlender Personalkapazitäten und Durchführungsbeschlüsse

Radweg Farbmühle/ Unterdörnen

Ausstehender Zuwendungsbescheid des Landes

Umgestaltung des Kirchplatzes Calvinstraße

Zeitliche Verzögerung. Planungsleistungen wurden noch nicht abgerechnet. Beginn der Baumaßnahme war Anfang 2003

UA 6304

Neubau der Brücke Albertstr.

Unrealistischer Mittelabfluss aufgrund fehlender Personalkapazitäten

Instandsetzung von gem. EkrG übernommenen Brücken

Unrealistischer Mittelabfluss aufgrund fehlender Personalkapazitäten

UA 6305

Ausrüstung von LZA für ÖPNV-Beeinflussung

Verzögerung durch die Einführung modifizierter und umfangreicher Ausschreibungsverfahren

UA 6600

Ausbau der Remscheider Straße

keine Kostenanpassung

Planung und Umgestaltung des Döppersberg

Verzögerte Beschlussfassung aufgrund noch nicht sichergestellter Gesamtfinanzierung

UA 6010 Gebäudemanagement Wuppertal

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	5.204.950	-2.692.348	-151,7	12.703.612	-121,2
Differenz	-5.204.950	2.692.348		-12.703.612	

Im Vermögenshaushalt 2002 wurden am Anfang des Jahres Mittel zur Weiterleitung an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement über 22.735.561 € (VJ: 40.290.614 €) bereit gestellt. Es handelt sich um Sammelpositionen für noch nicht begonnene, aber in den Investitionsplan eingestellte Projekte und für noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen des Vermögenshaushaltes früherer Jahre. Von dem Budget wurden während der Haushaltsperiode 4.053.328 € wieder abgesetzt. Die verbliebene Summe war für weiterzuleitende Kreditmittel in Höhe von 16.954.522 € (Vorjahr: 27.687.289 €) und für Haushaltsreste zur Abwicklung von Baumaßnahmen in Höhe von 1.727.711 € (VJ: 12.603.325 €) bestimmt.

Die tatsächliche Inanspruchnahme der Mittel durch das GMW belief sich letztlich auf 6.890.606 € (= 37%). Am Ende des Berichtsjahres standen so noch nicht verbrauchte Mittel in Höhe von rund 11,8 Mio. € zur Verfügung, von denen rund 8 Mio. € in das Jahr 2003 übertragen wurden. Mit einem vollständigen Abfluss dieser Mittel kann auch im kommenden Haushaltsjahr nicht gerechnet werden.

Die Positionen wurden im UA: 6010 gebildet, um einerseits eine Bereinigung des Vermögenshaushaltes von Einzelmaßnahmen, die in die Zuständigkeit des GMW fallen, zu erwirken. Andererseits wurde damit der Forderung der Aufsichtsbehörde Rechnung getragen, den Finanzbedarf für das Gebäudemanagement im Haushalt darzustellen. Aus diesem Grund wird der Kreditbedarf des GMW auch in der Haushaltssatzung ausgewiesen. Die Stadt nimmt die Kredite auf und leitet sie an den Betrieb weiter. Das GMW erstattet den von der Stadt vorgeleisteten Schuldendienst (vgl. UA: 9100).

Das Rechnungsergebnis 2002 ist negativ, weil Teilabsetzungen auf den im Vorjahr gebildeten, dort rechnungswirksam gewordenen Haushaltsrest eine (negative) Korrektur des Vorjahresergebnisses bewirken.

Die Investitionsmaßnahmen konnten wegen veränderter oder noch offener Beschlusslagen bzw. anderer Prioritätensetzung z.T. nicht in Angriff genommen werden. In diesem Zusammenhang sei beispielhaft auf die Projekte Schwimmbad, Gartenhallenbad Langerfeld und Gymnasium Bayreuther Str. hingewiesen.

UA 6100 Stadtentwicklung und -planung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001		Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	DM	€	%
Einnahmen	204.500	0	0,0	0		0,0
Ausgaben	276.100	52.191	-81,1	307.200	157.069	-83,0
Differenz	-71.600	-52.191		-307.200	-157.069	

Für die einzige Einnahme – Haushaltstelle des Vermögenshaushaltes sind wie im Vorjahr keine Einnahmen zu verzeichnen. Die Förderfähigkeit des Projektes „Lebensader Wupper“ steht in Abhängigkeit zur Regionaleförderung des Landes.

Da keine Zuschüsse für Maßnahmen zu diesem Thema geflossen sind, entstanden auch keine Ausgaben, weitere Grundstücksankäufe wurden nicht getätigt.

UA 6150 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.464.850	1.293.057	-11,7	207.073	524,4
Ausgaben	2.224.550	1.516.057	-31,8	207.002	632,4
Differenz	-759.700	-223.000		71	

Haushaltsansatz und Rechnungsergebnis stiegen im Berichtsjahr im UA: 6150 deutlich.

Das beruhte bei der Ansatzplanung 2002 auf den hier als Teilpauschale berücksichtigten Eigenanteile für noch nicht näher spezifizierte Projekte der Regionale 2006. Das Rechnungsergebnis 2002 enthielt jedoch wegen fehlender Durchführungsbeschlüsse noch keine rechnungswirksamen Zahlungen für solche Regionaleprojekte. Die Tatsache, dass das RE im Berichtsjahr dennoch relativ hoch lag, ist auf die Zuschussgewährungen im Rahmen der Städtebauförderung für Umbaumaßnahmen am Fabrikationsgebäude Charlottenstraße und für die Umnutzung des Baudenkmals Kreuzkirche zurück zu führen. Es handelte sich dabei um Zuschüsse für Investitionen Dritter, die bereits im Haushaltsjahr 2000 veranschlagt worden waren und auf der Grundlage der Städtebauförderungsrichtlinien bewilligt wurden. Die komplementäre Landesförderung in Höhe von 70 % bzw. 80 % der anerkannten Kosten wurde über den städtischen Haushalt an die Investoren weitergeleitet.

Die nach dem Landeshaushaltsrecht vorgesehene Vereinnahmung der Zuschüsse durch die Stadt vor ihrer Weiterleitung bewirkte gegenüber dem Vorjahr eine entsprechende Einnahmesteigerung.

UA 6220 Förderung des Wohnungsbaues aus gemeindlichen Mitteln

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	488.100	1.160	-99,8	576.211	-99,8
Ausgaben	150.000	0	0,0	20.452	0,0
Differenz	338.100	1.160		555.759	

Neben der Wohnungsbauförderung aus Landesmitteln wurden auch Aufwendungs-subventionen aus Haushaltsmitteln über den Unterabschnitt 6220 gewährt (Aufwendungsbeihilfen und vormals auch „Baudarlehen“). Ab 1997 werden Neuanträge mit diesen Mitteln grundsätzlich nicht mehr gefördert, sondern nur noch in begründeten Ausnahmefällen Aufwendungsbeihilfen mit Zustimmung des Kämmers und des Stadtentwicklungsausschusses gewährt.

Die Tilgung der Darlehen wird im Vermögenshaushalt des UA: 6220 und die Zinserträge aus den Darlehen werden im Verwaltungshaushalt desselben Unterabschnittes verbucht.

B/7 Die Tilgung und Verzinsung der aus gemeindlichen Mitteln gewährten Wohnungsförderungsdarlehen wurde im Berichtsjahr nicht zum Soll gestellt.

Es handelt sich um einen Verstoß gegen § 42 (1) GemHVO. Nach dieser Vorschrift sind alle Beträge, die bis zum Ende des Jahres fällig geworden sind, als Soll- Einnahmen des Haushaltsjahres nachzuweisen. Geschieht dies nicht, fehlt die Grundlage für die Berechnung des Abschlussergebnisses; die Beträge gehen nicht in den Jahresabschluss und die darauf aufbauende Finanzplanung ein, gleichgültig, ob sie tatsächlich, wie hier geschehen, vereinnahmt wurden (Ist- Einnahmen).

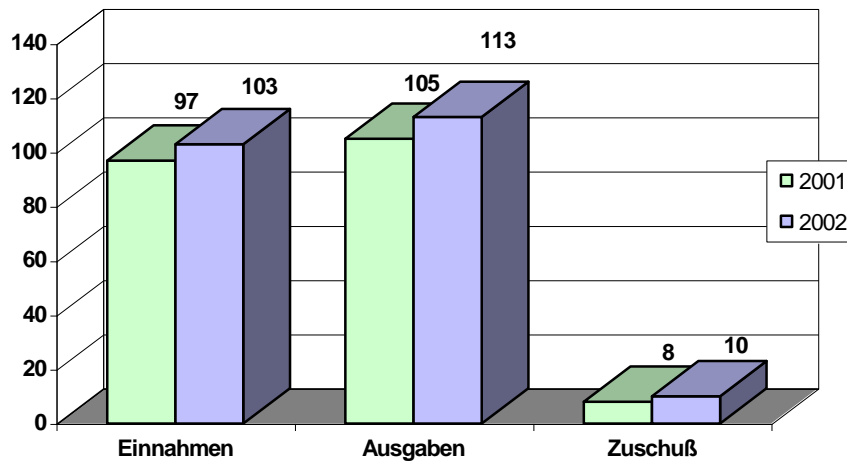
Die Größenordnung der dadurch nicht für die Jahresrechnung relevant gewordenen Einnahmen beläuft sich in Anlehnung an das Vorjahresergebnis auf ca. 750 T€. Hintergrund der fehlenden Sollstellung durch das Ressort: 403 ist eine Schnittstellenproblematik im Zuge der Umstellung der Darlehensverwaltung auf das Softwareprodukt Kommlnform. Erschwerend kam noch hinzu, dass ab Juli 2002 die für die Darlehensverwaltung zuständige Stelle im Team Vermögensmanagement des Finanzressorts vakant war.

Die Sollstellung war bis Mitte: 2003 noch nicht erfolgt. Nach Auskunft von R 403 wird inzwischen der Missstand bereinigt.

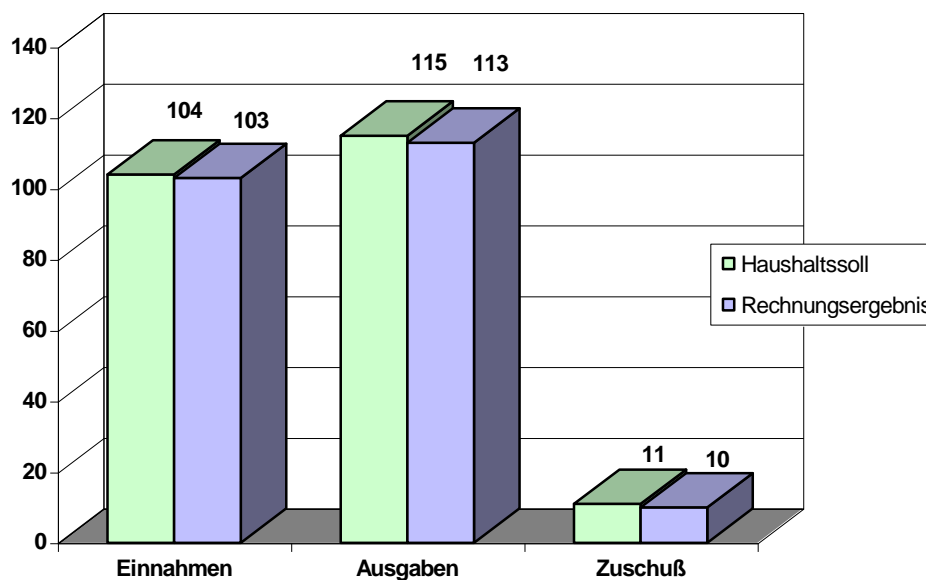
5.7 Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

5.7.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



Die Entwicklung dieses Einzelplanes wird durch die Abläufe in den UA 7000 - Stadtentwässerung und 7200 - Abfallwirtschaft bestimmt. Auf die Erläuterungen zu diesen UA wird verwiesen.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 7000 Stadtentwässerung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Einnahmen	75.325.050	74.482.925	-1,1	68.944.929	8,0
Ausgaben	81.287.735	79.669.300	-2,0	73.409.763	8,5
Differenz	-5.962.685	-5.186.375		-4.464.834	

Die **Einnahmeseite** wird fast ausschließlich durch die Gebühreneinnahmen und die Verrechnungen des von der Gemeinde zu tragenden Teils der Regenwassergebühren für die Entwässerung öffentlicher Verkehrsflächen bestimmt. Der Anstieg der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Gebührenerhöhung zum 01.01.02.

Auf der **Ausgabenseite** stellen die Entgeltzahlungen an die WSW AG aus dem Entsorgungsvertrag sowie die Beitragszahlungen an die Wasserverbände und die kalkulatorischen Kosten für das im städtischen Eigentum verbliebene Kanalvermögen insgesamt rd. 96 % des Gesamtvolumens.

Hauptursache für die Ausgabensteigerungen gegenüber dem Vorjahr waren

Position	Mio. €
Entgeltzahlungen an die WSW AG (Entsorgungsvertrag)	5,451
Kalkulatorische Kosten	2,328

Die Steigerung der kalkulatorischen Kosten für das städt. Kanalvermögen wurde durch eine Neubewertung des Vermögens verursacht.

UA 7200 Abfallwirtschaft

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Einnahmen	27.222.200	27.141.633	-0,3	26.748.961	1,5
Ausgaben	26.382.157	26.029.748	-1,3	26.819.108	-2,9
Differenz	840.043	1.111.885		-70.147	

Die Abfallbeseitigungsgebühren sind im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,3 % gestiegen.

Die Nachkalkulation für das Jahr 2000 endete mit einem Fehlbetrag von rd. 1,39 Mio. €, verursacht durch die sprunghaften Mengensteigerungen nach der Wiedereinführung der regelmäßigen Abfuhrtermine bei der Sperrmüllabfuhr zu Beginn des Jahres 2000. Der Ausgleich dieses Fehlbetrages wurde entsprechend § 6 des Kommunalabgabengesetzes auf die Jahre 2002 und 2003 verteilt. In die Gebührenkalkulation des Jahres 2002 ist ein Ausgleichsanteil von 840.000 € eingeflossen. Trotz dieser zusätzlichen Belastung fiel die Steigerungsrate bei den Gebühren vergleichsweise moderat aus, weil auch in diesem Jahr ein Teil der Einnahmen aus dem Leasinggeschäft von der AWG zur Dämpfung des Anstiegs der Verbrennungspreise eingesetzt worden ist.

UA 7900 Verkehrsförderung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	562.750	423.953	-24,7	208.371	103,5
Ausgaben	1.005.648	1.096.997	9,1	893.600	22,8
Differenz	-442.898	-673.044		-685.229	

In diesem Unterabschnitt sind insbesondere Mittel veranschlagt, die der positiven Weiterentwicklung der Stadt Rechnung tragen sollen. Insbesondere Einnahmen und Ausgaben für Werbemaßnahmen und Sonderveranstaltungen.

Die positive Entwicklung der Einnahmen entstand zum einen durch Mehreinnahmen aus Touristischen Sonderfahrten (rd. 40 T-Euro), zum anderen aus der Einbeziehung dieses UA in die Steuerungsumlage.

Um der Anforderung der konzeptionellen Weiterentwicklung des Stadtmarketings für Wuppertal noch gerechter zu werden, wurde zum 01.03.01 ein neues Ressort „Stadtmarketing und Wirtschaftskommunikation (003)“, gegründet und der gesamte Unterabschnitt 7900 diesem Ressort zugeordnet.

Durch Verlagerung von Aufgabenbereichen mit dem entsprechenden Personal in dieses neue Ressort war auch die haushaltmäßige Darstellung von Personal- und Sachkosten neu zu ordnen, was bei diesem UA beim Rechnungsergebnis 2002 zu höheren Ausgaben im Bereich von Personal- und Personalnebenkosten führte.

UA 7910 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2001/ Ansatz 2001	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	180.806		230.943	-21,7
Ausgaben	4.625.300	4.639.924	0,3	2.683.839	72,9
Differenz	-4.625.300	-4.459.118	-3,6	-2.452.896	81,8

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Zuschuss um rd. 2,0 Mio. Euro.

Die Verwaltung und Verwertung der Bestandsimmobilien erfolgt nunmehr in der „Gewerbeimmobilien GmbH“, für deren Leistungen im Berichtsjahr ein Zuschuss in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro gewährt wurde. Dieser Zuschuss beinhaltet neben der Abdeckung eines Fehlbetrags aus nicht aufwanddeckender Objektbewirtschaftung (rd. 1,3 Mio. Euro) auch Bauunterhaltungs-/Instandhaltungsmittel in Höhe von rd. 1,2 Mio. Euro.

Der kaufmännische Jahresabschluss 2002 der Gewerbeimmobilien GmbH liegt noch nicht vor.

Mit Ausgründung des Geschäftsbereichs „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung“ aus der Wuppertal GmbH werden diese Kerngeschäftsfelder nunmehr in der neuen Gesellschaft „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH“ wahrgenommen.

Der „Wirtschafts- und Beschäftigungsgesellschaft Wuppertal mbH“ wurde ein Betriebskostenzuschuss von rd. 2,1 Mio. Euro gewährt, darunter 460 T-Euro für Beschäftigungsförderungsmaßnahmen Dritter.

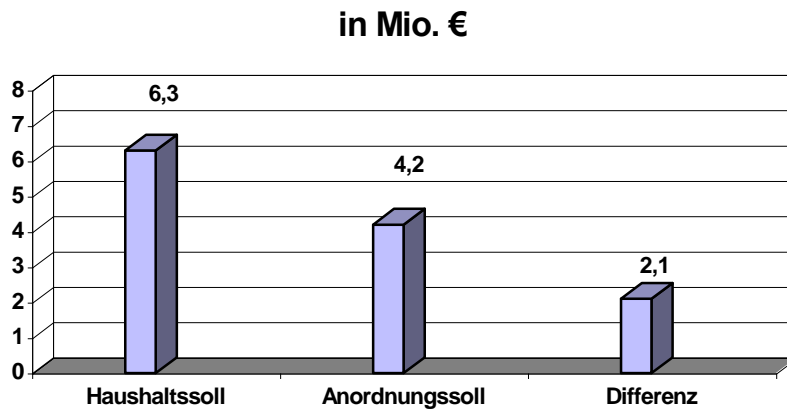
Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2002 durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft liegt vor und ist im Ausschuss für Beteiligungssteuerung am 16.07.2003 beraten worden.

Die wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich nicht in der kameralen Darstellung wider (z. B. wegen zeitlich versetzter Zahlungen), sondern in dem jeweiligen kaufmännischen Jahresabschluss.

5.7.2 Vermögenshaushalt

Grafik zur **Tabelle 1**:

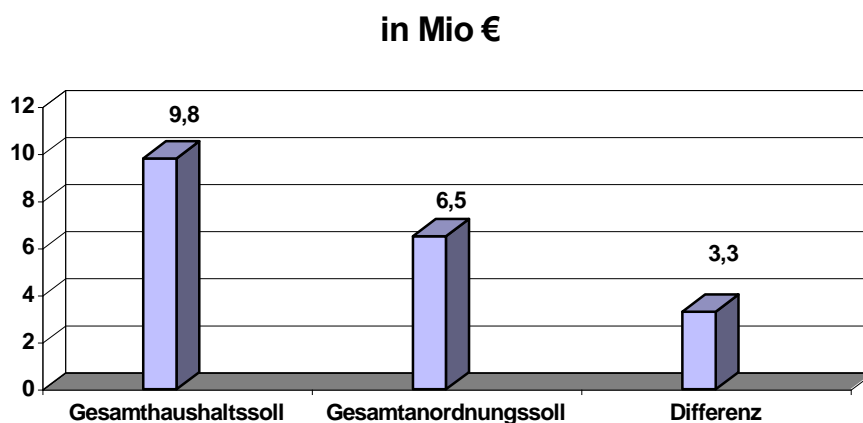
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 67,5 % (2001 = 11,8 %).

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 66,4 % (2001 = 25,9 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
7000 Stadtentwässerung	5.691.200	3.869.612	1.821.588	68,0
7010 Bedürfnisanstalten	0	0	0	0,0
7200 Abfallwirtschaft	500.000	378.134	121.866	75,6
7500 Friedhöfe	1.350	0	1.350	0,0
7910 Wirtschafts- und Beschäftigungsförde- rung	102.250	0	102.250	0,0
Summe EP	6.294.800	4.247.746	2.047.054	67,5

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
7000 Stadtentwässerung	9.221.220	6.149.632	3.071.588	66,7
7010 Bedürfnisanstalten	0	0	0	0,0
7200 Abfallwirtschaft	500.000	378.134	121.866	75,6
7500 Friedhöfe	1.350	0	1.350	0,0
7910 Wirtschafts- und Beschäftigungsförde- rung	102.250	0	102.250	0,0
Summe EP	9.824.820	6.527.766	3.297.054	66,4

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

Die Situation in diesem Einzelplan wird fast ausschließlich durch die finanzielle Entwicklung im **UA 7000 – Stadtentwässerung** – bestimmt.

Die Aufgaben der Stadtentwässerung wurden insgesamt auf die WSW AG übertragen. Daher haben die Maßnahmen, die noch im Unterabschnitt 7000 des Vermögenshaushaltes dargestellt werden, nur einen geringen Anteil am Gesamtinvestitionsvolumen. Die Entgeltzahlung der Stadt an die WSW AG erfolgt aus dem Verwaltungshaushalt. Die Höhe des Investitionsvolumens im Unterabschnitt 7000 des Vermögenshaushaltes muss vor diesem Hintergrund eingestuft werden.

Zu diesen Maßnahmen gehören die Kanalbauprojekte in dem Teil des Netzes, der im städt. Eigentum verblieben ist sowie die Herstellung von Kanalhausanschlüssen. Die Realisierung wird jährlich vom Rat der Stadt in Abstimmung mit der WSW AG beschlossen.

Einnahmen

7000-353.0281.4 **Beiträge nach § 8 KAG für Grundstücksentwässerungsanlagen**

B/8 **Im Haushaltsjahr 2002 wurden keine Kanalhausanschlussbeiträge nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erhoben.**

Im Vergleich zu den Rechnungsergebnissen der Jahre 2000 und 2001 erscheint das Verwirklichen des Haushaltsansatzes für 2002 in Höhe von rd. 1,022 Mio. € realistisch. Der Stadt sind somit erhebliche Einnahmeausfälle entstanden.

Die Fachdienststelle erklärt dazu, dass der zuständige Sachbearbeiter längerfristig erkrankt und daher in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden sei. Auf Grund der personellen Situation sei ein ressortinternes Gegensteuern nicht möglich gewesen. Daher konnten die bereits vorbereiteten Bescheide nicht mehr im Jahr 2002 versandt werden.

Ausgaben

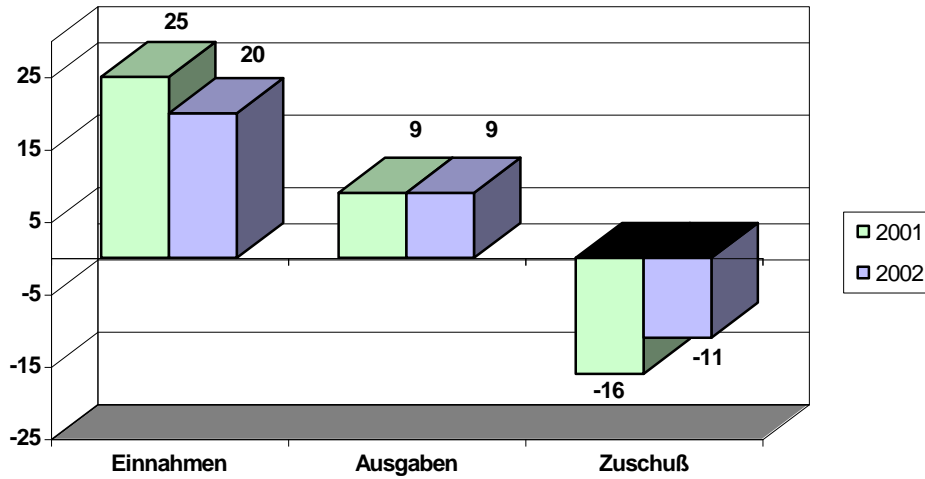
Die Realisierungsgrade haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert.

Auslöser für diese Entwicklung war zum Einen auf städtischer Seite die Annäherung der Haushaltsansätze und der Haushaltsreste (HR) an die tatsächlichen Abläufe der letzten Jahre. Zum Anderen hat die WSW AG zusätzliches Personal für die Abwicklung von Baumaßnahmen in dem im städtischen Eigentum stehenden Teil des Kanalnetzes eingesetzt um eine zeitnähere Abrechnung zu gewährleisten.

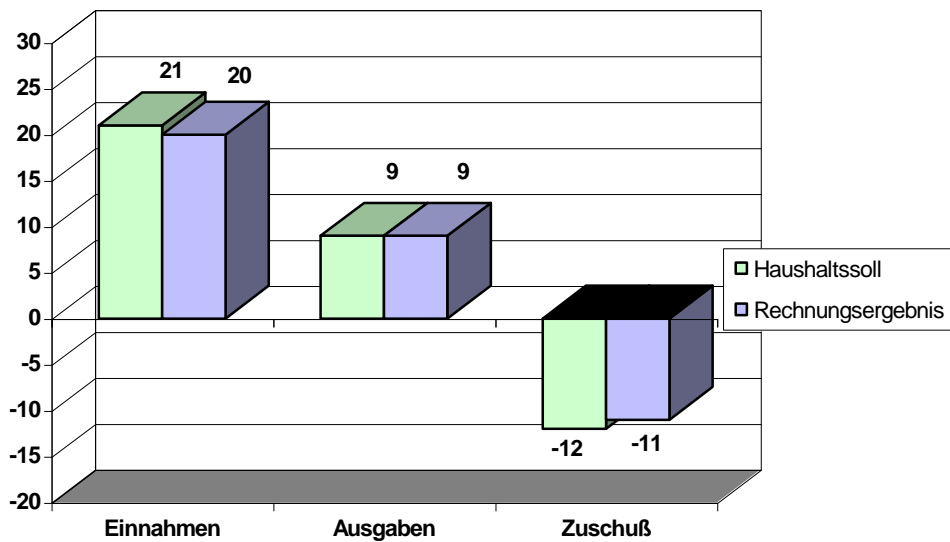
5.8 Einzelplan 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen

5.8.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

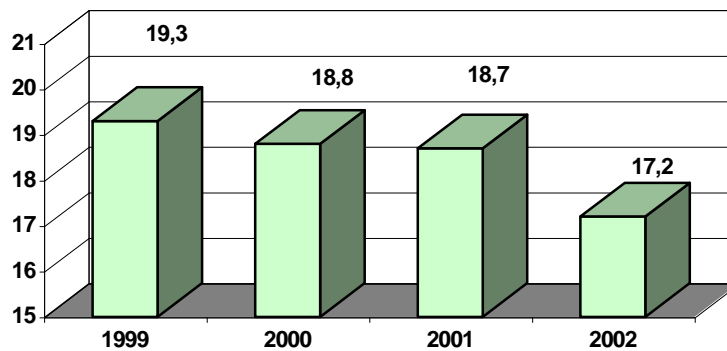
UA 8300 Wuppertaler Stadtwerke AG

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	17.460.600	17.213.420	-1,4	18.694.992	-7,9
Ausgaben	0	0	0,0	0	0,0
Differenz	17.460.600	17.213.420		18.694.992	

Einzelaspekte:

8300-221.0000.2 Konzessionsentgelte

Entwicklung der RE in Mio. €



Es wurden Konzessionsentgelte in folgender Höhe abgerechnet:

Versorgungs- sparte	Abnehmer	KA- Satz Pf/kWh	Haushaltsjahr 2001		Haushaltsjahr 2002
			TDM	T-EURO	T-EURO
Strom	Tarifvertragskunden				
	- allgemein	3,91	27.367	13.993	12.503
	- Schwachlast	1,20	201	103	151
	- Durchleitung	3,91	412	211	176
	Sonderabnehmer				
	- allgemein	0,22	662	318	484
	- Durchleitung	0,22	192	98	62
Gas	Tarifvertragskunden	1,52	780	399	363
	Sonderabnehmer	0,06	1.255	642	691
Wasser	Tarifvertragskunden	6,25%	5.846	2.989	3.026
	Sonderabnehmer	1,5%	164	84	81
Summe			36.879	18.856	17.538

Die Verringerung der Konzessionsabgabe um rd. 1,5 Mio. € resultiert aus Absatzeinbrüchen bei den Elektrizitätslieferungen an Tarifkunden.

UA 8420 Stadthalle

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	839.350	600.219	-28,5	3.129.778	-80,8
Ausgaben	4.326.300	4.414.366	2,0	4.291.810	2,9
Differenz	-3.486.950	-3.814.147		-1.162.032	

Der Betrieb „Stadthalle“ wird seit Januar 1997 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Sie firmiert seitdem als Stadthalle Wuppertal Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH.

Der Jahresabschluss der GmbH wird durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft. Für das Geschäftsjahr 2002 ist diese Prüfung bisher noch nicht erfolgt.

Im Unterabschnitt 8420 des städtischen Haushalts werden Einnahmen und Ausgaben verbucht, die von der Stadt Wuppertal bezüglich des Betriebes der Stadthalle abgewickelt werden.

Betriebskostenzuschuss an die GmbH

2002 wurden aus der Haushaltsstelle 8420-716.0000.6 EUR 920.350 an die GmbH gezahlt. Dies entsprach dem Haushaltsansatz 2002.

Nach dem Gesellschaftsvertrag übernimmt die Stadt Wuppertal einen sich ergebenden Fehlbetrag bis zur Höhe von 1.500.000 DM (= 766.938 €). Über die Übernahme darüber hinausgehender Fehlbeträge entscheidet die Gesellschafterversammlung.

Durch Beschluss des Rates vom 09.11.1998 wurde die jährliche Zuschusshöhe ab 1998 auf 1,8 Mio. DM bzw. 920.325 € festgelegt. Diese Bezuschussung wurde seit dem nicht mehr erhöht. Gemäß Verwaltungsvorschlag beinhaltet der Zuschuss ab 2002 auch die Erstattung von Personalkosten für Hausmeistertätigkeit der Stadthallen- GmbH für die Stadt.

Darüber hinaus wurde bei der Außerplanstelle 8420-715.0100.6 einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 178.000 € zugestimmt. Der Mehrbetrag berücksichtigt die Gebühren für die Erbringung der technischen Dienstleistungen für Jahre 1997 bis 2001.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen für das Jahr 2000 ist aufgefallen, dass das Personal der Stadthallen-GmbH seit Gründung der Gesellschaft technische Dienstleistungen erbringt, die gemäß Pachtvertrag in den Zuständigkeitsbereich des Verpächters, also der Stadt Wuppertal, fallen (Hausmeistertätigkeit). Diese Personalkosten müssen von der Stadt erstattet werden. Dies sind pro Jahr rd. 30.700 € zzgl. Umsatzsteuer (= 35.650 €). Für die vergangenen Jahre 1997 bis 2001 summiert sich dies auf insgesamt rd. 178.000 €.

UA 8710 Konzessionsentgelte (Anschlagwesen / Plakatwerbung)

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001 RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	869.200	967.278	11,3	1.088.771	-11,2
Ausgaben	0	0	0,0	0	0,0
Differenz	869.200	967.278	11,3	1.088.771	-11,2

Zum 01.01.2001 wurden die Werberechte an die Fa. Ströer vergeben. Ausgenommen sind Wartehallen und Citylightboards, für die weiterhin ein Vertrag mit der Deutsche Städte-Medien GmbH (DSM) besteht.

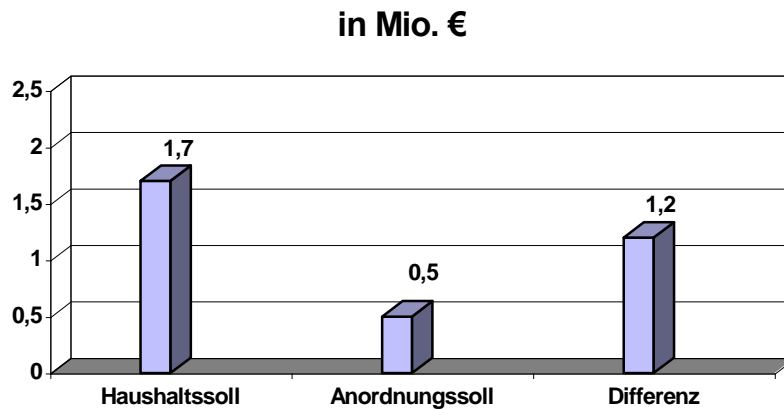
Das Rechnungsergebnis liegt um 98 T-Euro über dem Haushaltsansatz. Der Rückgang des Rechnungsergebnisses 2002 gegenüber dem Haushaltsjahr 2001 liegt darin begründet, dass in 2001 noch die Abrechnung des zum 31.12.2000 gekündigten Hauptwerbenutzungsvertrags mit der DSM erfolgte.

Mit Drucksache VO/1436/03 hat der Rat der Stadt am 02.06.2003 dem Verkauf der DSM-Anteile nach Maßgabe der Drucksache zugestimmt. Gleichzeitig wurde einem Konsortialvertrag zugestimmt, der das Verfahren des Verkaufs regelt.

5.8.2 Vermögenshaushalt

Grafik zur **Tabelle 1**:

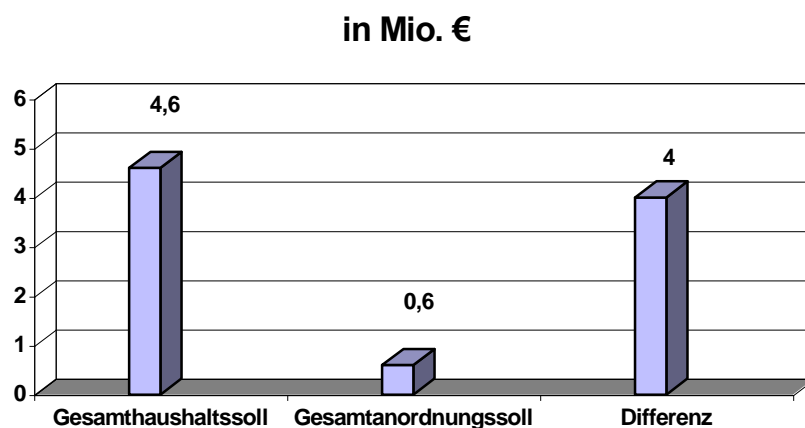
Vergleich des Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 32,9 % (2001 = 17,2 %).

Grafik zur **Tabelle 2**:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgabereste aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich Abgänge auf Haushaltsausgabereste) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll)



Der Realisierungsgrad beträgt 15,6 % (2001 = 15 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
8300 WSW AG	0	0	0	0,0
8420 Stadthalle	50.037	14.513	35.524	29,0
8550 Forstverwaltung	131.300	69.260	62.040	52,7
8800 Wohn- und Geschäfts- grundstücke	10.000	3.495	6.505	35,0
8810 Grundstückswirtschaft	1.723.187	543.246	1.179.941	31,5

Tabelle 2:

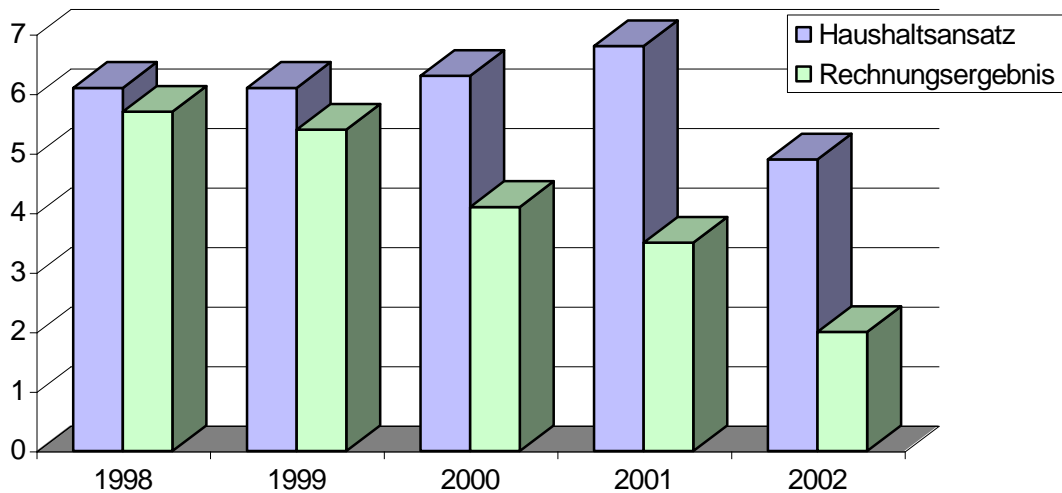
Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
8300 WSW AG	0	0	0	0,0
8420 Stadthalle	72.088	36.564	35.524	50,7
8550 Forstverwaltung	149.793	86.480	63.313	57,7
8800 Wohn- und Geschäfts- grundstücke	60.276	53.771	6.505	89,2
8810 Grundstückswirtschaft	4.649.586	592.204	4.057.382	12,7
Summe EP	4.931.743	769.019	4.162.724	15,6

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten wurden in die folgenden Prüfungsbemerkungen eingearbeitet:

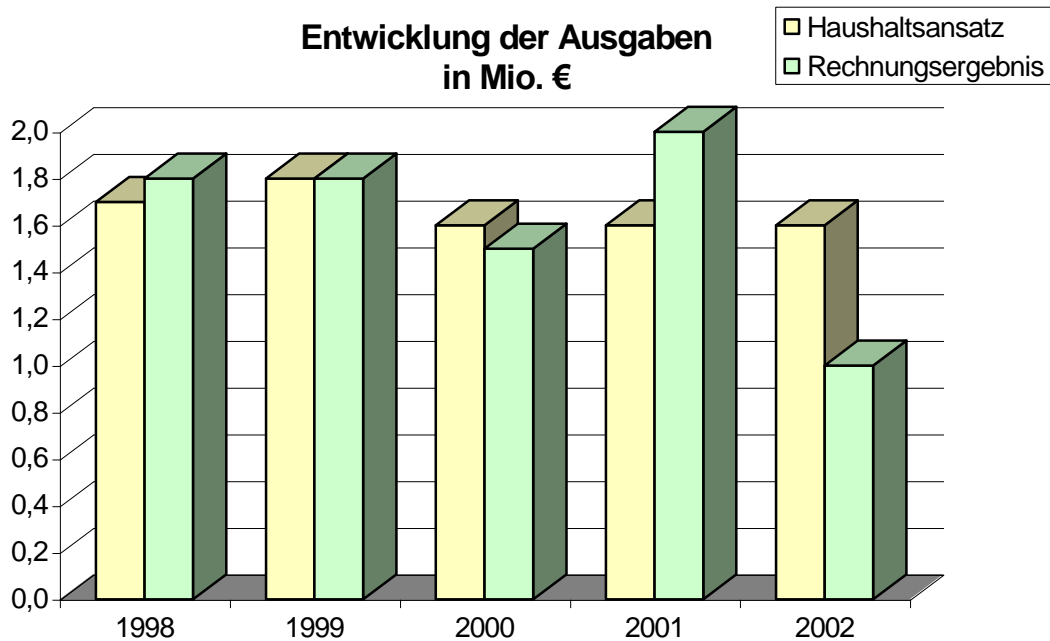
UA 8810 Grundstücksbewirtschaftung

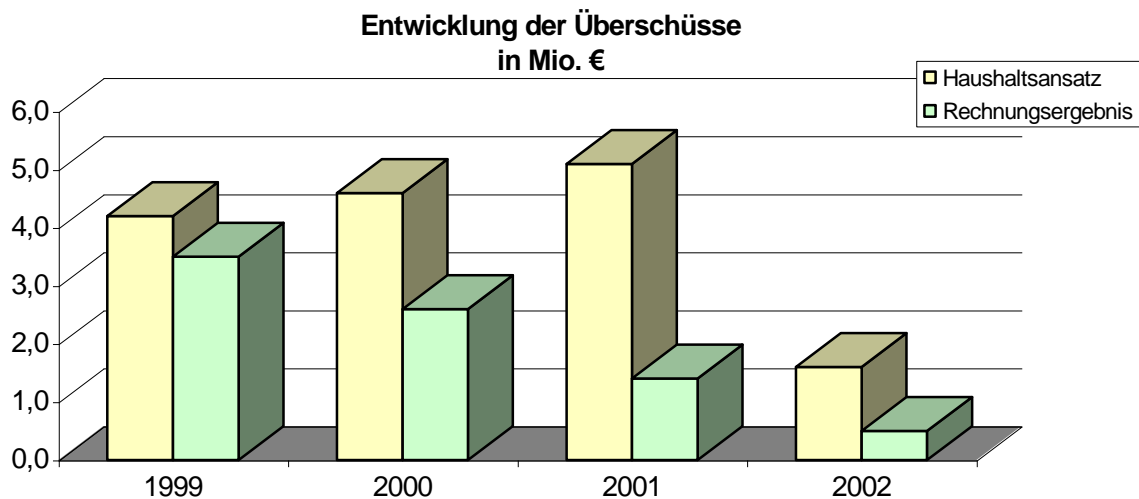
	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	4.858.450	2.003.127	-58,8	3.466.963	-42,2
Ausgaben	1.613.000	1.051.884	-34,8	2.057.966	-48,9
Differenz	3.245.450	951.243		1.408.997	

**Entwicklung der Einnahmen
in Mio. €**



**Entwicklung der Ausgaben
in Mio. €**





Die Bestimmung der Haushaltsansätze im Bereich der Grundstücksbewirtschaftung geht seit 1995 von der Erwartung aus, dass jährlich mindestens rund 5 Mio. € Erlöse aus Grundstücksveräußerungen erzielt werden, obwohl seit nunmehr 5 Jahren ein stetiger Rückgang der Einnahmen auf inzwischen 2 Mio. € zu verzeichnen ist. Die wiederum deutlich negative Abweichung des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Ansatz um 2.855.323 € im Berichtsjahr ist nicht allein auf die schwierige Erlöskalkulation zurück zu führen. Es wäre auch bei der Ansatzplanung zu berücksichtigen gewesen, dass der bebaute städtische Grundbesitz seit 1998 in das Eigentum des GMW übergegangen ist und daraus erzielte Verkaufserlöse nicht dem UA: 8810 zufließen.

Ferner wurde bereits in der Vergangenheit ein erheblicher Teil der lukrativen städtischen Flächen verkauft, so dass der Anteil nicht marktgängiger Liegenschaften kontinuierlich steigt.

Das Scheitern eines Gewerbeverkaufs im Bereich Korzert erforderte ebenfalls eine deutliche Korrektur der Einnahmeerwartung.

Schließlich hat die Fachverwaltung seit 2000 eine darüber hinaus gehende allgemein schwache Nachfrage nach Grundstücken registriert.

Das Rechnungsergebnis aus Verkaufserlösen lag um rund 1 Mio. € niedriger als die Summe der beurkundeten Verkaufsfälle. Das liegt schwerpunktmäßig zum einen an dem erst 2003 zum Soll gestellten Verkauf einer Fläche im Hölken (414 T€) und zum anderen an der Umbuchung eines Kanalanschlussbeitrages aus dem Verkaufserlös für ein Grundstück im Bereich Korzert (467 T€) in den Unterabschnitt : 7000.

Die Zahl der notariell beurkundeten Grundstücksgeschäfte lag mit insgesamt 56 Fällen so niedrig wie noch nie. Die Gesamtfläche der veräußerten Grundstücke reduzierte sich von 85.858 qm im Vorjahr auf 57.880 qm.

42 % der Verkaufsfläche diente der Gewerbeansiedlung. 18 % der Fläche wurde für Wohnbauzwecke und 40 % der Fläche zur Arrondierung oder für sonstige Zwecke verkauft.

Der durchschnittliche Verkaufserlös betrug für:

- Gewerbefläche: 54,- €/ qm
- Wohnungsbau: 127,- €/ qm
- Sonstiges: 17,- €/ qm

Diese Werte liegen unter dem vom Gutachterausschuss vorgestellten Preisspannen aus dem Grundstücksmarktbericht 2002 für Wuppertal.

Es handelt sich zum Teil um subventionierte Projekte im Bereich des Wohnungsbaus (Waldkampfbahn) und der Gewerbeförderung (Korzert).

Von den 56 beurkundeten An- und Verkaufsfällen im Berichtsjahr legte die Verwaltung zwei Vorgänge dem Ausschuss zur Beschlussfassung vor, weil sie aufgrund ihrer Werthöhe nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung zu behandeln waren.

	2000		2001		2002	
Ausschuss	Anzahl	€	Anzahl	€	Anzahl	€
Verkäufe für verschied. Zwecke	2	1.511.355	0	0	0	0
Verkäufe f. Gewerbe/ Industrie	1	741.373	1	1.278.230	1	1.201.535
Ankäufe	0	0	0	0	1	2.127.840
Verwaltung						
Verkäufe	91	3.715.499	84	2.389.176	44	1.825.676
Ankäufe	32	722.238	21	68.943	10	244.375
Verkäufe insgesamt	94	5.968.227	85	3.667.406	45	3.027.211
Ankäufe insgesamt	32	722.238	21	68.943	11	2.372.215

Im Ausgabebereich wurde der Haushaltsansatz in Höhe von rund 1 Mio. € für Grundstücksankäufe, wie schon so häufig in der Vergangenheit, durch die Inanspruchnahme von Haushaltsresten nicht benötigt.

B/9 Der laufende Haushaltsansatz für Grundstücksankäufe wurde durch die Inanspruchnahme von Haushaltsresten erneut nicht benötigt. Es handelt sich um einen permanenten Verstoß gegen § 19 Abs. 1 und § 41 Abs. 2 der GemHVO.

Das Rechnungsergebnis des Berichtsjahres spiegelt die tatsächliche finanzielle Belastung nicht wieder, weil die Zahlungen aus Resten geleistet wurden, die bereits bei der Ermittlung der Rechnungsergebnisse desjenigen Jahres berücksichtigt worden sind, in dem sie gebildet wurden. Die nach § 19 Abs. 1 GemHVO in Verbindung mit dem Ratsbeschluss zu Drucksache Nr. VO/0579/02 erforderliche Unabweisbarkeit

der in dieser Höhe gebildeten Haushaltsreste war nicht gegeben, weil die im neuen Jahr veranschlagten Mittel nicht berücksichtigt wurden.

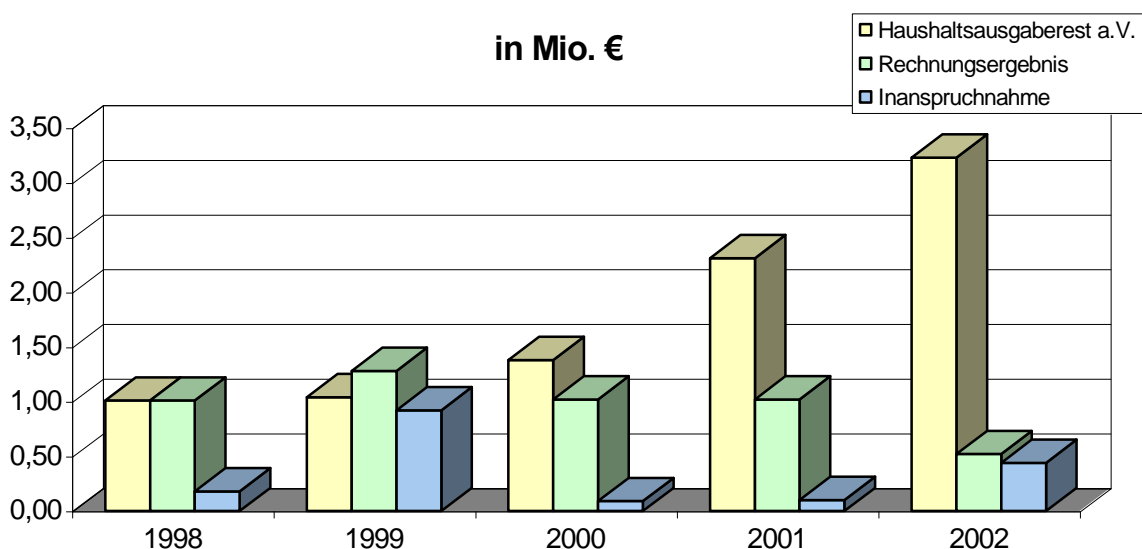
Die vom Rechnungsprüfungsamt seit einem Jahrzehnt in den Berichten über die Prüfung der Jahresrechnung ausführlich beanstandete Veranschlagungspraxis hat sowohl bei Ressort: 105.1 als auch bei Ressort: 403.1 bisher nicht zu einem Umdenkungsprozess geführt. Es hat sich aus der Prüfung der Jahresrechnung ergeben, dass lediglich knapp 45 T€ des Haushaltsrestes und keine laufenden Mittel des Jahres 2002 in Anspruch genommen wurden.

In das Haushaltsjahr 2003 wurden wieder insgesamt Mittel in Höhe von 3,7 Mio. €, trotz der Einwände des RPA, mit der Begründung, sie seien für den Ankauf zweier Grundstücke im Bereich des Güterbahnhofes Vohwinkel sowie für den Ankauf eines Grundstücks für das Gewerbegebiet Bahnstraße erforderlich, übertragen. Bei dieser Übertragung blieb der Aspekt unberücksichtigt, dass im Jahr 2003 noch zusätzliche laufende Mittel aus dem Haushaltsansatz in Höhe von rund 1 Mio. € zur Verfügung stehen, so dass eine Übertragung von 2,7 Mio. € genügt hätte.

Ressort: 403 rechtfertigt die Übertragung damit, dass die laufenden Mittel aus dem Haushaltsansatz nicht auf die Restermittlung angerechnet wurden, weil sonst im Folgejahr keine Gelder für weitere notwendige Ankäufe (z. B. für die Ausübung von Vorkaufsrechten) zur Verfügung gestanden hätten. Der Geschäftsbereich 1.2 ergänzt, dass sich das Problem auch künftig nicht vermeiden lassen wird, um kurzfristigen Handlungsspielraum zu behalten.

Das RPA verweist hingegen auf die Ergebnisse der vergangenen 10 Jahre, wonach ein solcher Fall, dass sowohl Reste als auch laufender Ansatz benötigt wurden, nie eingetreten ist und wiederholt seine frühere Empfehlung, im seltenen Bedarfsfall ab dem nächsten Doppelhaushalt ein überplanmäßiges Verfahren einzuleiten.

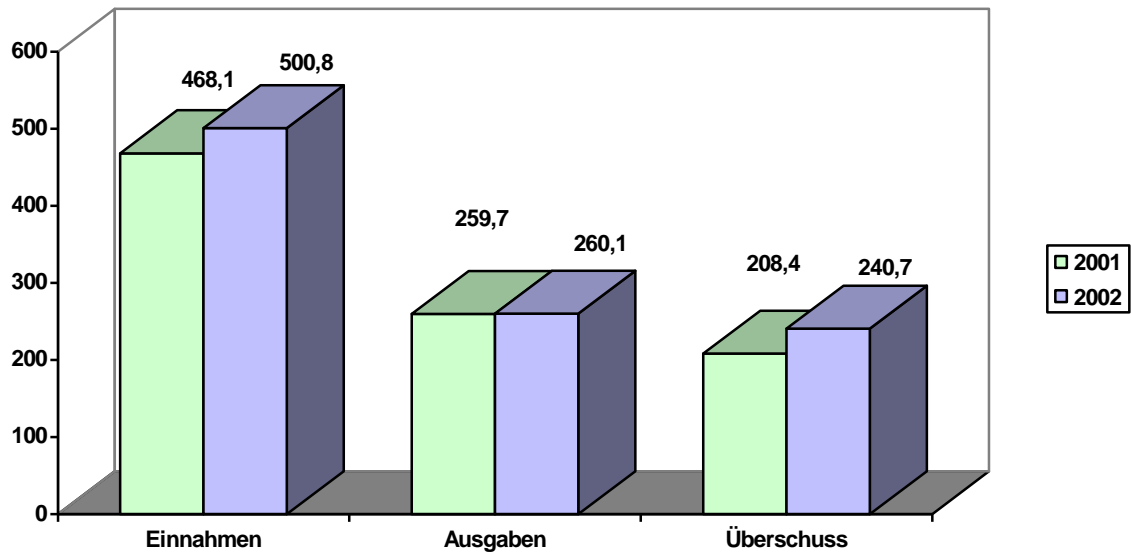
Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die Negativentwicklung zwischen Haushaltsresten, Rechnungsergebnissen und der tatsächlichen finanziellen Inanspruchnahme bei den Mitteln für Grundstücksankäufen aus den letzten 5 Jahren.



5.9 Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft

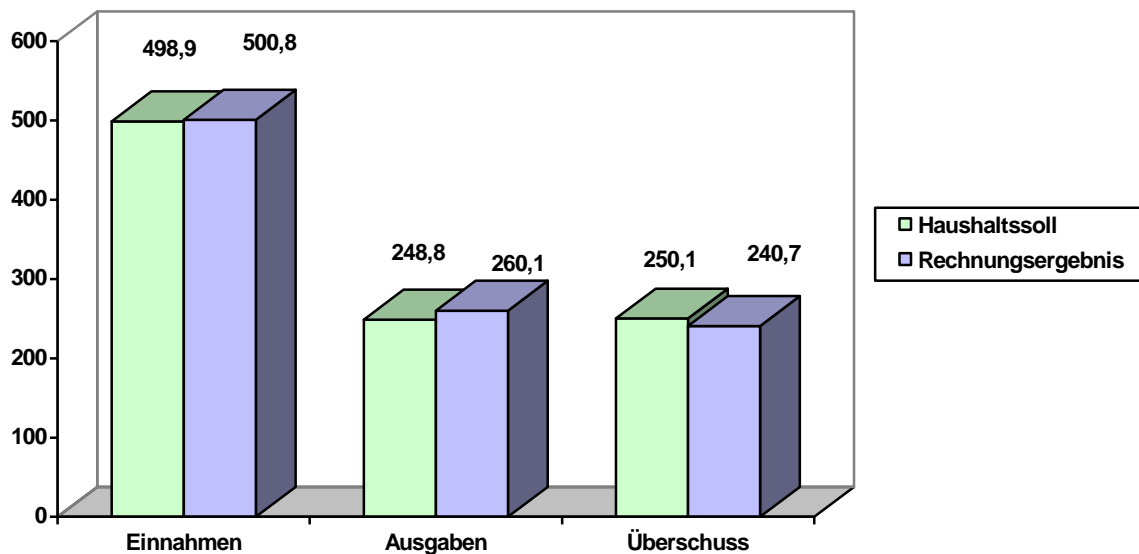
5.9.1 Verwaltungshaushalt

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Der Überschuss beim Einzelplan 9 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 32,3 Mio. €.

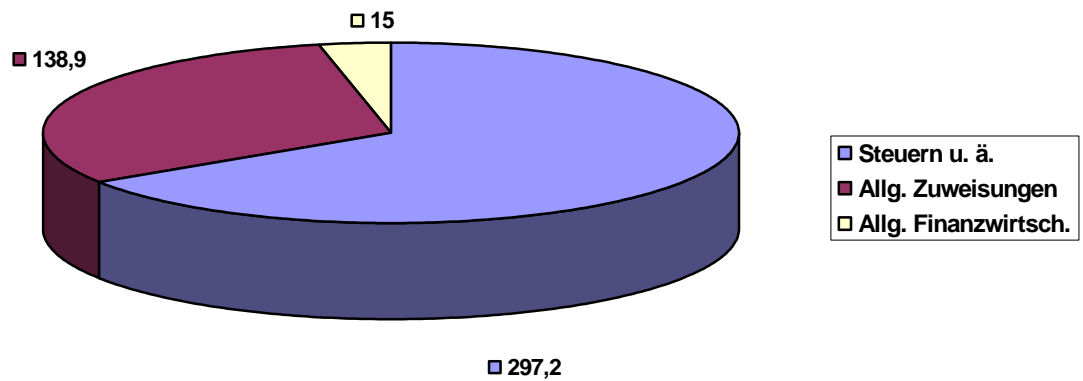
Vergleich des Haushaltssolls 2002 mit dem Rechnungsergebnis 2002 (in Mio. €)



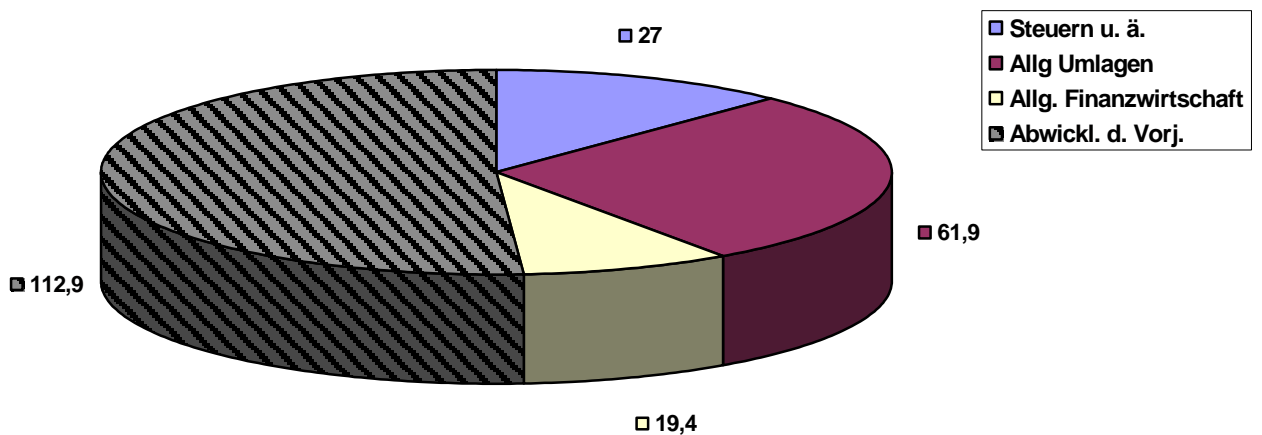
Gegenüber dem Haushaltssoll ist eine Verschlechterung von rund 9,4 Mio. € = 3,76 % eingetreten.

Die wichtigsten Einnahme- und Ausgabeblöcke des EP 9 zeigen folgende Grafiken:

EP 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Einnahmen 2002-
- Mio. € -



EP 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - Ausgaben 2002-
- Mio. € -



Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes

UA 9000 Steuern, Steueranteile und steuerähnliche Einnahmen

	Ansatz 2002 €	RE 2002 €	Differenz RE 2002/ Ansatz2002 %	RE 2001 €	Differenz RE 2001/ RE 2000 %
Einnahmen	308.934.400	297.178.771	- 4	295.728.951	
Ausgaben	23.470.900	27.025.402	+15	22.993.247	+18
Differenz	285.463.500	270.153.369		272.735.704	

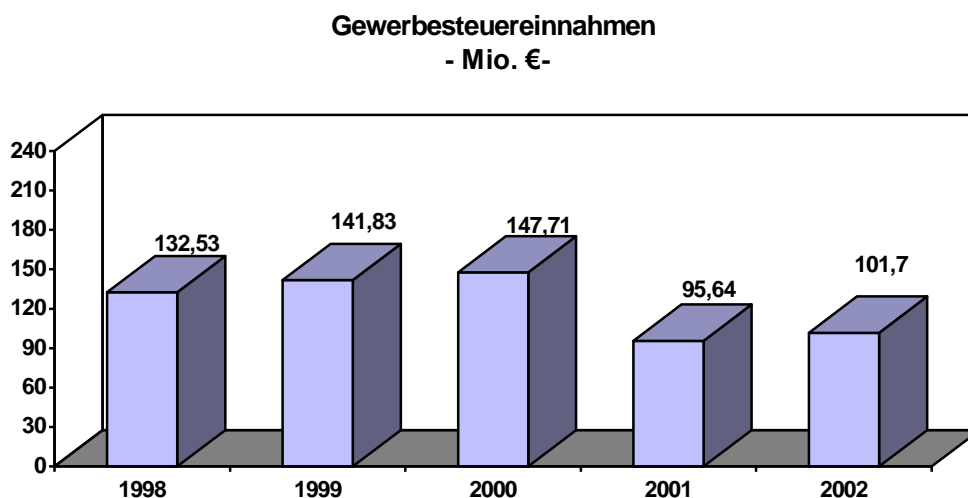
Die **Haupteinnahmequellen** des UA 9000 entfallen auf die Gewerbesteuer, den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich eines Umsatzsteueranteils und die Grundsteuer B.

Einzelaspekte: Bei einer Übersicht über mehrere Jahre sind alle Beträge in Euro umgerechnet!

9000-003.0000.5 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital

Nachdem in 2001 statt der geplanten 154 Mio. Euro letztlich nur rd. 95,64 Mio. Euro erreicht wurden, ist die reduzierte Erwartung von 101 Mio. Euro für das Jahr 2002 erfüllt worden.

Über die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen gibt die folgende Grafik Aufschluss:



9000-001.0000.9 Grundsteuer B

Das Aufkommen betrug im Berichtsjahr rd. 54,1 Mio. Euro und lag damit annähernd beim Vorjahresergebnis.

Mit dem Ergebnis konnten die Erwartungen gemäß Haushaltsplan nicht ganz erfüllt werden.

9000-010.0000.0 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der auf die Gemeinden des Landes NRW entfallende Gemeindeanteil wird nach einem vom Land festgesetzten Schlüssel aufgeteilt. Diese Schlüsselzahlen, die jeweils für drei Jahre (2000, 2001 und 2002) gelten, sind für Wuppertal geringer als in den Jahren zuvor (1997 bis 1999) ausgefallen.

Das Rechnungsergebnis 2002 liegt mit 120,6 Mio. Euro unter dem Rechnungsergebnis des Vorjahres (123,7 Mio. Euro) und auch mit 7,8 Mio. unter dem Haushaltssoll (128,4 Mio. Euro).

9000-011.0000.8 Kompensationsleistungen

Die Zuordnung durch das Land wurde geändert. Die neue Haushaltsstelle 9010-091.0000.8 Leistungen nach dem Familienlastenausgleich wurde bei UA 9010 eingerichtet.

9000-012.0000.6 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Durch den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sollen die Verluste durch den ab 1998 wirksamen Wegfall der Gewerbesteuer ausgeglichen werden. Das Haushaltssoll mit 17,5 Mio. Euro wurde nicht erreicht. Der zugunsten der Stadt Wuppertal errechnete Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer für 2002 betrug rd. 16,7 Mio. Euro.

Sonstige Steuer-Einnahmen des UA 9000:

Steuerart	RE 2002 €	Ansatz 2002 €	RE 2001 €
Grundsteuer A	95.017	100.200	92.961
Lohnsummensteuer	689	0	1.150
Vergnügungssteuer für Vorführung von Bildstreifen	54.409	53.700	39.606
Sonstige Vergnügungssteuer	1.732.254	1.840.650	1.717.299
Hundesteuer	1.398.217	1.482.750	1.316.596
Jagdsteuer	14.031	14.300	14.543

Erläuterungen:

Der Hebesatz der **Grundsteuer A** wurde im Berichtsjahr nicht angehoben. Bei den anderen Steuereinnahmen ergaben sich nur geringfügige Abweichungen.

9000-265.0000.0 **Verzinsung von Steuernachforderungen**

Nach den Bestimmungen der Abgabenordnung sind Steuernachforderungen (im kommunalen Bereich bei der Gewerbesteuer) unter bestimmten Voraussetzungen zu verzinsen. Diese Regelung gilt im übrigen auch für Steuererstattungen.

Bei den Nachforderungszinsen wurden Einnahmen von rd. 2 Mio. Euro erzielt. Kas- senreste aus Vorjahren wurden erheblich abgebaut, es mussten aber wieder neue gebildet werden.

Ausgaben

9000-810.0000.3 **Gewerbesteuerumlage**

Die Gemeinden haben gemäß dem Gemeindefinanzreformgesetz eine Gewerbe- steuerumlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens zu entrichten. Die Ausgaben für 2002 liegen mit rd. 16,5 Mio. Euro um 1,5 Mio. Euro über dem An- satz.

9000-811.0000.1 **Fonds Deutsche Einheit (Anteil Gewerbesteuer- umlage)**

Neben der Gewerbesteuerumlage müssen die Gemeinden einen Teil der Gewerbe- steuereinnahmen an den Fonds Deutsche Einheit abführen. Gleichzeitig haben sich die Gemeinden ab 1995 an den Kosten aus der Neuregelung des Länderfinanzaus- gleichs zu beteiligen.

Das RE 2002 liegt bei rd. 8,8 Mio. Euro mit 1,9 Mio. Euro über dem Haushaltsansatz.

9000-845.0000.9 **Verzinsung von Steuererstattungen**

Für die Verzinsung von Steuererstattungen (Bereich Gewerbesteuer) gemäß der Ab- gabenordnung mussten im Berichtsjahr rd. 1,6 Mio. Euro verausgabt werden.

UA 9010 Allgemeine Zuweisungen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Einnahmen	139.503.100	138.935.504		127.460.658	9
Ausgaben	2.872.000	2.871.061		1.284.553	124
Differenz	136.631.100	136.064.443		126.176.105	-

Einzelaspekte:**9010-041.0000.3 Schlüsselzuweisungen**

2001 erhielt die Stadt Wuppertal gemäß Gemeindefinanzierungsgesetz rd. 116,98 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen. Für 2002 wurden rd. 128,5 Mio. Euro veranschlagt und ausgezahlt.

Nach den Regelungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes erhielten die Gemeinden 2002 wie bereits im Vorjahr 90 % des Unterschiedsbetrages zwischen der „Ausgangsmesszahl“ („Grundbetrag“ vervielfältigt mit dem „Gesamtansatz“, der sich wiederum aus Einwohnerzahl, Schülerzahl etc. errechnet) und der „Steuerkraftmesszahl“.

Der Ausgleichsbetrag nach dem Solidarbeitragsgesetz beträgt für 2002 rd. 2,8 Mio. Euro.

9010-091.0000.8 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich

früher 9000-011.0000.8 Kompensationsleistungen

Die Zuordnung durch das Land wurde 2000 geändert.

Den Gemeinden wird ab 1996 zum Ausgleich ihrer Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ein Umsatzsteueranteil gezahlt (Kompensationsleistung).

2002 belief sich dieser Betrag für Wuppertal, geringfügig niedriger als im Vorjahr, auf rd. 10,3 Mio. Euro.

UA 9020 Allgemeine Umlagen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Ausgaben	62.000.000	61.946.389		61.678.130	

9020-832.0000.3 Landschaftsumlage

Die einzige Haushaltsposition im UA 9020 ist die Landschaftsumlage. Der Haushaltsansatz 2002 betrug 62 Mio. Euro.

Die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland ist gemäß den Bestimmungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes und der Landschaftsverbandsordnung zu zahlen.

Der Umlagesatz wurde 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 % auf 15,7 % erhöht.

UA 9100 Schuldendienst

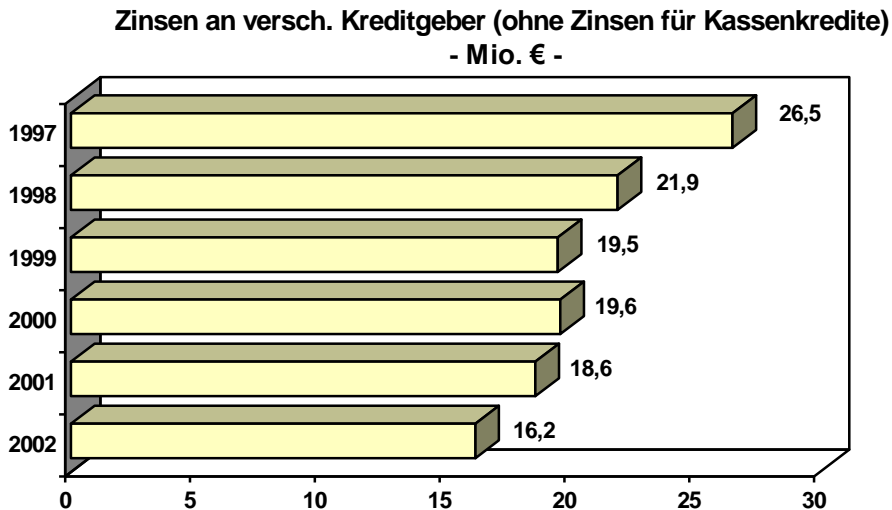
In diesem UA werden nur die den Schuldendienst tangierenden Einnahmen und Ausgaben dargestellt

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Einnahmen	18.252.300	14.988.886	-18	17.046.566	-12
Ausgaben	25.938.009	19.395.661	-25	25.615.771	-24
Differenz	-7.685.709	-4.406.775		-8.569.205	

Einzelaspekte:**UA 9100 Zinsen an verschiedene Kreditgeber (ohne Zinsen für Kassenkredite)**

Im UA 9100 werden die Zinsausgaben für die einzelnen Eigenbetriebe durch entsprechende Erstattungen auf der Einnahmeseite gedeckt.

Die Entwicklung der gesamten Zinsausgaben macht die nachfolgende Grafik deutlich:



Die Zinsausgaben sind gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Mit rd. 16,2 Mio. Euro bleibt das Ergebnis 5,6 Mio. unter den Erwartungen gemäß dem Haushaltsplan 2002 (rd. 21,8 Mio. Euro).

Allein 14 Mio. Euro entfallen hiervon auf das GMW. Der städt. Anteil betrug 1 Mio. Euro.

Das zurückhaltende Ausgabeverhalten für Baumaßnahmen führte zu Entlastungen im Kreditbereich, die sich entsprechend auf die Zinsausgaben im Berichtsjahr auswirkten.

9100-860.0000.7 Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt

Im UA 9100 weist die Haushaltsrechnung für 2002 einen Betrag von rd. 3,2 Mio. Euro aus. Hierbei handelt es sich um die nach § 22 GemHVO erforderliche Mindestzuführung.

UA 9101 Allgemeine Finanzwirtschaft

	Ansatz 2002 €	RE 2002 €	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002 %	RE 2001 €	Differenz RE 2002/ RE 2001 %
Einnahmen	32.051.700	49.478.041	+54	27.539.062	+80
Ausgaben	17.346.390	35.876.914	+107	19.906.468	+80
Differenz	14.705.310	13.601.127		7.632.594	

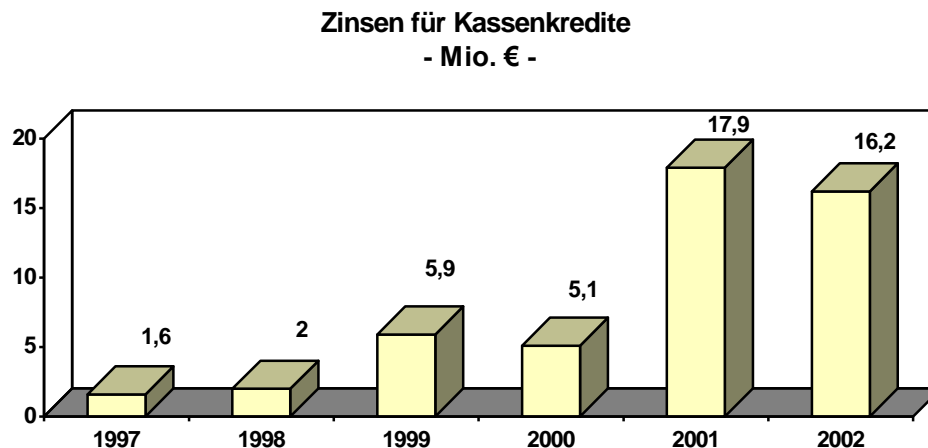
Einnahmen

Die Höhe der Einnahmen resultiert im wesentlichen aus den **Erlösen aus Leasing-Transaktionen** in Höhe von rd.18,1 Mio. Euro; **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen in Höhe von rd. 13,3 Mio. Euro und durch die **Verzinsung** des Anlagekapitals in Höhe von 13,4 Mio. Euro.

Ausgaben

9101-807.0100.5 Zinsen für Kassenkredite

Die Zinsausgaben für Kassenkredite der letzten Jahre stellen sich grafisch wie folgt dar:



Nachdem die Zinsausgaben für Kassenkredite in den letzten Jahren auf Grund der immer schlechteren Kassenliquidität schon erheblich gestiegen sind, lagen die Ausgaben 2002 unter dem des Vorjahres, aber entsprechend dem Haushaltsansatz. Dies konnte durch ein gutes Finanzmanagement und einem Tiefstand des Zinsniveaus erreicht werden.

9101-860.0000.6 Sonderabführungen zum Vermögenshaushalt

Im UA 9101 wurden 18,8 Mio. Euro abgeführt. Die Höhe ergibt sich im wesentlichen aus den Einnahmen der Leasing-Transaktionen, die zunächst der allgemeinen Rücklage zugeführt worden sind.

UA 9110 Rücklagen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Einnahmen	213.550	266.153	+25	319.509	-17

Bei diesem UA werden gemäß Haushaltssystematik die Zinsen aus der allgemeinen Rücklage und den Sonderrücklagen verbucht.

An Zinsen aus der allgemeinen Rücklage wurden im Berichtsjahr rd. 16.342 Euro erzielt (Vorjahr: rd. 34.250 Euro).

Die Zinseinnahmen bei den Sonderrücklagen betragen in 2002 insgesamt rund 250.000 Euro (Vorjahr: rd. 285.000 Euro).

UA 9200 Abwicklung der Vorjahre

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Ausgaben	112.951.637	112.951.650		128.209.251	-12

9200-892.0004.1 Abwicklung des Soll-Fehlbetrages 2000

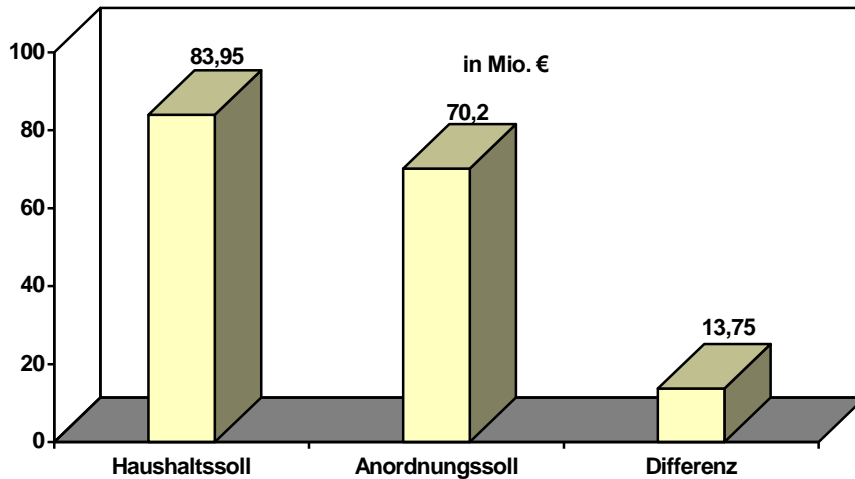
Der UA weist für das Berichtsjahr Ausgaben in Höhe von rd. 112,9 Mio. Euro aus, die auch im Haushaltsplan 2002 veranschlagt waren.

Dabei handelt es sich um den Fehlbetrag des Jahres 2000, der 2002 abgedeckt wurde.

5.9.2 Vermögenshaushalt

Grafik zur **Tabelle 1**:

Vergleich des Ausgabe-Haushaltssolls (Haushaltsansatz und üpl. und apl. Bewilligungen) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres.



Der Realisierungsgrad beträgt 84 % (2001 = 93 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
9100 Schuldendienst	16.024.299	14.237.631	-1.786.668	89
9101 Allg. Finanzwirtschaft	4.855.800	3.664.470	-1.191.330	75
9110 Rücklagen	27.505.641	27.457.315	48.326	100
Summe EP 9	48.385.740	45.359.416	3.026.324	93,7

Der Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll + Haushaltsausgaberrückstellungen aus Vorjahren + üpl. und apl. Bewilligungen abzüglich der Abgänge auf Haushaltsausgaberrückstellungen) mit den tatsächlich geleisteten Ausgaben (Gesamtanordnungssoll) ist identisch mit dem in vorhergehender Tabelle dargestellten Ergebnis.

UA 9100 Schuldendienst

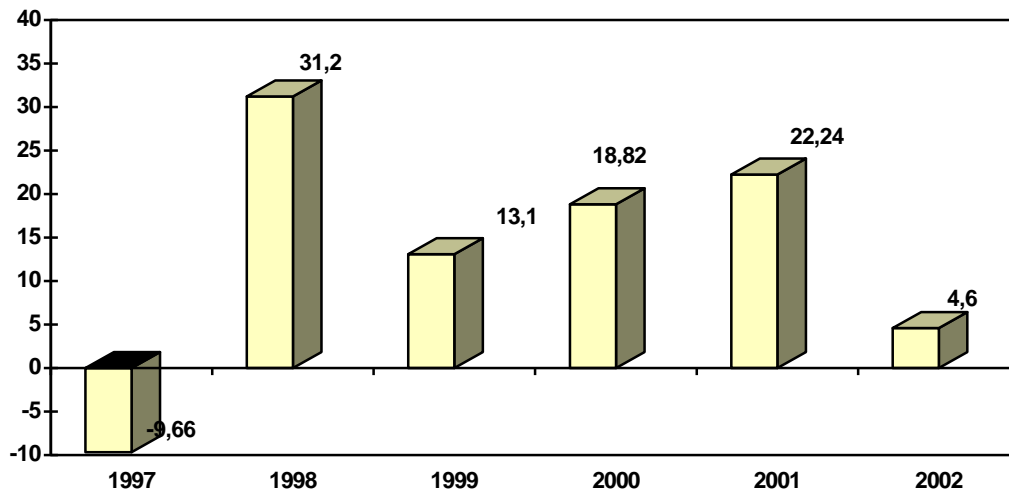
	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Einnahmen	40.304.500	18.824.529	-53	39.943.835	-53
Ausgaben	16.024.299	14.237.630	-11	17.666.292	-19
Differenz	24.280.201	4.586.899		22.277.543	

Ausschlaggebend für das Ergebnis auf der Einnahmenseite ist die Position Kreditaufnahmen.

Das Rechnungsergebnis der Zuführung vom Verwaltungshaushalt beträgt rd. 3,2 Mio. Euro und entspricht der Mindestzuführung gemäß § 22 GemHVO.

Die Entwicklung der Kreditaufnahmen der letzten Jahre macht folgende Grafik deutlich:

Kreditaufnahmen (einschl. Haushaltseinnahmereste)
- Mio. €-



Nach dem Haushaltsplan waren für 2002 Kreditaufnahmen in Höhe von rd. 24,3 Mio. Euro vorgesehen.

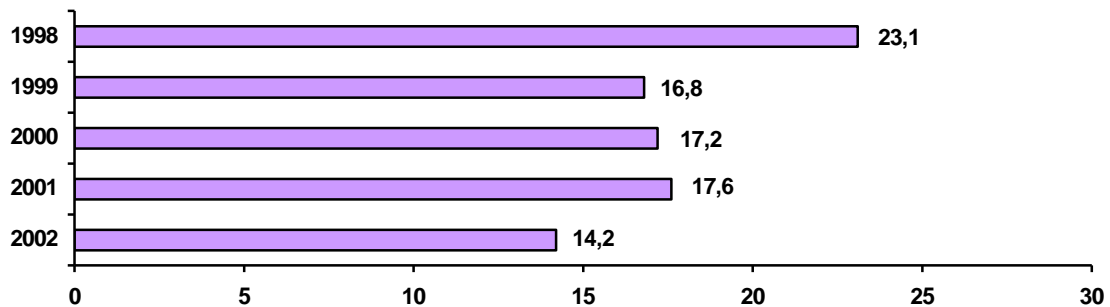
Die Rechnungslegung weist ein Ergebnis von rd. 4,6 Mio. Euro aus.

Erläuterungen zu Abweichungen auf der Ausgabenseite:

9100- Tilgung von Krediten am Kreditmarkt

Über die Entwicklung der Kredittilgungen in den letzten Jahren gibt die folgende Grafik Aufschluss:

Tilgung von Krediten (einschl. innerer Darlehen und Sondertilgung)
- Mio. € -



Nach der Haushaltsplanung für 2002 sollte für die Tilgung von Krediten ein Betrag in Höhe von rd. 16 Mio. Euro ausgegeben werden. Tatsächlich wurden nur rd. 14,2 Mio. Euro benötigt. Dies führt zu Minderausgaben von rd. 1,8 Mio. Euro.

UA 9010 Allgemeine Zuweisungen

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
9010 Allgemeine Zuweisungen	3.272.000	3.271.836	164	100

9010-361.0331.4 Investitionszuschuss gem. Gemeindefinanzierungsgesetz

Die Zuweisung betrug im Berichtsjahr rd. 3,2 Mio. Euro 2001 belief sich diese noch auf 5,8 Mio. Euro.

Die Mindereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr sind auf die Festlegung der Investitionspauschale gemäß § 17 Abs. 2 GFG 2003 zurückzuführen.

UA 9110 Rücklagen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2002/ RE 2001
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.464.750	5.158.566	+109	2.358.767	+119
Ausgaben	1.226.800	27.457.315		2.062.923	
Differenz	1.237.950	22.298.749		295.844	

Im UA 9110 werden auf der Einnahmenseite gemäß Haushaltssystematik Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage und den verschiedenen Sonderrücklagen verbucht.

Auf der Ausgabenseite dieses UA werden die entsprechenden Zuführungen nachgewiesen.

Einnahmen

Das RE 2002 in Höhe von insgesamt rd. 5,1 Mio. Euro resultiert aus Entnahmen bei verschiedenen Sonderrücklagen aber insbesondere aus den Sonderrücklagen „Stadtentwässerung“ mit 3,4 Mio. Euro und der SR „Umlegung“ mit rd. 900.000 Euro.

Allgemeine Rücklage

Die **allgemeine Rücklage** soll nach § 20 Abs. 2 GemHVO die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck wird für den Regelfall ein Sockelbetrag in Höhe von „... mindestens 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre...“ vorgeschrieben.

Aufgrund der schlechten Haushaltssituation wurden keine „überschüssigen“ Haushaltsmittel der allgemeinen Rücklage zugeführt

Ausgaben

Die Ausgaben von rd. 27,5 Mio. Euro und die erhebliche Differenz zum Ansatz sind im Wesentlichen durch die Zuführung an die Sonderrücklage „Schulpauschale“ von rd. 8 Mio. Euro und die Einnahmen aus der US-Leasing-Transaktion in Höhe von 18,1 Mio. Euro, die an die allgemeine Rücklage abgeführt wurden, entstanden.

Im Vorjahr belief sich der Zuführungsbetrag auf insgesamt rd. 2 Mio. Euro. Er entfiel im Wesentlichen auf die Zuführung an die Sonderrücklage „Pensionsrückstellung“ in Höhe von 1 Mio. Euro.

5.10 Sonderhaushalt

UA 9440 Kultursekretariat Nordrhein-Westfalen

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	-	2.215.259	-	2.582.608	-14,2
Ausgaben	-	2.114.555	-	2.564.278	-17,5
Differenz	-	100.704		18.330	

Für das Kultursekretariat gibt es keine Ansätze im städtischen Haushaltsplan. Die finanzielle Abwicklung erfolgt über einen Sonderhaushalt, der jeweils eine Haushaltsstelle für Einnahmen und Ausgaben beinhaltet. Eventuelle Einnahmeüberschüsse bzw. Fehlbeträge werden in das darauf folgende Haushaltsjahr übertragen.

Eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Mitglieder regelt u.a. die Finanzierung der Einrichtung. Im Wesentlichen werden Einnahmen aus den Umlagen der Mitglieder zur Deckung der Personalkosten und mittels Landeszuweisungen zur Erstattung der Sachkosten (Verwaltungs- und Betriebsaufwand im Zusammenhang mit der Förderung von Theater-, Musik- und Literaturprojekten und Projekten aus dem Bereich der bildenden Kunst) erzielt. Die Anzahl der beteiligten Mitglieder ist rückläufig. Mit Ablauf des Jahres 2001 hatte die Stadt Witten die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gekündigt. Die Stadt Hamm ist zum Ende 2002 ausgetreten, die Städte Solingen und Remscheid haben zum 31. Dezember 2003 und die Stadt Neuss zum 31. Dezember 2004 ihren Austritt erklärt.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Einnahmen um ca. 367 T-Euro und die Ausgaben um etwa 450 T-Euro vermindert. Dadurch ergab sich ein rechnerischer Überschuss in Höhe von ca. 101 T-Euro, der in das Haushaltsjahr 2003 übertragen wurde.

UA 9470 Sonderhaushalt Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal

	Ansatz 2002	RE 2002	Differenz RE 2002/ Ansatz 2002	RE 2001	Differenz RE 2001/ RE 2002
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	106.715.035	0,0	115.152.462	370,0
Ausgaben	0	87.044.928	0,0	102.021.214	421,0
Differenz		19.670.107		13.131.248	

Mit Beginn des Haushaltsjahres 2000 wurde die Sonderkasse des Gebäudemanagements gemäß § 97 GO und der §§ 9 und 11 der Eigenbetriebs VO eingerichtet. Die Leistungsverrechnungen zwischen dem Betrieb und der Stadt und die Sicherstellung der Liquidität erfolgen seitdem über den Sonderhaushalt.

Der Finanzbedarf des GMW im Jahr 2002 wurde bei einem Rechnungsergebnis von rund 100 Mio. € zu ca. 95% über den Sonderhaushalt abgewickelt.

Für die nach dem Eigenbetriebsrecht vorgesehene Verzinsung der im Sonderhaushalt enthaltenen Bestände und Fehlbeträge wurde erstmals der Zinssatz, den Banken innerhalb Europas beim Handel mit Einlagen von sich gegenseitig verlangen (EURIBOR), zugrunde gelegt. Der EURIBOR- Satz ist variabel und wird regelmäßig für Laufzeiten von einer Woche bis zu zwölf Monaten ermittelt. Die Stadt wählte in diesem Bereich den Dreimonatszinssatz. Die Durchschnittsverzinsung der ersten beiden Quartale des Jahres 2002 betrug 3,41 %.

Für das 2. Halbjahr wurde eine Verzinsung durch die Umstellung des Finanzwesens auf der Grundlage von SAP/R3 startbedingt noch nicht durchgeführt.

In 2003 ist eine Verzinsung des Sonderhaushaltes GMW nicht beabsichtigt, weil die Mittelüberweisungen ausschließlich einer zeitnahen Liquiditätssicherung dienen sollen.

5.11 Betätigungsprüfung

Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafter, Aktionär oder Mitglied in Gesellschaften und anderen Vereinigungen des privaten Rechts

Das Beteiligungsmanagement bereitet die Beschlüsse des „Ausschusses für Beteiligungssteuerung“ regelmäßig vor.

So wird u. a. in Form von Quartalsberichten über die wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Beteiligungen berichtet.

Das Beteiligungsmanagement gibt zu den Jahresabschlüssen der unmittelbaren Beteiligungsgesellschaften, bei denen Prüfungsrechte bestehen, Stellungnahmen ab, die den Vorlagen zur erforderlichen Beschlussfassung in den zuständigen Gremien beigelegt werden.

Darüber hinaus erarbeitet das Beteiligungsmanagement Stellungnahmen zu den Jahresabschlüssen der mittelbaren und/oder unwesentlichen Beteiligungen, die dem Ausschuss für Beteiligungssteuerung i.d.R. zur Kenntnis vorgelegt werden.

Zu den Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr **2001** der folgenden Gesellschaften wurden vom Beteiligungsmanagement Beschlüsse herbeigeführt:

- Wuppertaler Stadtwerke AG (WSW) und Konzern WSW
- Hotel AG Wuppertal
- Gewerbeimmobilien GmbH
- AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal
- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH
- Klinikum Wuppertal GmbH
- Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Wuppertal (GWG) und Konzern GWG
- Wuppertaler Bühnen GmbH
- Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH
- Stadthalle Wuppertal Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH
- Regionale 2006 Agentur GmbH

Die Wuppertaler Bühnen GmbH und die Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH haben ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr; dies reicht jeweils vom 01.08. eines Jahres bis zum 31.07. des Folgejahres. Insoweit betreffen die Beschlüsse zum Jahresabschluss beider Gesellschaften jeweils das Geschäftsjahr 2001/2002.

Die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit der Prüfung der Jahresabschlüsse beauftragten Wirtschaftsprüfer bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben

- den im Berichtsjahr vorgelegten Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2001 bzw. 2001/2002 der genannten Gesellschaften, bis auf die Wuppertaler Bühnen GmbH, den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB erteilt. Die Einschränkung bei den Bühnen betraf allein die Unsicherheit bei der künftigen Finanzausstattung und der Ertragssituation.
- im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen jeweils eine ergänzende Prüfung nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 HGrG vorgenommen.
- des weiteren die Prüfung auf die Umsetzung der sich nach Einführung des KonTraG zu beachtenden weiteren Vorschriften erweitert.

Den Mitgliedern der geschäftsführenden Organe (Vorstände bzw. Geschäftsführer) und der Aufsichtsräte wurde durch die jeweilige Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung regelmäßig Entlastung erteilt.

Bis zur Erstellung dieses Berichts lagen für das Geschäftsjahr 2002 die Jahresabschlüsse der WSW AG (mit Konzernabschluss), der AWG, der Klinikum Wuppertal GmbH, der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH, der Hotel AG, der GWG (mit Konzernabschluss), der Regionale 2006 Agentur GmbH, der Stadthalle Wuppertal Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH, vor.

Zusätzlich wurden die Wirtschaftspläne der folgenden Gesellschaften vom Ausschuss Beteiligungssteuerung genehmigt, da in den Gesellschaftsverträgen eine entsprechende Regelung enthalten ist:

- Wirtschaftsplan 2002 der Klinikum Wuppertal GmbH
- Wirtschaftsplan 2003 der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH
- Wirtschaftsplan 2003 der Regionale 2006 Agentur GmbH
- Wirtschaftsplan 2002/2003 der Wuppertaler Bühnen GmbH
- Wirtschaftsplan 2002/2003 der Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH
- Wirtschaftsplan 2003 der Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Wuppertal (GWG)

Das RPA nimmt an allen Sitzungen des „Ausschusses für Beteiligungssteuerung“ teil und bezieht – soweit erforderlich – zu einzelnen Vorlagen Stellung.

In Ausnahmefällen wird auch an Aufsichtsratsitzungen teilgenommen.

Bei der eigenen Prüftätigkeit werden u.a. die Einladungen, Drucksachen und Protokolle der Aufsichtsratsitzungen, die Abschlussunterlagen der Gesellschaften, die Prüfberichte der Abschlussprüfer sowie die Vorlagen des Beteiligungsmanagements gewertet.

Der Beteiligungsbericht, der gem. § 112 GO NRW jährlich fortzuschreiben ist, wurde für das Jahr 2000 am 31.03.2003 vom Rat der Stadt zur Kenntnis genommen.

6. Schlussbemerkung und Entlastungsvorschlag

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW seine ihm gesetzlich übertragene Aufgabe, die Prüfung der Rechnung (§ 101 GO NRW), mit dem vorliegenden Bericht erfüllt.

Auf die einzelnen Prüfungskriterien des § 101 GO NRW bezogen ist festzuhalten, dass

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch begründet und belegt sind,
- bei den Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich nach den geltenden Vorschriften verfahren wurde und
- das Vermögen und die Schulden in der vorgeschriebenen Form nachgewiesen wurden.

Die Prüfung der Jahresrechnung hat keine Tatsachen ergeben, die einer Entlastung des Oberbürgermeisters entgegenstehen.

Das Rechnungsprüfungsamt schlägt dem Rechnungsprüfungsausschuss vor,

- den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2002 als Schlussbericht gemäß § 101 Abs. 3 GO NRW zu übernehmen,
- dem Rat der Stadt zu empfehlen, die geprüfte Jahresrechnung zu beschließen und dem Oberbürgermeister die Entlastung zu erteilen.

Wuppertal, den 28.10.2003

Peter Kobelt
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

7. Abkürzungen

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
ADV	Automatisierte Datenverarbeitung
APH	Alten- und Pflegeheime
apl.	außerplanmäßig
AsSH	Arbeit statt Sozialhilfe
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AWG	Abfallwirtschaftsgesellschaft
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BJ	Berichtsjahr
B-Plan	Bebauungsplan
BSD	Bezirkssozialdienst
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DA	Dienstanweisung
Drs.	Drucksache
DSM	Deutsche Städte-Medien GmbH
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EkrG	Eisenbahnkreuzungsgesetz
EP	Einzelplan
ESW	Entsorgungs- und Straßenreinigungsbetrieb Wuppertal
FBS	Familienbildungsstätte
GB	Geschäftsbereich
GBL	Geschäftsbereichsleitung
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GFG	Gemeindefinanzierungsgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMW	Gebäudemanagement Wuppertal
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HHSt	Haushaltsstelle
Hj	Haushaltsjahr
HR	Haushaltsrest
HSK	Haushaltssicherungskonzept
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HÜL	Haushaltsüberwachungsliste
JR	Jahresrechnung
KAG	Kommunalabgabengesetz
KER	Kasseneinnahmereste
KIJU	Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich

LDS	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
LV	Landschaftsverband
LZA	Lichtzeichenanlage
MwSt	Mehrwertsteuer
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PC	Personal Computer
R	Ressort
RAA	Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher
RE	Rechnungsergebnis
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RPO	Rechnungsprüfungsordnung
SB	Stadtbetrieb
SN	Sammelnachweis
SR	Sonderrücklage
SSLZ	Schwimmsportleistungszentrum
TDM	Tausend Deutsche Mark
T-Euro	Tausend Euro
Tul	Technikunterstützte Informationsverarbeitung
UA	Unterabschnitt
üpl.	überplanmäßig
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
VHS	Volkshochschule
VJ	Vorjahr
VM	Verwaltungsmanagement
VmH	Vermögenshaushalt
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOB/A	Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil A
VOB/B	Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil B
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
VOL/A	Verdingungsordnung für Leistungen Teil A
VOL/B	Verdingungsordnung für Leistungen Teil B
VwH	Verwaltungshaushalt
WSV	Wuppertaler Sportverein
WSW AG	Wuppertaler Stadtwerke AG